



KONZERN-JAHRESABSCHLUSS 2007
BAADER WERTPAPIERHANDELSBANK AG

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht Konzern

1. Geschäft und Rahmenbedingungen
2. Ertragslage
3. Vermögenslage
4. Finanzlage
5. Nachtragsbericht
6. Erklärung gemäß § 312 AktG
7. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
8. Zweigstellenbericht
9. Vergütungsbericht gemäß § 289 Abs. 1 Nr. 5 HGB
10. Kapitalbericht gemäß § 289 Abs. 4 HGB
11. Risikobericht
12. Prognosebericht

Bericht des Aufsichtsrats

Corporate Governance - Bericht

Konzern-Jahresabschluss

- Konzern-Bilanz
- Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
- Eigenkapitalveränderung
- Kapitalflussrechnung

Anhang (Notes)

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Bestätigungsvermerk

Lagebericht Konzern

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Der Markt

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2007 um 2,5% kräftig gewachsen. Gebremst wurde dieser Aufschwung allerdings von der in der zweiten Jahreshälfte beginnenden US-Immobilienkrise. Die deutschen Kursbarometer konnten das Börsenjahr jedoch überwiegend mit positiven Wachstumsraten beenden.

Der deutsche Aktienindex (DAX), der die Kursentwicklung der 30 wichtigsten Standardwerte widerspiegelt, ist im Jahr 2007 um 22,3% nach oben geklettert. Damit lag der DAX, wie schon im Vorjahr, vor dem europäischen Leitindex DJ STOXX 50, der es auf eine Steigerung von 6,9% brachte. Der Technologieindex TecDax schloss zum Jahresende mit einem Plus von 30,2%. Der MDAX legte 4,9% zu. Der SDAX ging mit einem Minus von 6,8% aus dem Börsenjahr.

Die US-Notenbank hatte versucht, mit mehreren Liquiditätsspritzen sowie Zinssenkungen der Krise am dortigen Hypothekenmarkt gegenzusteuern, was das Minus des Dow Jones Industrial Average währungsbereinigt auf 3,7% beschränkt haben dürfte. Der NASDAQ 100 beendete das Jahr 2007 dagegen mit einem Plus von 7,5%. Der japanische NIKKEI 225 verlor 15,9%.

Innerhalb der BRIC Staaten gehörte der chinesische Aktienindex SSEB in Shanghai währungsbereinigt mit einem Wertezuwachs von 152% zu den Spitzenreitern. Die Kurse an der brasilianischen Börse stiegen um 55%. Indiens Aktienmarkt verzeichnete ein Plus von 48%, während der russische Aktienindex RTX nur um 7% zulegte. Unter den Schwellenländern verharnte Mexiko auf Vorjahresniveau. Der Hang Seng in Hongkong kletterte im Jahr 2007 um 22,5%.

Der Gesamtumsatz an allen deutschen Börsen (inklusive Xetra) erhöhte sich auf €2,85 Billionen, was einem Zuwachs von 48% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Als Marktführer unter den deutschen Wertpapierhandelsbanken konnte die Baader Wertpapierhandelsbank AG von dieser Entwicklung deutlich profitieren.

Im internationalen Vergleich bleibt das Vertrauen der Deutschen in Aktien dennoch weiter niedrig. Insgesamt besaßen Ende des Jahres 2007 nur noch 10,1 Mio. (Vorjahr: 10,3 Mio.) Privatanleger Aktien oder Fondsanteile. Damit setzte sich der seit dem Jahr 2001 anhaltende Rückgang der Aktionärsquote in der deutschen Bevölkerung fort. Neuen Schub dürfte diese Entwicklung durch die Auswirkungen der US-Immobilienkrise bekommen haben. Allerdings ist nach Überzeugung des Deutschen Aktieninstituts (DAI) auch davon auszugehen, dass viele Anleger auf dem hohen Kursniveau Gewinne realisiert haben und sich auch daher die Aktionärsquote reduziert hat. Hinzu kommt, dass Privatanleger in Deutschland im Sinne einer fortschreitenden Anlagekultur ihre Gelder zunehmend in verschiedenen Assetklassen anlegen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung kommt der Baader Wertpapierhandelsbank zugute, dass die Bank Skontren sämtlicher Wertpapiergattungen von Aktien über Anleihen, Genussscheine, börslich gehandelten Fonds bis zu verbrieften Derivaten betreut.

Im Jahr 2007 wagten in Deutschland 44 Unternehmen den Gang an die Börse, nach 75 Börsenneulingen im Vorjahr. Durch die US-Immobilienkrise hat sich das Klima für Börsengänge in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 drastisch verschlechtert. Das hat besonders im vierten Quartal des Jahres 2007 zu einem Rückgang der IPOs geführt. Trotz rückläufiger IPO-Zahlen

konnte sich das Emissionsvolumen von €7,35 Milliarden auf dem Vorjahresniveau halten. Die größten Börsengänge waren die der Tognum AG, der Hamburger Hafen und Logistik AG und der Gerresheimer AG.

Die Marktposition der Baader Wertpapierhandelsbank AG

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat den Aufschwung an den Kapitalmärkten im vergangenen Jahr dazu genutzt, im Rahmen ihrer Kerngeschäftsfelder neue Wachstumsregionen zu erschließen und sich stärker international auszurichten.

Wie bereits im Jahr 2006 angekündigt, hat sich die Baader Wertpapierhandelsbank AG mit 24,9% an der Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C., Muscat (Oman), beteiligt. Das Kerngeschäft der Gesellschaft umfasst die Bereiche Brokerage, Corporate Finance sowie Asset Management. Diese Beteiligung verschafft der Baader Wertpapierhandelsbank AG Zugang zu den Kapitalmärkten in den Golfstaaten und ist gleichzeitig als wichtiger Baustein im Rahmen der Auslandsstrategie der Gesellschaft zu sehen, die das Ziel hat, die Grundlagen für zusätzliches Wachstum außerhalb Deutschlands zu generieren. So wurde bereits im Jahr 2006 die Beteiligung an der Parsoli Corporation Ltd., Bombay, Indien, in Höhe von 24,9% erworben. Im Jahr 2007 hat die Baader Wertpapierhandelsbank AG Teile einer Wandelanleihe der Parsoli Corporation Ltd. in Höhe von T€ 4.959 gezeichnet. Die Anleihe ist derart ausgestaltet, dass die Anteile im Jahr 2008 zwangsläufig in Eigenkapitalinstrumente umgewandelt werden und die Baader Wertpapierhandelsbank AG ihre Beteiligungsquote damit auf über 40% erhöht.

In dem im Jahr 2005 neu entstandenen Geschäftsbereich Alternative Investment Strategien hat das Unternehmen seine Beteiligung an der Conservative Concept Portfolio Management AG auf 55,36% aufgestockt, um die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit zu dokumentieren und weiter zu intensivieren.

Mit Einführung der neuen Börsenordnung an der Frankfurter Wertpapierbörse, die auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt zurückgeht, das jeder zugelassenen Skontroführergesellschaft ein gewisses Quantum an Skontren zubilligt, hat die Baader Wertpapierhandelsbank AG geringfügig Skontren abgeben müssen – eine Maßnahme, die aber aufgrund der positiven Marktstimmung keine spürbaren Auswirkungen im operativen Ergebnis hinterlassen hat. Aufgrund der hohen Ausführungsqualität konnte der Marktanteil der Bank unter den Skontroführergesellschaften an der Frankfurter Wertpapierbörse über alle Wertpapiergattungen hinweg sogar auf 31,1% (Vorjahr: 30,0%) erhöht werden.

An der Börse München führte vor allem die durch den Rückzug zweier Skontroführergesellschaften bedingte Skontrenneuverteilung zu einer deutlichen Zunahme des Geschäfts. So konnte die Baader Wertpapierhandelsbank AG ihren dortigen Umsatzanteil auf 77,2% (Vorjahr: 60,1%) über alle Wertpapiergattungen hinweg steigern. An der Börse Stuttgart ist die Baader Wertpapierhandelsbank AG weiterhin ausschließlich als einziger Skontroführer für ausländische Aktien und Genussscheine tätig.

Zum Jahresende 2007 betreute die Baader Wertpapierhandelsbank AG insgesamt 206.428 Orderbücher. Dies ist gegenüber dem Jahr 2006 ein Zuwachs von 71%. Auf Aktien entfielen 12.891 Skontren, auf verbrieftete Derivate wie Optionsscheine, Zertifikate oder ETFs 183.047, auf Renten und Genussscheine 9.307 und auf aktiv gemanagte Fonds 1.183 Skontren.

Im Geschäftsjahr 2007 konnte das Geschäft mit Kapitalmarktdienstleistungen weiter kräftig gesteigert werden. So hat die Baader Wertpapierhandelsbank AG 34 Kapitalmaßnahmen mit einem

Gesamtvolumen von € 185 Mio. betreut, was einem Zuwachs von 21% entspricht. Unter den Neuemissionen befanden sich die Ariston Real Estate AG, SMT Scharf AG, Blue Cap AG und Deutsche Technologie Beteiligungen AG, die die Baader Wertpapierhandelsbank AG als Führungsbank betreute. Bei dem IPO der Steico AG fungierte die Baader Wertpapierhandelsbank AG als Co-Manager.

Innerhalb des Bereichs MiFIS (Markets in Financial Instruments Services), in dem Orderrouting, DMA (Direct Market Access), Best Execution und das institutionelle Vermittlungsgeschäft von Aktien gebündelt sind, bietet die Baader Wertpapierhandelsbank AG seit Einführung der MiFID (Markets in Financial Instruments Directive) zum 01.11.2007 eine Best-Execution-Dienstleistung an, die sowohl technisch wie auch funktional als Benchmark gelten kann. Erste Verträge mit Kunden zur Nutzung dieser Dienstleistung sind inzwischen geschlossen. Aufgrund der positiven Resonanz im Markt ist die Baader Wertpapierhandelsbank AG überzeugt, mittelfristig von der Vorreiterrolle in diesem Dienstleistungssegment überproportional profitieren zu können. Im Bereich des Orderroutings (Electronic Trading) und des DMA konnten im Jahr 2007 zahlreiche Neukunden gewonnen werden, was zu einer Erhöhung von Umsatz und Ertrag aus diesem Bereich geführt hat. Die Gründe dafür lagen in einem attraktiven Preismodell, in der Erschließung neuer Kundengruppen wie Kapitalanlagegesellschaften und in einer umfassenden Produkt- und Servicepalette. Unterstützt werden die Neu- und Weiterentwicklungen des Ressorts MiFIS durch den Aufbau eines eigenen Vertriebs, durch den eine professionelle Kundenansprache und -pflege mit einem zentralen Ansprechpartner national wie international gewährleistet ist. Ertragreichster Bereich des Ressorts MiFIS war im Jahr 2007 das institutionelle Vermittlungsgeschäft in Aktien. Im Bereich Institutional Equity Sales & Trading wurden mit der Umsetzung einer neuen Struktur die Voraussetzungen für eine noch effizientere Orderausführung, intensivere Kundenbetreuung und damit für weiteres Wachstum in einem hoch spezialisierten und kompetitiven Marktumfeld geschaffen.

Vor dem Hintergrund der erhöhten Volatilität und einer deutlichen Ausweitung der Handelsspannen im Rentenhandel aufgrund der Hypothekenkrise trug im Berichtsjahr die im Jahr 2004 von der Baader Wertpapierhandelsbank AG eingeschlagene Strategie im institutionellen Rentenhandel ihre Früchte. So konnten vor allem im zweiten Halbjahr 2007 Umsatz und Ertrag in diesem Bereich spürbar gesteigert werden. Gleichzeitig wurde die Produkt- und Kundenpalette verbreitert. Damit konnten weitere Marktanteile hinzugewonnen werden.

Auch die Baader Service Bank GmbH, eine 100%ige Vollbank-Tochter der Baader Wertpapierhandelsbank AG, machte im Berichtsjahr einen kräftigen Sprung nach vorne, wozu auch Synergieeffekte innerhalb des Baader-Konzerns beitrugen. Insgesamt gelang es, eine Reihe neuer Kooperationspartner mit dem ihnen angeschlossenen Kundenstamm zu gewinnen. Dadurch konnte die Rolle der Bank als Rundum-Dienstleister für Vermögensverwalter und andere institutionelle Kunden sowie als Arrangeur für Finanzinnovationen auf eine deutlich breitere Basis gestellt werden. Zu den wesentlichen von der Bank betreuten Produkten zählen weiterhin Zertifikate, Publikumsfonds, Single- und Dachhedgefonds sowie Managed Accounts.

Die bedeutendste Ertragsquelle der Baader Service Bank war das Finanzkommissionsgeschäft. Hier stellt die Bank Fonds- und Zertifikateinitiatoren, Strategiegebern, Fondsmanagern, Kapitalanlagegesellschaften, Investment Advisors, Banken, Versicherungen und Vermögensverwaltern im In- und Ausland ihren Zugang zu den wichtigsten Börsen zur Verfügung und fungiert mit ihrem Transaktions-Knowhow als Execution Broker. Während dies in der Vergangenheit zum weit überwiegenden Teil im Handel von EUREX-Produkten der Fall war, erfolgte im Berichtsjahr, nicht zuletzt über die Verbindung zur Muttergesellschaft, eine stärkere Hinwendung zum Handel über XETRA und XONTRO. Darüber hinaus konnten für den Handel in

Devisenkassa- und Termingeschäften weitere Kunden gewonnen werden und der Handel in Devisenoptionen aufgenommen werden. Aufgrund der zunehmend anspruchsvollen Kundenanforderungen wurden die organisatorischen Voraussetzungen für den Zugang zum Handel in US-Futures und US-Optionen geschaffen und der Handel mit diesen Produkten aufgenommen. Für die Zukunft ist geplant, auch den Handel mit Commodities aufzunehmen.

Im Zuge der Erweiterung der Wertschöpfungskette baute die Bank ihre komplementäre Dienstleistungspalette weiter aus. Die Bank war grundsätzlich bestrebt, sich gleichzeitig an mehreren Stellen des Produktionsprozesses einzubringen, z.B. als Investment Manager und Execution Broker - neben der Funktion als kontoführende Bank und als Risikocontroller. So wurden in der Finanzportfolioverwaltung, der Konto- und Depotführung, im Risikocontrolling, Reporting und bei den Beratungsdienstleistungen erhebliche organisatorische Anstrengungen unternommen, unter anderem durch personelle Aufstockungen und großen technischen Aufwand. Im Ergebnis spiegelte sich dies in sichtbar gesteigerten Volumina dieser Dienstleistungen und nicht zuletzt deren Ergebnisbeitrag, insbesondere in Form von Kommissionserträgen, wider.

Für das im Vorjahr neu aufgenommene Geschäftsfeld „Strukturierte Produkte Services“ konnten im Berichtsjahr namhafte neue Kunden gewonnen werden.

Die Baader Heins & Seitz AG, eine 70%ige Tochter der Baader Wertpapierhandelsbank AG, betreut ausschließlich institutionelle Kunden. Dieser Kundenkreis setzte sich aus Banken und Sparkassen, Versicherungen, Pensionskassen, Kommunen und kommunale Unternehmen zusammen. Trotz rückläufiger Umsätze am Kapitalmarkt gelang es der Gesellschaft, sich durch die stetige und vertrauensbildende Kundenbetreuung gegen den Trend zu behaupten und das Ergebnis zu steigern. Diese Entwicklung spiegelt ein hohes Maß an Kundenzufriedenheit gegenüber der Baader Heins & Seitz AG wider.

Die Geschäftsentwicklung der Conservative Concept Portfolio Management AG (CCPM) wird sowohl in Bezug auf die Einnahmensituation bei Gewinnbeteiligungen, als auch in Bezug auf die Entwicklung des verwalteten Vermögens wesentlich von den Resultaten der angebotenen Produkte bestimmt. Gegenüber den Vorjahren stellte sich das Jahr 2007 in dieser Hinsicht vergleichsweise schwierig dar. Neben den Kernprodukten Athena Strategie, DTS Strategie und den Garantieprodukten Garant 2014 und Substanz 2.25 konnte die CCPM im Jahr 2007 verschiedene Projekte im Bereich Brokerage und Strukturierung auf den Weg bringen, die zunehmend Ergebnisbeiträge liefern und weiter ausgebaut werden sollen. Um nicht ausschließlich von der Performance der eigenen Produkte abhängig zu sein, sollen zusätzliche Anstrengungen hinsichtlich der Nutzung von Synergiepotentialen im Baader-Konzern unternommen werden.

2. Ertragslage

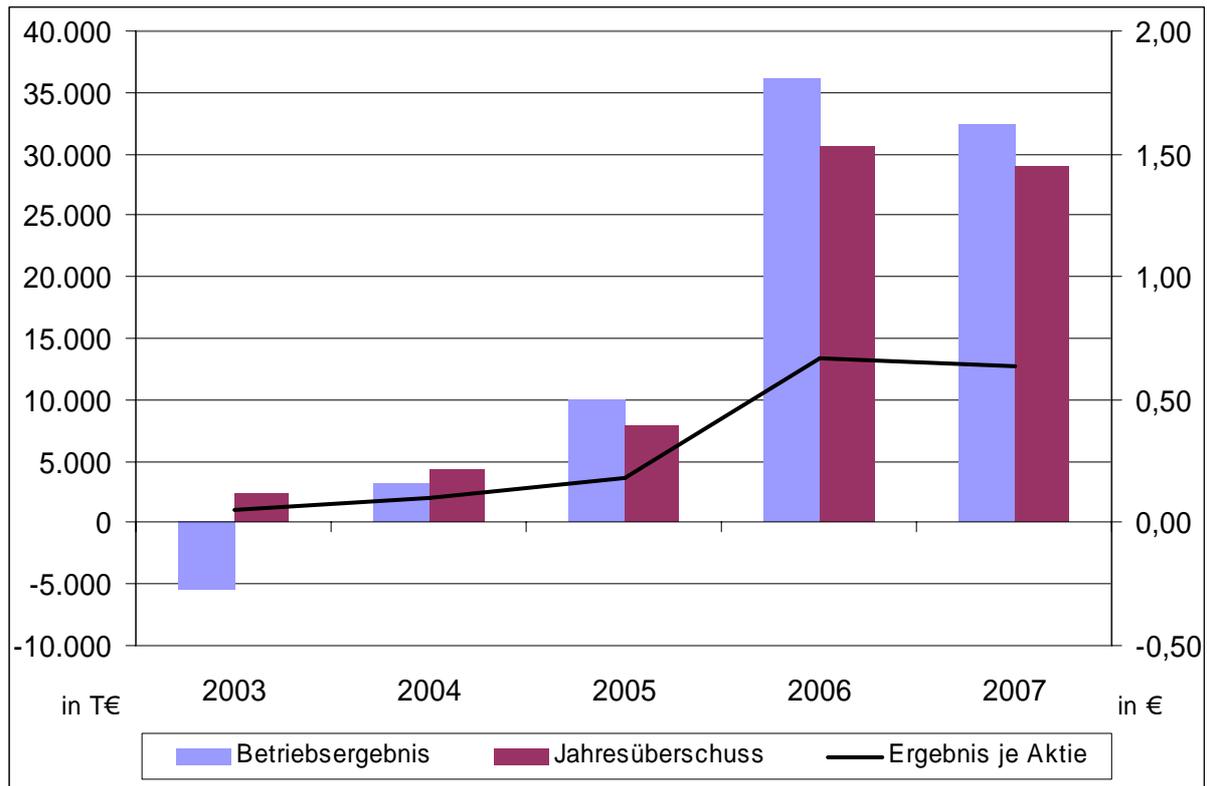
Die unten stehende Übersicht beinhaltet die wichtigsten Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung für die Jahre 2007 und 2006 sowie ihre Veränderungen.

	2007 T€	2006 T€	Veränderung T€ %	
Zinsergebnis	1.686	551	1.135	206,0
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	0	-62	62	n.a.
Provisionsergebnis	46.538	36.846	9.692	26,3
Handelsergebnis	52.019	49.721	2.298	4,6
Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen und at Equity bewerteten Unternehmen	7.677	12.254	-4.577	-37,4
Verwaltungsaufwand	75.627	63.157	12.470	19,7
Betriebsergebnis	32.293	36.153	-3.860	-10,7
Saldo Sonstige Aufwendungen und Erträge	2.931	-10.636	13.567	n.a.
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	35.224	25.517	9.707	38,0
Steuerergebnis	-6.251	5.136	-11.387	n.a.
Jahresüberschuss vor konzernfremden Gesellschaftern	28.973	30.653	-1.680	-5,5

Während die erste Hälfte des Jahres 2007 für eine erfreuliche Fortsetzung des erfolgreichen Börsenjahres 2006 stand, sorgten die Auswirkungen der Hypothekenkrise in den USA in der zweiten Jahreshälfte für zunehmende Nervosität an den Finanzmärkten. Insgesamt unterstützte diese Marktverfassung jedoch die Umsatzentwicklung an den deutschen Börsen. Über das gesamte Jahr 2007 hinweg lag das Handelsvolumen auf einem hohen Niveau und trug damit zu der positiven Ergebnisentwicklung im Geschäftsjahr 2007 bei. Erfreulich war auch die Entwicklung der Auslandsengagements. So lieferten die Beteiligungen an den Wertpapierhandelshäusern Parsoli Corporation Ltd., Bombay, Indien, und Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C, Muscat, Oman, im Jahr 2007 einen Ergebnisbeitrag von rund T€1.900.

Zwar liegt das Betriebsergebnis in Höhe von T€ 32.293 um T€ 3.860 oder 10,7% unter dem Vorjahreswert. Aufgrund des Saldos der sonstigen Aufwendungen und Erträge in Höhe von T€ 2.931, der das Vorjahr deutlich um T€ 13.567 übertrifft, konnte aber das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf T€ 35.224 gesteigert werden und übertrifft damit den Vorjahreswert um T€9.707 bzw. 38,0%. Abzüglich eines Steueraufwands von T€6.251 ergibt sich somit ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 28.973, der um T€ 1.680 oder 5,5% unter dem Vorjahreswert liegt. Die erneute Steigerung von Provisions- und Handelsergebnis zeigt, dass in den Kerngeschäftsfeldern weiterhin Ertragspotenziale vorhanden sind und realisiert werden können. Damit bestätigt sich, dass die in den letzten Jahren verfolgte Unternehmensstrategie, antizyklisch in die Kerngeschäftsfelder zu investieren sowie neue Geschäftsfelder zu erschließen und auszubauen, richtig ist.

Grafik: 5-Jahresvergleich Teilbetriebsergebnis/Jahresüberschuss/Ergebnis je Aktie



Das positive Zinsergebnis in Höhe von T€1.686 ergibt sich vor allem aus dem Einlagengeschäft der Tochtergesellschaft Baader Service Bank GmbH sowie durch geringere Zinsaufwendungen für die Refinanzierung des Verwaltungsgebäudes in Unterschleissheim.

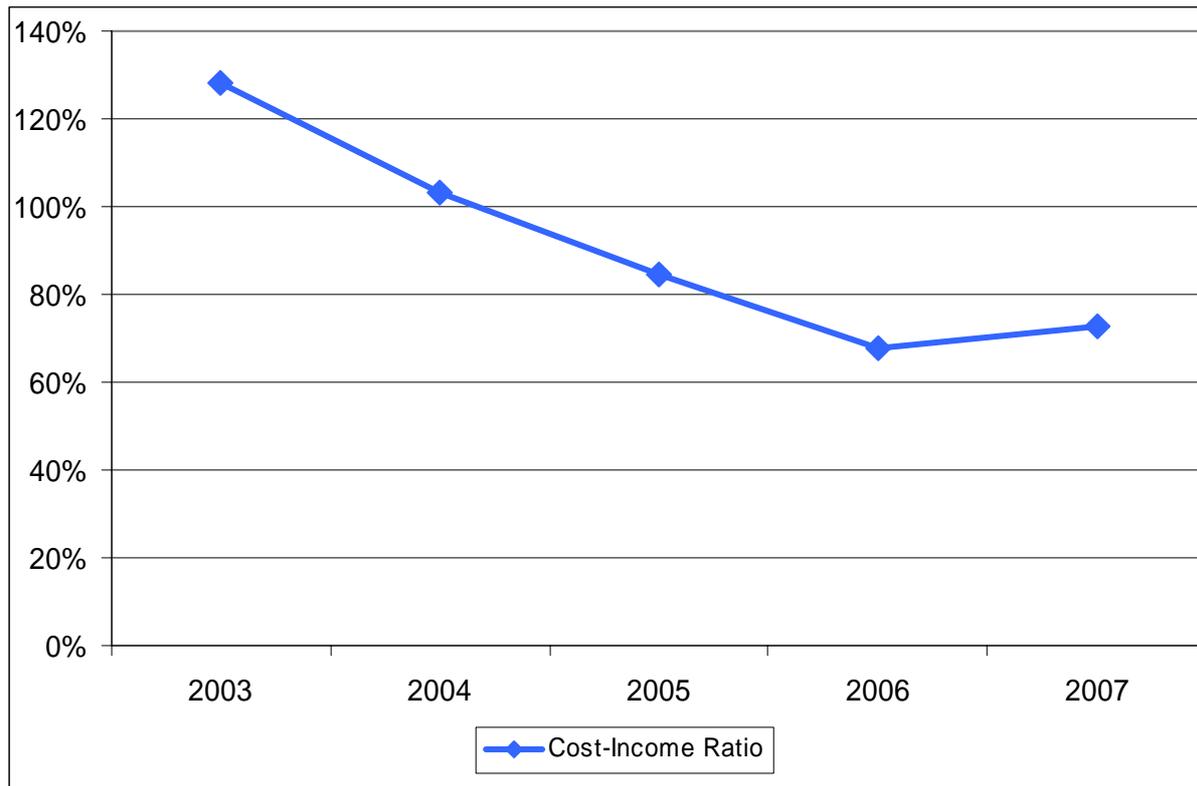
Erfreulich ist die positive Entwicklung des Provisionsergebnisses von T€ 36.846 auf T€46.538. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 26,3%. Dabei haben alle Konzerngesellschaften zu dieser Ergebnissteigerung beigetragen. Besonders hervorzuheben ist die erneute Steigerung bei der Baader Wertpapierhandelsbank AG um T€7.272 oder 23,4% sowie die positive Entwicklung der Baader Heins & Seitz Capital Management AG mit einer Steigerung um T€426 oder 28,3% gegenüber dem Vorjahr.

Vor allem das hohe Handelsvolumen hat dazu geführt, dass das Handelsergebnis um T€2.298 oder 4,6% auf T€52.019 gestiegen ist.

Das Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen und at Equity bewerteten Unternehmen ist um T€ 4.577 oder 37,4% auf insgesamt T€7.677 zurückgegangen. Neben Zinsen und Dividenden in Höhe von T€1.427 enthält diese Position Abschreibungen auf festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von T€ 34, Erlöse aus dem Abgang von Available-for-Sale Beständen in Höhe von T€ 2.494, ein Ergebnis aus at Equity bewerteten Fondsanteilen in Höhe von T€483 sowie ein Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmensanteilen in Höhe von T€3.307.

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um T€12.470 oder 19,7% auf T€75.627 erhöht.

Grafik: 5-Jahresvergleich cost-income ratio



* ohne Berücksichtigung der Risikovorsorge auf Kreditgeschäft sowie dem Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen

Vom Verwaltungsaufwand entfallen T€ 44.657 auf den Personalaufwand (Vorjahr: T€37.700), T€23.938 auf die anderen Verwaltungsaufwendungen (Vorjahr: T€18.713) sowie T€ 7.032 auf Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen (Vorjahr: T€ 6.744). Die Steigerung des Personalaufwandes um T€ 6.957 ist mit T€ 4.312 auf höhere variable Gehaltsbestandteile zurückzuführen. Der um T€ 5.225 oder 27,9% höhere andere Verwaltungsaufwand resultiert maßgeblich aus höheren EDV-Kosten (T€ +2.294 bzw. 44,5%) sowie einer Steigerung der Kosten für Information und Kommunikation (T€+1.369 bzw. 32,0%). Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen betreffen vor allem die in den letzten Jahren erworbenen Skontren, das Verwaltungsgebäude in Unterschleissheim sowie die Anfang des Jahres 2004 in Betrieb genommene neue Handelssoftware.

Im Saldo der Sonstigen Aufwendungen und Erträge werden Erträge in Höhe von T€4.067 und Aufwendungen von T€ 1.136 gezeigt. Die Erträge betreffen mit T€323 periodenfremde Erträge, mit T€139 Mieterträge, mit T€2.169 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, mit T€237 Erträge aus Sponsoring, mit T€902 Erträge aus der Verrechnung von geldwerten Vorteilen aus der privaten Nutzung von Firmenwagen und der Gewährung von Aktienoptionen sowie sonstige Erträge in Höhe von T€ 297. Die sonstigen Aufwendungen betreffen periodenfremde Aufwendungen in Höhe von T€627, Aufwendungen aus Kfz- und sonstigen Steuern in Höhe von T€102, Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen in Höhe von T€176 sowie sonstige Aufwendungen in Höhe von T€231.

Durch das Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) wurde das bisherige System der Körperschaftsteuerminderung durch eine ratierte Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens ersetzt. Dies hat im Vorjahr zu einer Aktivierung des Barwertes des Körperschaftsteuerguthabens in Höhe von T€11.608 und somit zu einem positiven Steuerergebnis geführt. Im Geschäftsjahr 2007 findet aus oben genanntem Sachverhalt lediglich die Aufzinsung

des Körperschaftsteuerguthabens für das Jahr 2007 in Höhe von T€+313 Berücksichtigung im Steuerergebnis. Das Steuerergebnis beträgt im Geschäftsjahr 2007 insgesamt T€-6.251.

3. Vermögenslage

Die unten stehende Übersicht zeigt die wesentlichen Positionen der Bilanz für das Geschäftsjahr 2007 im Vergleich zum Vorjahr.

Aktiva	2007	2006	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Barreserve	3.273	485	2.788	574,8
Forderungen an Kreditinstitute	75.338	63.439	11.899	18,8
Forderungen an Kunden	2.521	13.057	-10.536	-80,7
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	-62	-110	48	n.a.
Handelsaktiva	47.627	49.013	-1.386	-2,8
Available-for-Sale Bestände				
a) Aktien und Beteiligungen	8.926	19.299	-10.373	-53,7
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	378	3.969	-3.591	-90,5
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	38.216	11.789	26.427	224,2
Grundstücke und Gebäude	19.322	20.069	-747	-3,7
Übrige Sachanlagen	1.524	1.429	95	6,6
Immaterielle Anlagewerte und Geschäftswerte	17.113	21.572	-4.459	-20,7
Ertragsteueransprüche	12.071	11.627	444	3,8
Sonstige Aktiva	11.251	6.375	4.876	76,5
Aktive latente Steuern	23.377	25.576	-2.199	-8,6
Summe Aktiva	260.875	247.589	13.286	5,4
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.751	26.444	-6.693	-25,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	41.430	31.999	9.431	29,5
Handelsspassiva	0	35	-35	-100,0
Rückstellungen	17.314	19.457	-2.143	-11,0
Ertragssteuerverpflichtungen	2.560	1.641	919	56,0
Sonstige Passiva	12.723	11.550	1.173	10,2
Passive latente Steuern	1.733	3.837	-2.104	-54,8
Eigenkapital	165.364	152.626	12.738	8,3
Summe Passiva	260.875	247.589	13.286	5,4

Die Bilanzsumme ist im Berichtsjahr um T€13.286 oder 5,4% auf T€260.875 gestiegen.

Die Barreserve enthält im Wesentlichen Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in Höhe von T€ 3.272.

In den Forderungen an Kreditinstitute sind vor allem für die Abwicklung von Börsengeschäften als Sicherheiten hinterlegte Guthaben sowie die Anlage von Kundeneinlagen ausgewiesen, wobei die Erhöhung um T€11.899 maßgeblich aus der Zunahme von Kundeneinlagen bei der Baader Service Bank GmbH um T€9.264 resultiert.

Der Rückgang der Position Forderungen an Kunden um T€10.536 oder 80,7% auf T€2.521 ist fast ausschließlich durch den Wegfall der im Jahr 2006 ausgewiesenen Forderung gegenüber der SPAG St. Petersburg Immobilien- und Beteiligungs AG, Darmstadt in Höhe von T€10.143 begründet, die Anfang des Jahres 2007 beglichen wurde.

Die Handelsaktiva umfassen überwiegend börsennotierte Aktien und Anleihen.

Die Available-for-Sale Bestände setzen sich aus Aktien in Höhe von T€5.723, Beteiligungen in Höhe von T€3.203 sowie Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von T€378 zusammen. Der Bestand an Aktien verringerte sich im Laufe des Geschäftsjahres durch den Verkauf von Investmentanteilen um T€6.699, durch geringere Wertansätze bei Unternehmensanteilen um T€2.606 und durch Zukäufe in Höhe von T€909. Der Beteiligungsbestand verringerte sich gegenüber dem Vorjahr hauptsächlich durch geringere Wertansätze um T€1.977.

Die Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen betreffen die Beteiligungen an der SPAG St. Petersburg Immobilien- und Beteiligungs AG, Darmstadt, der Parsoli Corporation Ltd., Bombay, Indien, der Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C., Muscat, Oman sowie Fondsanteile. Der Erwerb der Anteile an der Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C. im Gegenwert von T€3.589, sowie der Erwerb bzw. die Erhöhung der Anteile an Investmentfonds, unter Einbeziehung des korrespondierenden Bewertungsergebnisses, in Höhe von T€21.354 hat maßgeblich zu einer Erhöhung der Position Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen geführt.

In der Position Grundstücke und Gebäude wird ausschließlich das im Jahr 2002 bezogene Verwaltungsgebäude in Unterschleissheim ausgewiesen.

Die Veränderung der Immateriellen Anlagewerte und Geschäftswerte ist durch planmäßige Abschreibungen verursacht.

Die Ertragsteueransprüche bestehen im Wesentlichen aus der Aktivierung des Barwertes der Körperschaftsteuerguthaben im Konzern in Höhe von T€11.922.

In den Sonstigen Aktiva sind im Wesentlichen die Anteile an einer Wandelanleihe der Parsoli Corporation Ltd. in Höhe von T€4.959 enthalten. Des Weiteren enthält diese Position Forderungen aus Courtagen und Kursdifferenzen in Höhe von T€2.809 sowie Rückdeckungsansprüche zur Deckung von Pensionsrückstellungen in Höhe T€2.391.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthalten mit T€12.481 langfristige Fremdmittelaufnahmen für die Finanzierung des Verwaltungsgebäudes.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stellen hauptsächlich die Einlagen der Kunden der Baader Service Bank GmbH dar.

Die Rückstellungen werden vor allem durch Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen in Höhe von T€7.703 sowie die Rückstellung für die EdW in Höhe von T€8.833 bestimmt.

Bei den Sonstigen Passiva handelt es sich hauptsächlich um Rückstellungen für Personalaufwendungen (T€6.450), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (T€3.069) sowie Abgaben (T€1.186).

Das Eigenkapital hat sich von T€ 152.626 um T€ 12.738 oder 8,3% auf insgesamt T€ 165.364 erhöht. Die Gesellschaft verfügt mit einer Eigenkapitalquote von 63,4% über eine wettbewerbsfähige Kapitalausstattung, die das weitere Wachstum sicherstellt.

Am 21.12.2007 hat die Baader Wertpapierhandelsbank AG einen zum Bilanzstichtag schwebenden Rahmenvertrag sowie diverse Einzelverträge (Software-Lizenzvertrag, Projektvertrag, Softwarepflegevertrag, Rechenzentrumsvertrag, Hinterlegungsvereinbarung) zur vollständigen Implementierung eines Kernbankensoftwaresystems bis zum 31.12.2008 mit einem Investitionsvolumen von €11,7 Mio. abgeschlossen. Es entstehen ab Inbetriebnahme Anfang des Jahres 2009 innerhalb von zehn Jahren weitere Kosten in Höhe von €9,4 Mio. Zur Finanzierung der Investitionen in die neue Kernbanksoftware wurde am 01.02.2008 ein Softwareleasingvertrag in Höhe eines maximalen Finanzierungsvolumens von €11,0 Mio. abgeschlossen. Dieser hat eine Laufzeit von 36 Monaten beginnend ab dem 01.01.2009. Die bis Ende des Jahres 2008 anfallenden Investitionen und Aufwendungen werden zwischenfinanziert.

4. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtszeitraum jederzeit gewährleistet. Zum Bilanzstichtag stehen Barreserve in Höhe von T€ 3.273, kurzfristigen Bankforderungen in Höhe von T€ 75.338, Forderungen an Kunden in Höhe von T€ 2.521 sowie jederzeit veräußerbaren Handelsaktiva und Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von T€ 48.005 kurzfristige Bankverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie Auszahlungsverpflichtungen aus Anteilserwerb und Kapitalerhöhungen in Höhe von T€ 47.264 gegenüber. Saldiert ergibt sich ein bilanzieller Liquiditätsüberschuss von T€81.873 (Vorjahr: T€ 83.794).

5. Nachtragsbericht

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat mit Wirkung zum 01.01.2008 die Deutsche Börsenmakler GmbH (DBM), Frankfurt, übernommen.

Die DBM, als führende Skontroführergesellschaft im börslichen Fondshandel, besitzt rund 60% Marktanteil in diesem Bereich an der Frankfurter Wertpapierbörse, 30% an der Düsseldorfer Börse und 100% an der Berliner Börse. Darüber hinaus ist die DBM auch Skontroführer für verbriefte Derivate und Aktien an der Börse Frankfurt sowie Skontroführer für Renten an der Börse Düsseldorf. Des Weiteren ist die DBM im Vermittlungsgeschäft von Aktien mit nationalen und internationalen Banken tätig und führender Anbieter von Finanzportalen für Renten und Fonds.

Das Eigenkapital der DBM beträgt zum 31.12.2007 rund €9,2 Mio., der Jahresüberschuss 2007 liegt bei rund €5,4 Mio.

Die DBM Deutsche Börsenmakler GmbH ist an allen wichtigen deutschen Wertpapierbörsen und der Börse Wien zugelassen. Darüber hinaus ist sie Teilnehmer des elektronischen Börsenhandelssystems XETRA.

6. Erklärung gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt, der mit folgender Erklärung abschließt:

„Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäfte bzw. sonstigen Maßnahmen vorgenommen wurden, für diese Rechtsgeschäfte bzw. sonstigen Maßnahmen eine angemessene Gegenleistung erhalten. Sie wurde durch getroffene oder unterlassene Maßnahmen nicht benachteiligt. Alle berichtspflichtigen Vorgänge wurden vom Vorstand beschlossen, soweit nach der Satzung bzw. Geschäftsordnung der Baader Wertpapierhandelsbank AG erforderlich auch vom Aufsichtsrat genehmigt und in diesem Abhängigkeitsbericht aufgestellt.“

7. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter

Im Berichtsjahr ist die Anzahl der Mitarbeiter im Konzern zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr von 266 auf 298 Beschäftigte gestiegen. Die Konzern-Belegschaft setzt sich aus 80 Arbeitnehmerinnen und 218 Arbeitnehmern zusammen, die aus 12 Nationen stammen.

Der Baader-Konzern legt besonderen Wert auf die hohe Qualifikation und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter. Dabei bildete auch im Jahr 2007 die Förderung von Fach- und Nachwuchsführungskräften einen Schwerpunkt der Personalarbeit.

Der Konzern ist ständig bemüht, durch die Erweiterung des Angebots an zusätzlichen sozialen Leistungen für die Belegschaft an Attraktivität zu gewinnen. Mit der Gründung einer eigenen Unterstützungskasse – der Baader Unterstützungskasse e.V. - im Jahr 2005 wurde eine eigenständige soziale Einrichtung geschaffen, um Versorgungsleistungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung allen Konzern-Mitarbeitern gewähren zu können.

Die Baader-Konzern gewährt allen Mitarbeitern bei der Geburt eines eigenen Kindes eine freiwillige finanzielle Unterstützung in Höhe von T€ 10. Im Jahr 2007 wurden insgesamt T€80 ausgezahlt.

Die Geschäftsleitung dankt allen Mitarbeitern für ihren engagierten Einsatz und die bewiesene Loyalität im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Umweltbericht

Die Dienstleistungen der Baader Wertpapierhandelsbank AG und ihrer Tochterunternehmen haben keinerlei nennenswerte umweltbelastende Eigenschaften. Unternehmensintern wird größter Wert auf einen ressourcenschonenden Umgang mit Produktions- (Kopierer, Drucker und andere Geräte der Büroausstattung) und Verbrauchsmitteln gelegt. Der Verwaltungsneubau in Unterschleissheim wurde nach neuesten ökologischen Erkenntnissen insbesondere in den Bereichen Wasser, Wärme und Klimatisierung errichtet und bewirtschaftet.

8. Zweigstellenbericht

Die Verwaltung der Baader Wertpapierhandelsbank AG befindet sich in Unterschleissheim. Daneben führt die Gesellschaft Zweigstellen in Dortmund, Frankfurt und Stuttgart.

9. Vergütungsbericht gem. § 289 Abs. 1 Nr. 5 HGB

Dieser Vergütungsbericht erläutert die Grundlagen für die Festlegung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der Baader Wertpapierhandelsbank AG sowie deren Höhe und Struktur. Darüber hinaus werden Angaben zu den von Aufsichtsratsmitgliedern und Vorstandsmitgliedern gehaltenen Aktien und Aktienoptionen und zu Transaktionen mit Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG gemacht.

Die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG hat am 19.07.2006 wie folgt beschlossen: „Eine Offenlegung der Bezüge und sonstigen empfangenen Leistungen jedes einzelnen Vorstandsmitglieds (§ 285 S. 1 Nr. 9 lit. A S.5 bis 9 HGB und § 314 I Nr. 6 lit. a S. 5 bis 9 HGB) erfolgt für die Geschäftsjahre 2006 bis 2010 weder im Jahres- noch im Konzernabschluss.“ Damit ist auch auf gesetzlicher Grundlage eine individualisierte Offenlegung der Vorstandsbezüge nicht mehr möglich. Daneben weisen Vorstand und Aufsichtsrat auch noch in der jährlichen Entsprechenserklärung gem. § 161 AktG darauf hin, dass eine Abweichung von der Empfehlung zur individuellen Offenlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands gem. Punkt 4.2.4. des Deutschen Corporate Governance Kodex in Zukunft nicht mehr erklärt werden muss.

Vergütung des Vorstands

Für die Festlegung der Vorstandsvergütung ist der Aufsichtsrat zuständig. Die Festlegung der Vergütung orientiert sich an der Größe und Tätigkeit des Unternehmens, seiner finanziellen und wirtschaftlichen Lage sowie an der Höhe und Struktur der Vorstandsvergütung bei vergleichbaren Unternehmen. Zusätzlich werden die Aufgaben und der Beitrag des jeweiligen Vorstandsmitglieds berücksichtigt.

Die Vergütung des Vorstands ist leistungsorientiert; sie setzt sich im Geschäftsjahr 2007 aus vier Komponenten zusammen: einer festen erfolgsunabhängigen Vergütung (Gehalt), einer erfolgsbezogenen Vergütung (Tantieme), einer Komponente mit langfristiger Anreizwirkung (Aktienoptionen) sowie einer Versorgungszusage (für zwei Vorstandsmitglieder).

Die erfolgsunabhängige Vergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt.

Die Höhe der Tantieme orientiert sich am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Mitglieder des Vorstands zwischen 0,4% und 1,2% des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Die Auszahlung erfolgt nach der Genehmigung des Jahresergebnisses durch die Hauptversammlung. Neben der Tantieme besteht die Möglichkeit, einzelnen Vorstandsmitgliedern für besondere Leistungen einen Sonderbonus zu gewähren.

Die aktienbasierte Vergütung erfolgt durch Ausgabe von Aktienoptionen nach den Bedingungen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionspläne.

Für zwei Vorstandsmitglieder bestehen Versorgungszusagen, bei denen die Höhe der Versorgungsleistung in Abhängigkeit von Alter, Betriebszugehörigkeit und Gehalt festgelegt ist. Die Altersrente wird gezahlt, wenn das Vorstandsmitglied nach Erreichung der Altersgrenze

ausscheidet. Sie ist begrenzt auf höchstens 60% des Festgehaltes, das das jeweilige Vorstandsmitglied für das letzte Kalenderjahr vor seinem Ausscheiden aus der Gesellschaft erhalten hat.

Für den Fall der vorzeitigen Beendigung des Dienstverhältnisses enthalten die Vorstandsverträge keine ausdrückliche Abfindungszusage. Eine Abfindung kann sich aber aus einer individuell getroffenen Aufhebungsvereinbarung ergeben.

Für den Fall eines „change of control“ besteht kein Recht auf Kündigung des Anstellungsvertrages durch das einzelne Vorstandsmitglied und entsprechend auch kein Abfindungsanspruch.

Für das Geschäftsjahr 2007 ergaben sich für die Mitglieder des Vorstands folgende Gesamtbezüge:

Erfolgsunabhängige Vergütung		Dotierung Pensionsrückstellung	Erfolgsbezogene Vergütung	Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung	2007	2006
Gehalt	Sonstiges ¹⁾	Versorgungszusage ²⁾	Tantieme	Aktioptionen ³⁾	Gesamt	Gesamt
€	€	€	€	€	€	€
1.548.000,00	128.774,04	1.203.449,05	2.028.850,00	89.256,37	4.998.329,46	3.458.460,03

1) In der Spalte „Sonstiges“ aufgeführte Vergütungsbestandteile umfassen grundsätzlich geldwerte Vorteile aus der Bereitstellung von Dienstwagen, Beiträge zu Versicherungen sowie die Einnahme von subventionierten Mittagessen im Betriebsrestaurant.

2) Die Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IAS/IFRS für aktive Vorstandsmitglieder belaufen sich auf €9.734.730 (Vorjahr: T€7.847).

3) Der Geldwert der Aktioptionen wurde nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt €1,4001 pro Aktie (Vorjahr: €0,9975 pro Aktie).

Die erfolgsbezogene Vergütung wird nach Feststellung des Jahresabschlusses 2007 durch die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG ausgezahlt.

An den Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2007 insgesamt 63.750 Stück Aktioptionen ausgegeben. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktioptionen der Vorstandsmitglieder für die Geschäftsjahre 2000 bis 2006.

Für das Geschäftsjahr *)	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	Gesamt
Gewährte Optionen	63.750	75.000	75.000	103.000	170.000	172.000	83.804	742.554
Ausübungspreis	5,32	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	5,30	-
Verwirkte Optionen	0	0	0	0	19.000	58.000	37.714	114.714
Ausgeübte Optionen	0	0	37.500	103.000	151.000	114.000	15.240	420.740
Ausstehende Optionen	63.750	75.000	37.500	0	0	0	30.850	207.100
Ausübbar Optionen	0	0	37.500	0	0	0	30.850	68.350
Restlaufzeit in Monaten	76	65	53	41	28	16	4	

*) Die Zuteilung erfolgt bedingungsgemäß erst in dem dem Geschäftsjahr folgenden Jahr

Nach § 15a WpHG sind Käufe und Verkäufe in Baader-Aktien durch Mitglieder des Vorstands mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen

auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurde insgesamt 1 Kauf (3.000 Stück mit einem Gegenwert von €13.200,00) gemeldet.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG steht im Mehrheitsbesitz der Baader Beteiligungs GmbH, München. Im abgelaufenen Geschäftsjahr kam es zu keinen Geschäften zwischen den beiden Gesellschaften. Die Anteile von Herrn Uto Baader an der Baader Wertpapierhandelsbank AG werden über die Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG (2.492.788 Stück) und die Baader Beteiligungs GmbH (28.104.000 Stück) gehalten. Darüber hinaus hält Herr Uto Baader Stück 137.512 Aktien im Privatbesitz. Insgesamt entsprechen die Anteile von Herrn Uto Baader 66,95% des Gezeichneten Kapitals der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Darüber hinaus besitzt kein Vorstandsmitglied am 31.12.2007 mehr als 1% am Grundkapital der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Zum 31.12.2007 hielten die Mitglieder des Vorstands insgesamt Stück 31.013.468 Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Vorstands bei Ausübung ihrer Führungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder des Vorstands haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Vorstands für ihre Aufgaben verbessert.

Zur Aufnahme von Nebentätigkeiten einschließlich der Wahrnehmung von Aufsichtsrats-mandaten in Konzerngesellschaften benötigen die Mitglieder des Vorstands die Zustimmung des Aufsichtsrates. So ist sichergestellt, dass weder der zeitliche Aufwand noch die dafür gewährte Vergütung zu einem Konflikt mit den Aufgaben für das Unternehmen führt.

Soweit es sich bei den Nebentätigkeiten um Aufsichtsmandate oder Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien handelt, sind diese im Anhang aufgeführt und im Internet veröffentlicht.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 13 der Satzung der Baader Wertpapierhandelsbank AG geregelt. Entsprechend dieser Bestimmung erhalten die Aufsichtsratsmitglieder neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine Vergütung, die aus einem festen und einem variablen Anteil besteht. Dabei ist die Höhe der variablen Vergütung abhängig vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder zwischen 0,09% und 0,18%. Im Einzelnen darf die Vergütung des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds das Dreifache der Grundvergütung nicht überschreiten.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre Aufsichtsrats-tätigkeit keine Aktienoptionen oder andere aktienbasierte Vergütungen. Sofern Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat Aktienoptionen nach den Bedingungen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionsplänen erhalten, resultieren diese Leistungen aus ihrer Stellung als Arbeitnehmer der Baader Wertpapierhandelsbank AG und sind von ihrer Aufsichtsrats-tätigkeit unabhängig.

Für das Geschäftsjahr 2007 ergaben sich für die Mitglieder des Aufsichtsrats folgende Gesamtbezüge:

		2007	2006
Fester Vergütungsbestandteil	Variabler Vergütungsbestandteil	Gesamt	Gesamt
€	€	€	€
150.000,00	239.737,72	389.737,72	322.125,00

Der variable Vergütungsbestandteil wird nach Feststellung des Jahresabschlusses 2007 durch die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG ausgezahlt.

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhielten als Arbeitnehmer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2007 insgesamt 4.000 Stück Aktienoptionen ¹⁾. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für die Geschäftsjahre 2000 bis 2006.

Für das Geschäftsjahr *)	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	Gesamt
Gewährte Optionen	4.000	2.440	2.640	2.800	4.000	5.200	1.590	22.670
Ausübungspreis	5,32	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	5,30	-
Verwirkelte Optionen	0	0	0	0	0	0		0
Ausgeübte Optionen	0	0	0	0	4.000	5.200	0	9.200
Ausstehende Optionen	4.000	2.440	2.640	2.800	0	0	1.590	13.470
Ausübbarer Optionen	0	0	2.640	2.800	0	0	1.590	7.030
Restlaufzeit in Monaten	76	65	53	41	28	16	4	

*) Die Zuteilung erfolgt bedingungsgemäß erst in dem dem Geschäftsjahr folgenden Jahr

¹⁾ Der Geldwert der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die für 2006 Aktienoptionen als Arbeitnehmer der Gesellschaft erhalten haben, beträgt €5.600,40 (Vorjahr: €2.433,90). Der Geldwert wurde dabei nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt €1,4001 pro Aktie (Vorjahr: €0,9975 pro Aktie).

Nach § 15a WpHG sind Käufe und Verkäufe in Baader-Aktien durch Mitglieder des Aufsichtsrates mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 2 Verkäufe (5.600 Stück mit einem Gegenwert von €30.160,00) der Mitglieder des Aufsichtsrats gemeldet.

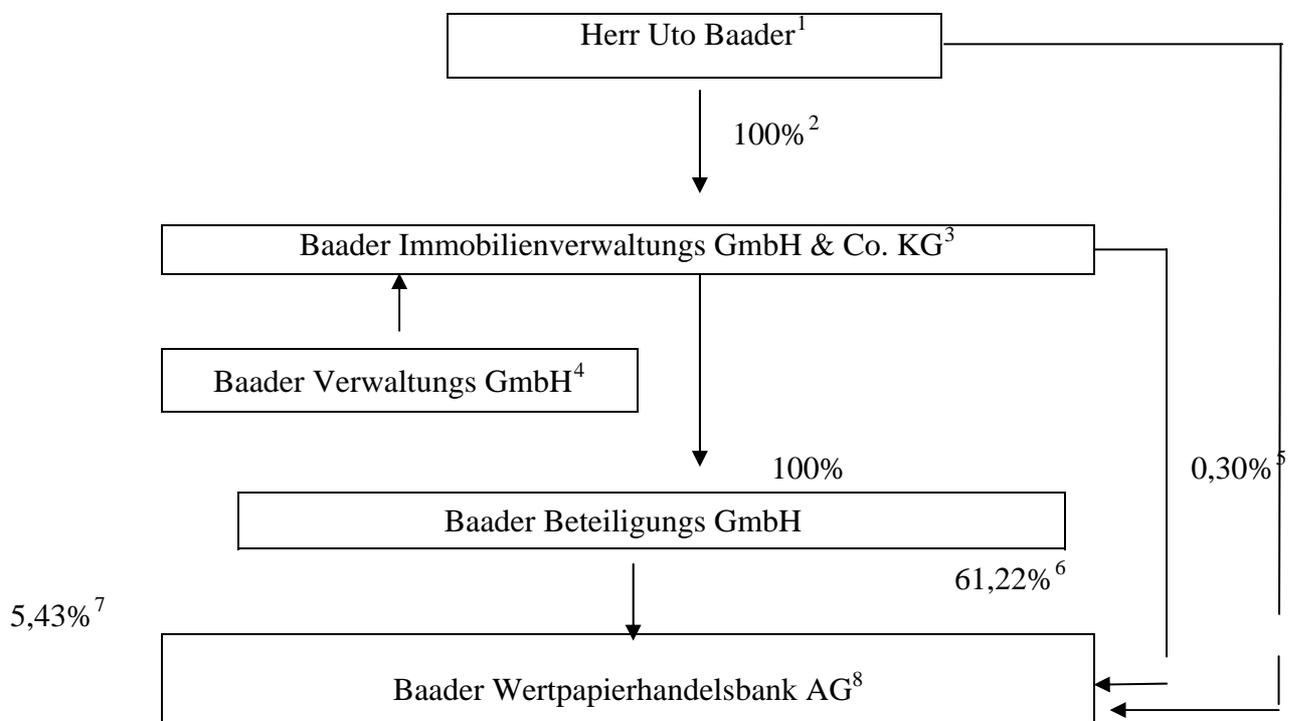
Kein Aufsichtsratsmitglied besitzt am 31.12.2007 mehr als 1% am Grundkapital der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Zum 31.12.2007 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrats insgesamt Stück 7.600 Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Aufsichtsrats bei Ausübung ihrer Tätigkeit für

Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Aufsichtsrats für ihre Aufgaben verbessert.

10. Kapitalbericht gem. § 289 Abs. 4 HGB

1. Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) bestand am 31.12.2007 in Höhe von €45.908.682,00 aus 45.908.682 Stück Inhaber-Stammaktien ohne Nennbetrag gem. § 23 Abs. 3 Nr. 5 AktG (Stückaktien gem. § 23 Abs. 3 Nr. 4 AktG). Darüber hinaus gibt es keine anderen Aktiengattungen.
2. Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind dem Vorstand nicht bekannt.
3. Folgende direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital, die 10% der Stimmrechte übersteigen, wurden gehalten:



4. Aktien mit Sonderrechten sind nicht ausgegeben.

¹ Herrn Uto Baader sind insgesamt 66,95% der Stimmrechte an der Baader Wertpapierhandelsbank AG zuzurechnen.

(Herr Uto Baader und Frau Hanne Baader halten in ihrem Gemeinschaftsdepot 137.512 Stück Aktien (Stand: 01/07)).

² Herr Uto Baader ist alleiniger Kommanditist der Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG.

³ Die Baader Beratungs GmbH & Co. KG wurde am 01.09.2006 auf die Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG verschmolzen.

⁴ Die Baader Verwaltungs GmbH ist persönlich haftende Gesellschafterin der Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG.

Herr Uto Baader ist 100% Gesellschafter der Baader Verwaltungs GmbH.

⁵ Ausübung von 20.000 Aktienoptionen (0,09%) gemäß der Tranche vom 03.05.2002 zu €4,28 pro Aktie (Stand: 11/04).

Ausübung von 22.000 Aktienoptionen (0,09%) gemäß der Tranche vom 25.04.2003 zu €2,24 pro Aktie (Stand: 11/05).

Ausübung von 7.620 Aktienoptionen (0,03%) gemäß der Tranche vom 09.05.2001 zu €10,60 pro Aktie (Stand 02/06).

Ausübung von 3.436 Aktienoptionen (0,02%) von Frau Hanne Baader (Gemeinschaftsdepot mit Uto Baader; Stand 06/06)

Ausübung von 31.400 Aktienoptionen (0,07%) von Herrn Uto Baader (30.000) und Frau Hanne Baader (1.400); (Stand 11/06)

⁶ Die Baader Beteiligungs GmbH hält 28.104.000 Stück Aktien an der Baader Wertpapierhandelsbank AG (Stand: 01/07).

⁷ Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage von nominal 2.492.788 Stück Aktien (Stand 09/01).

⁸ Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln von €22.954.341,00 auf €45.908.682,00 (Stand: 08/06).

5. Es gibt keine Stimmrechtskontrolle i.S. des § 289 Abs.4 Ziff. 5 HGB. Es sind auch keine Stimmbindungsvereinbarungen zwischen Arbeitnehmer-Aktionären bekannt.
6. Die gesetzlichen Vorschriften über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung ergeben sich aus dem Aktiengesetz. Die Satzung enthält keine abweichenden Bestimmungen.
7. Die Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben, ergeben sich aus den im Handelsregister eingetragenen Beschlüssen der Hauptversammlung vom 19.07.2006 und 26.06.2007 wie folgt:

a) Kapitalerhöhungen

- aa) Das Grundkapital ist um bis zu nominal €1.200.000,00 bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur durch Ausgabe von bis zu 1.200.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionsrechten, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 1999 der Baader Wertpapierhandelsbank AG aufgrund der am 18.06.1999 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionsrechten Gebrauch machen (Bedingtes Kapital 1999).
- bb) Das Grundkapital ist um bis zu nominal €600.000,00 bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur durch Ausgabe von bis zu 600.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionen, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 2004 der Baader Wertpapierhandelsbank AG aufgrund der am 14.07.2004 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionen Gebrauch machen (Bedingtes Kapital 2004).
- cc) Das Grundkapital der Gesellschaft ist um bis zu € 10.000.000,00 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 10.000.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien (Bedingtes Kapital 2005). Das bedingte Kapital dient der Gewährung von Rechten an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen und/oder aus Optionsscheinen aus Teilschuldverschreibungen, die gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 29.06.2005 und vom 26.06.2007 bis zum 25.06.2012 von der Baader Wertpapierhandelsbank AG oder durch eine Gesellschaft begeben werden, an der die Baader Wertpapierhandelsbank AG unmittelbar oder mittelbar mit Mehrheit beteiligt ist.

Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem jeweils festzulegenden Wandel- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird. Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandel- bzw. Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der bedingten Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzusetzen.

- dd) Das Grundkapital ist um bis zu nominal € 1.600.000,00 bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur durch Ausgabe von bis zu 1.600.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionen, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 2006 der Baader Wertpapierhandelsbank AG aufgrund der am 19.07.2006 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionen Gebrauch machen (Bedingtes Kapital 2007).

b) Ermächtigung zur Ausgabe von Optionen

Der Vorstand wird ermächtigt, beginnend mit dem Ablauf des Geschäftsjahres 2006 bis zum Ablauf des 18.07.2010 bis zu insgesamt maximal 1.600.000 Aktienoptionen auszugeben und Optionsberechtigten Optionen auf insgesamt bis zu 1.600.000 Stückaktien zu gewähren. Für Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft liegt die Zuständigkeit zur Gewährung der Optionen ausschließlich beim Aufsichtsrat.

Für die Ausgabe von Optionen im Rahmen des Aktienoptionsplans 2006 gilt:

(1) Kreis der Optionsberechtigten und Aufteilung der Optionen

Der Kreis der Berechtigten setzt sich aus Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft und Mitgliedern der Geschäftsführung von Unternehmen, die zur Gesellschaft in einem Konzernverhältnis im Sinne von § 18 AktG stehen (Konzernunternehmen), sowie den übrigen Mitarbeitern der Gesellschaft und ihrer Konzernunternehmen zusammen.

Dabei sind die Optionen wie folgt auf die vier Gruppen der Optionsberechtigten aufzuteilen:

a) Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft können insgesamt bis zu 256.000 Optionen gewährt werden.

b) Arbeitnehmern der Gesellschaft können insgesamt bis zu 1.060.000 Optionen gewährt werden.

c) Mitgliedern der Geschäftsführung von Konzernunternehmen können insgesamt bis zu 60.000 Optionsrechte gewährt werden.

d) Arbeitnehmern von Konzernunternehmen können insgesamt bis zu 224.000 Optionen gewährt werden.

e) Eine mehrfache Gewährung von Optionen aufgrund der Zugehörigkeit eines Optionsberechtigten zu mehreren optionsberechtigten Gruppen ist ausgeschlossen. Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft und Mitgliedern der Geschäftsführung bzw. des Vorstands von Konzernunternehmen werden nur in ihrer Eigenschaft als solchen Optionen gewährt.

(2) Optionen

Jede Aktienoption berechtigt den Inhaber zum Bezug einer auf den Inhaber lautenden Stückaktie der Gesellschaft mit einem auf sie entfallenden Anteil am Grundkapital der Gesellschaft von je €1,00 gegen Zahlung des Ausübungspreises nach Abs. (4). Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres gewinnbezugsberechtigt, in dem sie ausgegeben werden. Die Bezugs- und Erwerbsbedingungen können vorsehen, dass die Gesellschaft dem Optionsberechtigten anstelle von neuen Aktien unter Inanspruchnahme des Bedingten Kapitals ganz oder teilweise auch eigene Aktien oder eine Ausgleichszahlung gewähren kann.

(3) Ausgabe der Aktienoptionen / Laufzeit

Die Laufzeit des Aktienoptionsplanes beträgt maximal vier Jahre, so dass eine Ausgabe von Aktienoptionen aus dem Aktienoptionsplan der Gesellschaft nach dem 18.07.2010 nicht mehr möglich ist. Die Aktienoptionen können jeweils nur einmal jährlich und zwar während eines Zeitraumes von sechs Wochen nach Bekanntgabe der Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres durch den Vorstand an die Optionsberechtigten ausgegeben werden. Aktienoptionen werden zum ersten Mal nach Ablauf des Geschäftsjahres 2006 ausgegeben.

(4) Ausübungspreis

Der Ausübungspreis einer Aktienoption entspricht dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Gesellschaft im Präsenzhandel der Börse München während der zehn Handelstage, die dem zweiten Tag vor Beginn der Ausgabeperiode für die in Frage stehenden Aktienoptionen vorausgehen, mindestens aber dem auf eine Aktie der Gesellschaft entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals. Beginn der Ausgabeperiode ist der Tag, an dem die Optionsberechtigten erstmals über das konkrete Angebot zum Erwerb von Aktienoptionen informiert werden.

Die Bezugs- und Erwerbsbedingungen können für den Fall von Maßnahmen, die den Wert der Optionen beeinflussen, Anpassungen des Ausübungspreises und/oder des Bezugsverhältnisses vorsehen. Mindestausübungspreis ist jedoch in jedem Fall der geringste Ausgabebetrag im Sinne von § 9 Abs. 1 AktG.

(5) Erfolgsziele

Die Optionen können nur ausgeübt werden, wenn

- a) der Schlusskurs der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG im Präsenzhandel der Börse München (Börsenschlusskurs) um mehr als 30% über dem Ausübungspreis liegt (absolute Hürde) und
- b) an den letzten zehn Börsenhandelstagen vor Ausübung der Optionen die kumulierte prozentuale Performance der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG seit der Ausgabe der Option um mindestens 10% höher ist als die prozentuale Steigerung des Prime All Share Index (relative Hürde), (die kumulierte Performance berücksichtigt sowohl die Kursentwicklung als auch den Wert von Bardividenden, Bezugsrechten aus Kapitalerhöhungen und sonstigen Sonderrechten zwischen der Ausgabe der Option und dem Zeitpunkt der Ausübung der Option) und
- c) sie nicht vor Abgabe der Ausübungserklärung aufgrund einer Regelung der Optionsbedingungen durch Verfall erloschen sind.

Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele ist ausgeschlossen.

(6) Wartefrist

Die Optionen dürfen erst nach Ablauf einer Wartefrist von zwei Jahren ab dem jeweiligen Ausgabetag ausgeübt werden. Ausgabetag ist der Tag, an dem die Optionsberechtigten das konkrete Angebot zum Erwerb von Aktienoptionen spätestens annehmen können.

(7) Ausübungszeitraum

Die Aktienoptionen können in den folgenden fünf Jahren nach Ablauf der Wartefrist gemäß Abs. (3) vorbehaltlich Abs. (5) ausgeübt werden, jeweils vier Wochen nach Veröffentlichung der Quartalszahlen der Gesellschaft (Q 1, Q 2, und Q 3) und sofern die Gesellschaft vorläufige Zahlen für das abgeschlossene Geschäftsjahr veröffentlicht – vier Wochen nach Veröffentlichung solcher Zahlen (Ausübungsfenster). Nach Beendigung der Laufzeit (max. sieben Jahre nach Ausgabetag) verfallen die jeweiligen Optionen ersatzlos.

Die Optionen können trotz Vorliegens der Wartefrist in folgenden Zeiträumen nicht ausgeübt werden:

- vor Hauptversammlungen der Gesellschaft der Zeitraum zwischen dem Beginn des letzten Tages für die Vorlage des Nachweises des Anteilsbesitzes (§ 123 Abs. 3 AktG) und dem Ende des dritten Bankarbeitstages nach der Hauptversammlung;
- in einem Zeitraum von 15 Kalendertagen vor dem Ende des Geschäftsjahres der Gesellschaft;
- in einem Zeitraum von dem Tag an, an dem die Gesellschaft ein Angebot zum Bezug neuer Aktien oder Anleihen mit Wandlungs- oder Optionsrechten in einem Börsenpflichtblatt einer deutschen Börse, an der ihre Aktien gehandelt werden veröffentlicht, bis zum Ablauf jenes Tages (jeweils einschließlich), an dem die Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG an der betreffenden Wertpapierbörse erstmals „ex-Bezugsrecht“ notiert werden.

Sofern einzelne Tage oder der gesamte Ausübungszeitraum in einem Sperrzeitraum liegen, verschieben sich die Tage zur Ausübung auf eine entsprechende Anzahl von Tagen unmittelbar nach dem Ende des Sperrzeitraums.

(8) Unübertragbarkeit / Anstellungsverhältnis

Die Optionen sind nicht übertragbar, sondern können nur durch die Optionsberechtigten ausgeübt werden. Sie sind im Todesfall nur an die Ehefrau oder den Ehemann oder an die Kinder des Optionsberechtigten vererbbar.

Die Optionen können nur ausgeübt werden, solange der Inhaber der Optionen in einem ungekündigten Anstellungsverhältnis mit der Gesellschaft steht. Abweichend hiervon können Optionen, für die im Zeitpunkt des Zugangs der Kündigungserklärung (oder in Fällen der nicht kündigungsbedingten Beendigung des Anstellungsverhältnisses – im Zeitpunkt der Beendigung des Anstellungsverhältnisses) die Wartezeit von zwei Jahren bereits abgelaufen ist, von dem Inhaber unter Berücksichtigung der für eine Ausübung in Frage kommenden Zeiträume, nur noch im nächsten Ausübungszeitraum ausgeübt werden. Diese Optionen erlöschen mit dem Ende des letztmöglichen Ausübungszeitraums, sofern sie nicht bis zu diesem Zeitpunkt ausgeübt worden sind. Optionen, für die im Zeitpunkt des Zugangs der Kündigungserklärung (oder in Fällen der nicht kündigungsbedingten Beendigung des Anstellungsverhältnisses - im Zeitpunkt der Beendigung des Anstellungsverhältnisses) die Wartezeit noch nicht abgelaufen ist, erlöschen zu diesem Zeitpunkt.

(9) Weitere Bezugs- und Erwerbsbedingungen:

Die Einzelheiten für die Gewährung der Aktienoptionen und die weiteren Ausübungsbedingungen werden durch den Aufsichtsrat festgesetzt soweit die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft betroffen sind. Im Übrigen liegt die Zuständigkeit für die Festlegung dieser Einzelheiten beim Vorstand der Gesellschaft. Zu den Einzelheiten gehören insbesondere die Auswahl einzelner Optionsberechtigter aus der jeweiligen Gruppe der Berechtigten, die Gewährung von Optionen an einzelne Berechtigte, die Bestimmung der Durchführung und des Verfahrens der Abwicklung der Ausübung der Optionen und der Ausgabe der Aktien, sowie Regelungen über die Behandlung von Optionen in Sonderfällen.

c) Rückkauf eigener Aktien

aa) Die Gesellschaft wird gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 25.12.2008 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen, die den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils 3 vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10% übersteigen oder unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen.

Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien 5 vom Hundert des Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen.

bb) Die Gesellschaft wird gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG dazu ermächtigt, Aktien der Gesellschaft zu erwerben, insbesondere um

- sie Dritten im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen anbieten zu können,
- Aktien den Berechtigten aus den Aktienoptionsplänen 1999, 2004 und 2006 der Baader Wertpapierhandelsbank AG gemäß der Ermächtigungen der Hauptversammlungen vom 18.06.1999, 14.07.2004 und 19.07.2006 der Baader Wertpapierhandelsbank AG zum Bezug anzubieten oder
- sie einzuziehen.

Die Ermächtigung ist auf den Erwerb von eigenen Aktien mit einem Anteil am Grundkapital von insgesamt bis zu zehn vom Hundert beschränkt. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer der genannten Zwecke ausgeübt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 25.12.2008.

Der Erwerb erfolgt über die Börse. Der von der Baader Wertpapierhandelsbank AG gezahlte Gegenwert je Aktie darf den Mittelwert der Schlusskurse für die Stückaktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten 5 Handelstage vor dem Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) um nicht mehr als 5% überschreiten.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, Dritten beim Erwerb von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Unternehmensbeteiligungen oder Vermögensgegenständen – auch durch Aktientausch - sowie bei Unternehmenszusammenschlüssen anzubieten.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien der Gesellschaft, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben wurden, im Rahmen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionspläne 1999, 2004 und 2006 Inhabern von Optionen zum Erwerb anzubieten.

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf diese eigenen Aktien wird insoweit ausgeschlossen, wie diese Aktien gemäß der vorstehend genannten Ermächtigungen verwandt werden.

Der Vorstand wird weiterhin ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG einzuziehen, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Ermächtigung zur Einziehung kann ganz oder in Teilen ausgeübt werden.

- 8.** Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft gem. § 289 Abs. 4 Nr. 8 HGB liegen nicht vor.
- 9.** Entschädigungsvereinbarungen i.S. des § 289 Abs. 4 Nr. 9 HGB sind nicht getroffen worden.

11. Risikobericht

1. Grundsätze für das Risikomanagement

Im vergangenen Jahr hat Baader weitere Schritte unternommen, sich vom zyklischen Börsenmaklergeschäft unabhängiger zu machen und die Expansion auch in internationalen Märkten fortzusetzen. Primäres Ziel ist die Verbreiterung der Geschäftsbasis und somit die Diversifikation der ertragstragenden Geschäftsbereiche. Insbesondere durch die Erhöhung der Beteiligung an dem indischen Finanzdienstleister Parsoli, die Gründung eines Brokers im Oman und den Aufbau des Bereiches MiFIS (Markets in Financial Instruments Services), der sich auf die Umsetzung der MiFiD spezialisiert hat, soll eine Verbreiterung der Ertragsbasis erreicht werden.

Das Erzielen von Erträgen im Bankgeschäft ist in der Regel nicht ohne das Eingehen von Risiken möglich. Dabei beinhaltet der Begriff Risiko die Möglichkeit, dass sich die künftige wirtschaftliche Lage der Bank negativ entwickelt. Insofern sind der bewusste Umgang, das aktive Management und die laufende Identifikation und Überwachung von Risiken Kernelemente der erfolgsorientierten Geschäftssteuerung des Baader-Konzerns. Als übergeordnetes Institut trägt die Baader Wertpapierhandelsbank AG die Verantwortung für die konzernweite Einrichtung eines Risikomanagementsystems gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. In diesem Zusammenhang wird permanent Sorge getragen, dass die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital unterlegt sind.

2. Risikotragfähigkeit

Ausgehend von dieser Grundüberzeugung verschafft sich die Konzernleitung in Anlehnung an die MaRisk regelmäßig einen Überblick über die Ausprägungen aller Risiken im Konzern. Auf dieser Grundlage wird sichergestellt, dass alle wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial des Konzerns laufend abgedeckt sind und damit die geforderte Risikotragfähigkeit gegeben ist. Unter den identifizierten Risikoarten sind im Konzern die folgenden als wesentlich zu betrachten: Kreditrisiken, Wiedereindeckungsrisiken, Vorleistungsrisiken, Beteiligungsrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Geschäftsrisiken.

Mindestens einmal im Jahr wird vom Risikocontrolling der Konzernmutter die Risikotragfähigkeit des Baader-Konzerns für das kommende Geschäftsjahr errechnet. Hierbei wird ausgehend vom aufsichtsrechtlichen haftenden Eigenkapital das in verschiedenen Bilanzpositionen gebundene Kapital abgezogen, während wirtschaftlich verfügbare Reserven hinzu addiert werden. Darauf aufbauend wird das Risikokapital errechnet, indem erwartete Verluste aus den einzelnen Risikoarten zum Abzug gebracht werden. Dieses Risikokapital stellt den Betrag dar, der zur Deckung von unerwarteten Verlusten im Konzern maximal zur Verfügung steht und bildet die Grundlage für die Risikolimiten. Zusätzlich erfolgt auch die Aufteilung des Risikokapitals auf die Einzelinstitute im Konzern. Diese ermitteln ihrerseits ebenfalls das verfügbare Risikokapital aufgeteilt auf die einzelnen Risikoarten in Abstimmung mit dem Risikocontrolling der Konzernmutter.⁸

⁸ Das Risikocontrolling ist im Baader Konzern dezentral organisiert, d.h. die Überwachung erfolgt auf Einzelinstitutsebene. Die Vorgabe der Methoden und Verfahren sowie die Überwachung auf Konzernebene wird durch das Risikocontrolling der Konzernmutter wahrgenommen.

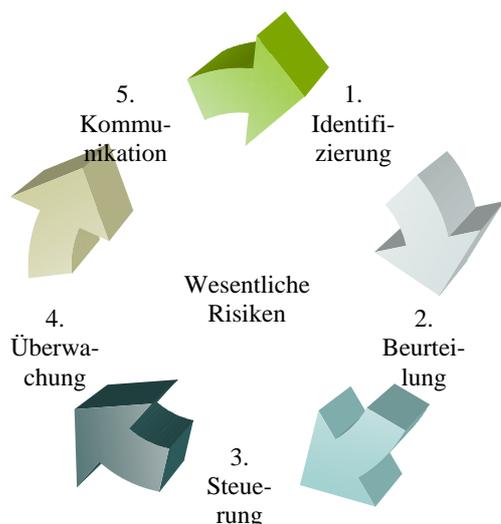
Die Limite werden mehrheitlich durch die jeweilige Geschäftsleitung des Einzelinstituts per Beschluss festgelegt. Gegebenenfalls können sie unterjährig angepasst werden, wenn die Geschäftstätigkeit und / oder die Ertragslage dies erforderlich macht.

3. Geschäfts- und Risikostrategie

Zum Ende eines jeden Geschäftsjahres wird im Rahmen einer Strategiesitzung der Konzernleitung die Geschäftsstrategie für das kommende Geschäftsjahr festgelegt und die Auswirkungen auf die Risikostrategie diskutiert. Dabei werden die in der Geschäftsstrategie niedergelegten Ziele und Planungen der wesentlichen Geschäftsaktivitäten berücksichtigt. Das Risikocontrolling der Konzernmutter ermittelt wie oben beschrieben das für das kommende Geschäftsjahr verfügbare Risikokapital und prüft daraufhin die Risikostrategie. Im Rahmen eines Beschlusses werden dann die Geschäfts- und Risikostrategie, die Allokation des Risikokapitals auf die einzelnen Risikoarten und Geschäftsbereiche sowie die Limite für das folgende Geschäftsjahr verabschiedet.

4. Internes Kontrollsystem

Das gemäß der MaRisk vorgeschriebene Interne Kontrollsystem gliedert sich in die Aufbau- und Ablauforganisation und die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Ein wesentlicher Bestandteil der Aufbau- und Ablauforganisation ist die Funktionstrennung. Hierbei wird sichergestellt, dass miteinander unvereinbare Tätigkeiten durch unterschiedliche Mitarbeiter durchgeführt werden. Beispielsweise sind Tätigkeiten des Risikocontrollings strikt von den Bereichen getrennt, die Positionsverantwortung tragen. Die Funktionstrennung ist im Konzern bis einschließlich Konzernleitungsebene gewährleistet und gilt auch für den Vertretungsfall. Ferner hat Baader angemessene Risikosteuerungs- und -controllingprozesse eingerichtet, die eine Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken gemäß den Anforderungen der MaRisk im Konzern gewährleisten. Diese Prozesse stellen sicher, dass die wesentlichen Risiken frühzeitig erkannt, vollständig erfasst und in angemessener Weise dargestellt werden. Weiterhin werden diese Prozesse regelmäßig überprüft und zeitnah an sich ändernde Bedingungen angepasst.



- Der **Identifizierung** von neuen Risiken wird im Rahmen eines Projektes „Aktivitäten in neuen Produkten und neuen Märkten“, das von dem initiierenden Bereich angebahnt wird, Rechnung getragen. Hierbei wird von den relevanten Unternehmensbereichen eine Prüfung der geplanten Aktivitäten durchgeführt und der entsprechende Risikogehalt identifiziert. Bestehende Aktivitäten werden einer laufenden Überprüfung unterzogen.
- Die **Beurteilung** der Risiken erfolgt dann anhand von detaillierten Analysen im Risikocontrolling, das dann ein Konzept zur Steuerung und Überwachung dieser Risiken entwickelt.

- Durch ein differenziertes Limitsystem und die permanente **Überwachung** der Risiken wird den Handelsbereichen eine **Steuerung** ermöglicht.
- Die **Kommunikation** erfolgt in Form täglicher Reports und zeitnaher Limitüberschreitungs meldungen an die Handelsverantwortlichen und die Konzernleitung.

Im Folgenden werden die identifizierten Risikoarten kurz dargestellt:

Adressenausfallrisiken

Bei den Adressenausfallrisiken wird zwischen den Kreditrisiken, den Kontrahenten- und Emittentenrisiken, den Länderrisiken, und den Beteiligungsrisiken unterschieden.

Das Kreditgeschäft im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 2 KWG wird im Konzern nur von der Baader Service Bank GmbH betrieben. Diese gewährt Kunden in geringem Umfang (unechte) Lombardkredite gegen Sicherheiten in börsennotierten Wertpapieren, deren Beleihungswert sehr konservativ angesetzt wird. Das Kreditrisiko unter Berücksichtigung von Sicherheiten ist daher insgesamt als sehr gering einzustufen. Die folgende Tabelle enthält die Kreditengagements zum 31.12.2007:

	Kreditengagements insgesamt in Mio. €	Kreditanspru chnahmen in Mio. €	Offene Kreditzusagen in Mio. €	Bewertete Sicherheiten in Mio. €	90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements
Privatkunden	9,13	1,31	7,82	6,43	0,00%
davon Mitarbeiter	1,58	1,03	0,55	-	0,00%
Firmenkunden	7,18	0,04	7,14	2,50	0,00%
SUMME	16,31	1,35	14,96	8,93	

Des Weiteren werden im Rahmen des Kreditgeschäftes im Konzern nur noch Geldmarktanlagen bei Kreditinstituten getätigt. Hierfür existieren Geldhandelslinien basierend entweder auf externen Bonitätseinschätzungen oder auf internen Bonitätsprüfungen mit entsprechenden Kreditbeschlüssen. Die Bonitätsprüfung wird anhand eines internen Ratingverfahrens durchgeführt.

Bei der Abwicklung von Handelsgeschäften kann ein Kontrahentenrisiko dadurch entstehen, dass ein Handelspartner seine entstandenen Verpflichtungen nicht vollständig erfüllt. Hierbei zu unterscheiden ist einerseits das Wiedereindeckungsrisiko beim Ausfall der Gegenpartei und demzufolge die Nichterfüllung der abgeschlossenen Geschäfte und andererseits das Vorleistungsrisiko, wenn die Geschäfte nicht als Zahlungs-/Lieferungsgeschäfte „Zug um Zug“ abgewickelt werden. In der Regel werden alle getätigten Geschäfte von der Bank als Zahlungs-/Lieferungsgeschäfte „Zug um Zug“ abgewickelt, so dass hierbei keine Wiedereindeckungsrisiken entstehen.

Eine Ausnahme besteht lediglich bei der Abwicklung von Schuldscheindarlehen-Geschäften bzw. der Vermittlung von Schuldscheindarlehen, bei denen Baader im Rahmen des Kaufvertrages als Kontrahent auftritt. Da bei diesen Geschäften die „Zahlung frei von Lieferung“ erfolgt, d.h. Zahlung und Übereignung der Urkunde fallen zeitlich auseinander, hat Baader hier ein Kontrahentenrisiko im Sinne eines Vorleistungsrisikos. Gemäß MaRisk wird für jeden Kontrahenten, mit dem vorleistungsrisikobehaftete Geschäfte getätigt werden, in Abhängigkeit der Bonität des Geschäftspartners, ein entsprechendes Limit vergeben. Das getätigte Geschäft wird dann auf das jeweilige Limit des Kontrahenten angerechnet.

Marktpreisrisiken

Unter dem Marktpreisrisiko wird die Wertschwankung der betrachteten Position aufgrund sich ändernder Marktpreise, wie z.B. Aktienkursänderungen, Devisenkursänderungen, Zins- und Volatilitätsänderungen verstanden.

Zum Jahresende bestanden im Handelsbuch folgende Risikopositionen in Mio. €Marktwert:

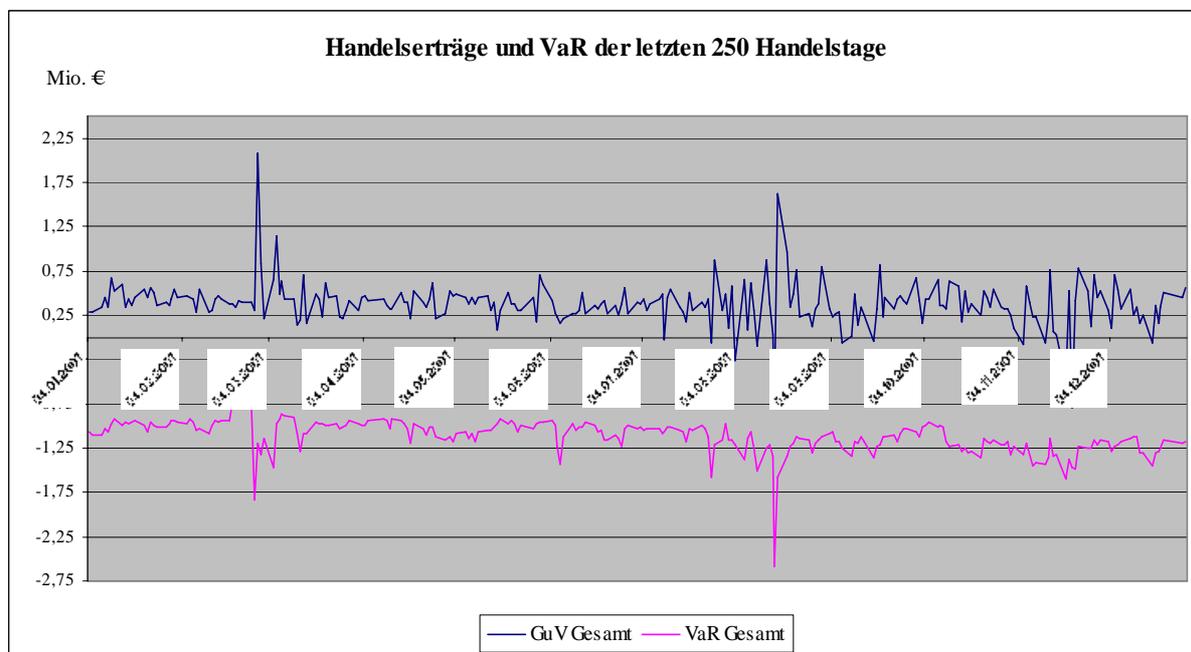
KASSAMARKT		TERMINMARKT	
Aktien	26,67	Optionen	0,00
Renten	5,56	Futures	-2,04
Fonds, Index- und fonds-ähnliche Zertifikate	27,08	Swaps	6,58
Verbriefte Derivate	2,98		

Die Marktpreisrisiken werden durch ein Value-at-Risk Modell basierend auf Monte-Carlo-Simulationen gemessen (i.d.R. 1 Tag Haltedauer, 99% Konfidenzniveau). Als eingehender Risikoparameter kommt eine Varianz-Kovarianz Matrix basierend auf eigenen Zeitreihen zur Anwendung, die exponentiell gewichtet Eingang findet.

In den vergangenen Jahren wurden die folgenden VaR-Werte in Mio. € berechnet:

Value-at-Risk der Handelsbereiche	2007	2006	2005	2004	2003
VaR per Jahresultimo	1,32	0,78	0,83	0,74	0,65
Minimaler VaR	1,11	0,68	0,51	0,70	0,41
Maximaler VaR	2,73	2,84	1,46	1,73	1,48
Durchschnittlicher VaR	1,36	1,19	0,84	1,04	1,12

Gemäß MaRisk wird im Rahmen des Backtestings (clean Backtesting) anhand des Verhältnisses zwischen den VaR-Werten und Marktwertveränderungen der Position auf Grundlage tatsächlicher Kursänderungen die Güte des VaR-Modells permanent überprüft. Darüber hinaus erfolgt eine Überprüfung des Modells auf Basis des so genannten Dirty Backtestings. Dabei werden die tatsächlich aufgetretenen täglichen Erträge den Value-at-Risk Werten der Handelsbereiche gegenübergestellt. Das folgende Schaubild zeigt diese Gegenüberstellung für die vergangenen 250 Handelstage in Mio. €



Weiterhin werden hinsichtlich der Risikolage Worst Case Szenarien mit außergewöhnlichen Marktpreisänderungen für die einzelnen Bereiche durchgeführt. Zur Risikobegrenzung wurde ein Limitsystem unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie sowie des Risikokapitals festgelegt. Die Limite werden um etwaige Verluste reduziert, und gelten untertägig und über Nacht. Die Positionssteuerung verantworten die jeweiligen Geschäftsbereichsleiter, die konzernweite Überwachung das Risikocontrolling der Konzernmutter. Überschreitungen des Limits werden im Rahmen des täglichen Berichtswesens an die Konzernleitung gemeldet. Die tägliche Überwachung und Kommunikation der Limitauslastungen obliegt wiederum dem Risikocontrolling.

Im Rahmen der Umsetzung der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wurde für den Baader-Konzern per 31.12.2007 die den neuen Vorschriften angepassten Meldungen an die Aufsichtsämter übermittelt. Durch die erstmalige Berücksichtigung des operationellen Risikos und der veränderten Regelung bei der Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung für die Zinsnettoposition durch den pauschalierten Anrechnungsbetrag für Investmentanteile nach § 307 Abs. 1 Satz 1 und

2 SolvV, kommt es zu einer Verschlechterung der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer nach SolvV auf 24,0% (GS I alt: 43,4%).

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken können grundsätzlich aufgrund mangelnder Liquidität von Handelsprodukten oder aufgrund mangelnder eigener Liquidität auftreten.

Beispielsweise existieren Wertpapiere mit unterschiedlicher Marktliquidität. Eine geringe Marktliquidität in einzelnen Handelsprodukten führt dazu, dass Transaktionen in diesen Produkten sowohl zum Etablieren als auch zum Auflösen von Positionen aufgrund der geringen oder nicht vorhandenen Marktliquidität beeinträchtigt oder nicht möglich sind. Um diesem Risiko entgegenzuwirken, werden vom Risikocontrolling in regelmäßigen Abständen Auswertungen erstellt und an die betroffenen Geschäftsbereichsleiter kommuniziert, welche als Entscheidungsgrundlage für erforderliche Maßnahmen dienen.

Die Sicherstellung der Zahlungsverpflichtungen erfolgt im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätsdisposition in der Abteilung Zahlungsverkehr der Konzernmutter. Der mittel- bis langfristige Liquiditätsüberschuss wird regelmäßig ermittelt und dient zur Disposition der überschüssigen Liquidität und zum Treffen der entsprechenden Anlageentscheidung. Der kurzfristige Liquiditätsbedarf ist durch entsprechende täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute und diverse Kreditlinien gesichert. Anhand der monatlich erstellten, detaillierten Liquiditätsplanung ist der mittel- bis langfristige Liquiditätsbedarf auch bei einer unterstellten Worst Case Entwicklung mehr als ausreichend gedeckt. Demzufolge wird das Liquiditätsrisiko bei Baader als nicht wesentliches Risiko betrachtet.

Operationelle Risiken

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Hierzu gehören auch Rechtsrisiken. Ausgenommen sind Strategische und Reputationsrisiken.

Die Einschätzung des Risikopotenzials, d.h. die Identifizierung und Bewertung von operationellen Risiken wird anhand der halbjährlichen, von den Op-Risk-Managern auszufüllenden Fragebögen durch das Risikocontrolling der Konzernmutter vorgenommen. Die aus den Erhebungen resultierenden Ergebnisse werden zunächst dem Baader-Sicherheitskomitee zur Diskussion vorgelegt und der Konzernleitung im MaRisk-Bericht als Bestandteil des Monatsberichtes berichtet. Die Konzernleitung gibt gegebenenfalls den Auftrag an das Sicherheitskomitee zur Prüfung von Maßnahmen und entscheidet über deren Umsetzung.

Neben dem Ausfüllen der Fragebögen ist es die Aufgabe der Op-Risk-Manager etwaige eingetretene Schäden aus operationellen Risiken zu melden. Hierfür steht eine Intranet-Anwendung zur Verfügung, in der eingetretene Schäden zu erfassen sind. Bedeutende Schadensfälle werden unverzüglich hinsichtlich ihrer Ursachen analysiert. Ergebnisse daraus werden quartalsweise im MaRisk-Bericht gemeldet. Im Geschäftsjahr 2007 wurden Schäden mit einer Gesamtsumme von T€980 gemeldet. Der größte Einzelschaden betrug hierbei T€350 und ist der Basel II Kategorie *Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten* zuzuordnen.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat am 15.03.2005 den Entschädigungsfall bei der Phoenix Kapitaldienst GmbH festgestellt. Im Rahmen des

Entschädigungsverfahrens prüft die Entschädigungseinrichtung für Wertpapierhandelsunternehmen (EdW), ob und in welcher Höhe den Anlegern Entschädigungsansprüche zustehen. Gem. § 4 Abs. 2 Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EAEG) beträgt die Höhe der Entschädigung jedes Anlegers 90% seiner Forderungen aus Wertpapiergeschäften, maximal € 20.000,00. Die Mittel der EdW haben die Mitglieder durch Jahresbeiträge und ggfs. Sonderbeiträge zu erbringen (§ 8 EAEG).

Am 19.04.2007 haben die Gläubiger der Phoenix Kapitaldienst GmbH den vom Insolvenzverwalter vorgeschlagenen Insolvenzplan mehrheitlich angenommen. Der Insolvenzplan regelt die Modalitäten für die Verteilung der vorhandenen Insolvenzmasse in Höhe von €230 Mio. Mit dem Plan sollten zunächst €200 Mio. ausgeschüttet werden (Insolvenzquote von 30%). Das Landgericht Frankfurt/Main hat mit Beschluss vom 29.10.2007 der Beschwerde eines Großgläubigers gegen den Insolvenzplan in erster Instanz stattgegeben. Der Insolvenzverwalter hat hiergegen Rechtsmittel angekündigt.

In seiner Beschwerde macht der Großgläubiger geltend, dass ein Großteil der Insolvenzmasse (rd. €162 Mio. von insgesamt rd. €230 Mio.) Treuhandvermögen darstelle und daher nicht gemäß dem beschlossenen Insolvenzplan an die Anleger zu verteilen sondern direkt an die somit aussonderungsberechtigten Anleger auszuzahlen sei. Solange die Aussonderungsproblematik nicht geklärt ist, ist es auch laut Aussage der EdW nicht möglich, eine konkrete Berechnung der Entschädigungsansprüche aller Anleger vorzunehmen.

Zur Finanzierung von geplanten Teilentschädigungen von Anlegern hat die EdW Mitte Dezember des Jahre 2007 Sonderbeitragsbescheide an ihre Mitglieder versandt. Ausweislich der Darstellung im Sonderbeitragsbescheid hat die EdW im Verfahrensabschnitt 2008 einen voraussichtlichen Finanzbedarf von €28,7 Mio. Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat gegen den Sonderbeitrag fristgerecht Widerspruch eingelegt, den Sonderbeitrag jedoch als Verbindlichkeit im Jahresabschluss 2007 berücksichtigt und die bestehende Rückstellung entsprechend verbraucht.

Die Höhe des Finanzbedarfs für spätere Abschnitte im Entschädigungsverfahren hängt nach Angaben der EdW insbesondere von der tatsächlichen Entschädigungshöhe, der Dauer der Anspruchsbearbeitung sowie möglicher Gerichtsentscheidungen zu Aussonderungsansprüchen der Anleger gegen den Insolvenzverwalter und Schadensersatzansprüchen der EdW gegen Dritte ab.

Aus heutiger Sicht wird seitens der Baader Wertpapierhandelsbank AG weiterhin von einer von der EdW aufzubringenden Entschädigungsleistung von ca. € 180 - 200 Mio. ausgegangen. Für das Risiko aus der weiteren Inanspruchnahme im Entschädigungsverfahren aber auch entsprechend dem Verhältnis der Höhe des Sonderbescheids zur aufzubringenden Entschädigungsleistung haben die betroffenen Konzernunternehmen ihre im Vorjahr auf Basis der seinerzeit vorliegenden Erkenntnisse gebildete Rückstellung im Jahresabschluss 2007 neu bewertet und auf T€ 8.833 zurückgeführt.

Zum Jahresende sind keine weiteren nennenswerten laufenden oder potenziellen Rechtsstreitigkeiten mit wesentlichen finanziellen Risiken bekannt.

Geschäftsrisiko

Das Geschäftsrisiko beschreibt die Unsicherheit, die mit dem Betreiben eines Geschäftes einhergeht. Es ist im Vergleich zu den finanziellen Risiken wie Liquiditäts- oder Marktpreisrisiko eher von qualitativen Faktoren abhängig, welche die Parameter für das zukünftige Finanzrisiko

setzen und lässt sich in Branchencharakteristika, Wettbewerbsposition und Qualität des Managements gliedern. Dem Geschäftsrisiko wird im Rahmen der geschäftspolitischen Strategie und des verantwortlichen Handelns der Geschäftsleitung entgegengetreten. Gemäß den Anforderungen der BaFin an das Risikomanagement bzw. MaRisk legt die Konzernleitung eine Geschäftsstrategie und eine mit diesen Zielen und Planungen unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit konsistente Risikostrategie für das kommende Geschäftsjahr fest.

12. Prognosebericht

Strategie und Ausblick

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat im vergangenen Jahr ihre Position als führende Wertpapierhandelsbank und größte Börsenmaklergesellschaft in Deutschland ausgebaut. Als Unternehmen, das den Anspruch hat, Benchmarks im Wertpapierhandel und angrenzenden Transaktionsgeschäften zu setzen, verfolgt die Baader Wertpapierhandelsbank AG seit einigen Jahren erfolgreich die Strategie, um seine Kernkompetenz des Wertpapierhandels herum, ergänzende oder verwandte Dienstleistungen anzubieten und damit neue Ertragsfelder zu generieren.

Erklärtes Ziel bleibt es, die Anzahl der Skontren sowie die Marktanteile an den inländischen Börsen zu erhöhen. Dies kann durch die Erhöhung der Anzahl an Zweitlistings sowie durch Übernahme von Skontren bzw. Maklerfirmen erfolgen. Um dem Margendruck im Börsenhandel entgegenzuwirken, werden ständig Möglichkeiten zur Reduktion der Handels- und Abwicklungskosten evaluiert.

Sinkende Margen, hohe Investitionskosten und aufsichtsrechtliche Auflagen werden zu einem zunehmenden Wettbewerbs- und Konsolidierungsdruck innerhalb der europäischen Finanzbranche führen. Für die kommenden Jahre wird erwartet, dass sich der Konzentrationsprozess bei den Börsen, Handelsplätzen und Finanzinstituten auf nationaler und europäischer Ebene weiter fortsetzt. Die Baader Wertpapierhandelsbank AG ist gut vorbereitet, um diese Entwicklung aktiv mitzugestalten.

Unter der Prämisse einer weiterhin hohen Schwankungsbreite am Markt sowie einer anhaltend hohen Renditedifferenz zwischen ausfallbehafteten und risikofreien Anleihen (Credit Spreads) ist zu erwarten, dass der Rentenhandel von diesem Umfeld profitieren kann. Sollten zudem die Marktunsicherheiten bei Banken anhalten, würde auch dieser Umstand dem Bereich zu Gute kommen.

Durch die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie MiFID (Markets in Financial Instruments Directive) und der damit verbundenen Auflagen hat sich insbesondere der Druck auf mittelständische Finanzinstitute deutlich erhöht. Die Wertschöpfungsketten im Wertpapierhandel werden infolgedessen aufbrechen. Der Geschäftsbereich MiFIS (Markets in Financial Instruments Services) der Baader Wertpapierhandelsbank AG bietet diesen Finanzinstituten eine MiFID-konforme Dienstleistung an – mit dem Ziel, zusätzlichen Order-Flow zu generieren. Nicht zuletzt auch aus Cross-Selling-Effekten mit den angebotenen Best-Execution-Dienstleistungen wird hier eine Steigerung im Jahr 2008 erwartet. Weitere positive Impulse sind durch Synergien aus den internationalen Investments zu erwarten.

Der Konkurrenz- und Preisdruck im Emissionsbereich wird weiter zunehmen. Dieser Entwicklung soll durch Ausbau der Distributionskanäle und Erhöhung der Qualitätsführerschaft im bestehenden

Netzwerk entgegengewirkt werden. Gleichzeitig soll die Wertschöpfungskette ausgebaut und auf neue Produkte und Märkte erweitert werden.

Um an den Entwicklungen in wirtschaftlich aufstrebenden Regionen zu partizipieren, ist die Baader Wertpapierhandelsbank AG dabei, im Rahmen ihrer Kerngeschäftsfelder auch über die nationalen Grenzen hinaus zu wachsen. Bei der Auswahl der Zielländer stehen wirtschaftliches Potenzial, Rechtssicherheit, kulturelle und sprachliche Integrationsfähigkeit sowie Entwicklungsstand der Finanzmärkte im Vordergrund. Außerdem wägt die Baader Wertpapierhandelsbank AG stets sorgfältig ab, inwieweit die Zielländer das Potenzial haben, sich von einer viel versprechenden Nische zu einem veritablen Markt entwickeln zu können. Gleichzeitig muss der Umstand gegeben sein, dass die Baader Wertpapierhandelsbank AG in den jeweiligen Zielländern einen echten Zusatznutzen bieten kann.

Mit der Parsoli Corporation Ltd., Bombay (Indien), ist die Baader Wertpapierhandelsbank AG dabei, die Handelsanbindungen und das institutionelle Vermittlungsgeschäft auf- und auszubauen. Der Vertrieb eines schariakonformen Fonds (First Islamic India Fund), der mittlerweile von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigt wurde, steht im Jahr 2008 vor seinem Start.

Neben dem indischen Wachstumsmarkt richtet die Baader Wertpapierhandelsbank AG ihr Augenmerk auf die Staaten in der Golf-Region. Durch die Beteiligung an der Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C., Muscat (Oman), eröffnet sich für die Baader Wertpapierhandelsbank AG die Chance, sich Zugang zu den Kapitalmärkten in den Golfstaaten zu verschaffen und somit die Grundlagen für zusätzliches Wachstum außerhalb Deutschlands auf eine breitere Basis zu stellen.

Insgesamt erwartet die Baader Wertpapierhandelsbank AG für das Jahr 2008 ein schwieriges Börsenjahr, das von einer hohen Volatilität gekennzeichnet sein wird. Es ist davon auszugehen, dass eine hohe Schwankungsbreite immer mehr zur Normalität wird. Die europäischen, aber auch die asiatischen Märkte waren seit dem Jahr 2003 nahezu ohne Rückschläge nach oben verlaufen. Vor diesem Hintergrund ist die eingesetzte Konsolidierung aufgrund ihrer Schlagartigkeit zwar vielfach als Alarmsignal aufgefasst worden, betrachtet man aber die Aufwärtsentwicklung der vergangenen fünf Jahre, war ein Rückschlag überfällig für eine weitere gesunde Entwicklung des Marktes. Es war eher überraschend, wie robust sich die Aktienmärkte lange Zeit gegen die Hypothekenkrise in den USA gestemmt hatten.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG verfolgt seit einigen Jahren die Strategie, die Bandbreite der eigenen Geschäftsfelder zu optimieren und weiterzuentwickeln. Die in den vergangenen Jahren vollzogene Aufnahme der Geschäftsfelder verbrieft Derivate oder institutionelles Rentengeschäft macht dies deutlich. Mit dieser Erweiterung der Angebotspalette, die sich stets um die Kernkompetenz Wertpapierhandel rankt, gelingt es zunehmend, sich gegen Marktschwankungen „zu hedgen“. Aufgrund der beschriebenen Rahmenbedingungen wird es im Jahr 2008 freilich schwieriger sein als im Vorjahr, die operativen Erträge zu steigern. Dafür werden die vom Kerngeschäft der Baader Wertpapierhandelsbank AG weitgehend unabhängigen Geschäftsfelder der Tochtergesellschaften ihren Teil dazu beitragen, die Ertragssituation des Konzerns auch im laufenden Jahr weniger anfällig für die Schwankungen der Wertpapiermärkte zu machen.

Die Entwicklung der Zins- und Provisionserträge wird stark durch die Geschäftsfelder der Tochtergesellschaften beeinflusst und sollte zu einer erneuten Steigerung des Provisionsergebnisses führen. Beim Handelsergebnis wird ein Zuwachs schwerer zu erreichen sein. Die im Jahr 2007 hohen Erträge aus Available-for-Sale Beständen und at Equity bewerteten Unternehmen werden im Jahr 2008 voraussichtlich nicht realisiert werden können.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG und ihre Tochtergesellschaften achten weiterhin auf den Erhalt ihrer effizienten Verwaltungsstrukturen. Die Abdeckung der kontinuierlich gestiegenen Anforderungen des Leistungsspektrums wird zu einem Ausbau der Organisation führen, die geeignet ist, die weitere konsequente Umsetzung der Unternehmensstrategie zu sichern. Insgesamt wird deshalb für das Jahr 2008 mit einem deutlichen Anstieg der Verwaltungsaufwendungen gerechnet.

Für das Geschäftsjahr 2009 bestehen zwar gewisse Risiken, die vor allem aus den Folgen der US-Hypothekenkrise resultieren, dennoch wird für das Jahr 2009 von einem stabilen Wachstum der Weltwirtschaft ausgegangen. Insbesondere die Wachstumsregionen in Asien und Südamerika sollten durch ihre positive Entwicklung in der Lage sein, die weltweite Konjunktur zu stabilisieren. Unter diesen Prämissen kann auch für das Jahr 2009 eine Steigerung der Erträge erreicht werden, wobei der Ergebnisanteil der Tochtergesellschaften zunehmend an Bedeutung gewinnen wird.

Auf der Kostenseite wird damit gerechnet, dass die im Jahr 2007 und 2008 aufgebauten Mitarbeiterressourcen und Infrastrukturen für die mittelfristige Entwicklung der Konzerngesellschaften so ausreichend bemessen sind, dass sie auch das Wachstum der nächsten Jahre effizient und professionell abdecken werden. Insofern geht die Baader Wertpapierhandelsbank AG vom Jahr 2009 an wieder von einer im Vergleich zu den Erträgen unterproportionalen Entwicklung der Verwaltungskosten aus.

Unterschleissheim, den 29.02.2008
Baader Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

Uto Baader

Dieter Brichmann

Stefan Hock

Christopher Schütz

Dieter Silmen

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat sich vom Vorstand regelmäßig über die Lage der Baader Wertpapierhandelsbank AG und des Konzerns unterrichten lassen und die Arbeit des Vorstands überwacht und begleitet. Der Vorstand hat dabei den Aufsichtsrat zeitnah schriftlich und mündlich über die Geschäftspolitik, grundsätzliche Fragen der künftigen Geschäftsführung, über die wirtschaftliche Lage und strategische Weiterentwicklung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle unterrichtet und mit ihm hierüber beraten. Abweichungen des Geschäftsverlaufs und der Ergebnisentwicklung von den Plänen und Zielen wurden im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat geprüft. In Entscheidungen wesentlicher Bedeutung war der Aufsichtsrat eingebunden.

Die strategische Ausrichtung mit dem Ziel zusätzliche Erträge zu generieren, die Neustrukturierung von bestehenden Geschäftsfeldern und die Aufnahme neuer Aktivitäten wurden vom Aufsichtsrat intensiv begleitet. Zudem unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat in seinen monatlichen Berichten fortlaufend über die wichtigsten Kennzahlen zur finanziellen Entwicklung und der Risikosituation der Baader Wertpapierhandelsbank AG und des Konzerns. Gegenstand regelmäßiger Beratungen waren die Unternehmenszahlen, die Ergebnis- und Beschäftigungsentwicklung des Konzerns einschließlich der Tochterunternehmen, sowie die Entwicklung sämtlicher Geschäftsbereiche. Soweit auf Grund gesetzlicher, satzungsgemäßer Vorschriften oder nach der Geschäftsordnung erforderlich, erteilte der Aufsichtsrat nach gründlicher Prüfung und Beratung seine Zustimmung zu zustimmungspflichtigen Einzelvorgängen.

Im Berichtsjahr haben fünf Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden. Schwerpunkte der Beratungen zwischen Vorstand und Aufsichtsrat bildeten die organisatorische und strategische Entwicklung und Ausrichtung des Konzerns, dabei wurde insbesondere die Erweiterung der strategischen Beteiligungen im In- und Ausland intensiv begleitet. Weitere Themen waren auch die Positionierung der Baader Wertpapierhandelsbank AG, ihre finanzielle Entwicklung und die ihrer Tochterunternehmen, wichtige Geschäftsereignisse sowie die aktuellen Veränderungen im Börsenumfeld. Der Aufsichtsrat wurde auch zwischen den Sitzungen über Vorhaben informiert, die von besonderer Bedeutung waren. Sofern erforderlich, wurden Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats hat sich darüber hinaus in regelmäßigen Gesprächen mit dem Vorstand über wichtige Entscheidungen und besondere Geschäftsvorfälle berichten lassen. Ihm wurden die Protokolle der Vorstandssitzungen zeitnah zur Verfügung gestellt.

Der Aufsichtsrat behandelte regelmäßig das Thema Corporate Governance. Der Aufsichtsrat hat die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex grundsätzlich anerkannt. Er hat in seiner Sitzung am 14.12.2007 gemeinsam mit dem Vorstand eine aktualisierte Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und die Abweichungen von den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex erläutert. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Veröffentlichung im Geschäftsbericht und auf der Internetseite der Baader Wertpapierhandelsbank AG.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 14.12. 2007 eine Effizienzprüfung seiner Tätigkeit mit positivem Ergebnis durchgeführt. Der Aufsichtsrat hat sich auch davon überzeugt, dass die Baader Wertpapierhandelsbank AG im abgelaufenen Geschäftsjahr die Empfehlungen des Corporate Governance Kodex gemäß ihrer Entsprechenserklärung vom Dezember 2006 erfüllt hat.

Interessenskonflikte von Mitgliedern des Aufsichtsrats sind im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht aufgetreten.

Die von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer Clostermann & Jasper Partnerschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Bremen, haben den Jahresabschluss und den Lagebericht der Baader Wertpapierhandelsbank AG zum 31.12.2007 sowie den Konzernabschluss und Konzernlagebericht zum 31.12.2007 nach HGB-Grundsätzen geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht wurden gemäß § 315a HGB auf der Grundlage der internationalen Rechnungslegungsstandards IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, aufgestellt. Der Abschlussprüfer hat die Prüfung unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) vorgenommen.

Allen Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden rechtzeitig die Jahresabschlussunterlagen und Prüfungsberichte des Abschlussprüfers und der Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns übersandt. Der Aufsichtsrat hat in seiner heutigen Bilanzsitzung des Aufsichtsrats den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht der Baader Wertpapierhandelsbank AG sowie den Konzernabschluss mit Konzernlagebericht und den Abhängigkeitsbericht unter Einbeziehung des Prüfungsberichts intensiv geprüft. Die Prüfungsberichte lagen allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vor und wurden in der heutigen Bilanzsitzung des Aufsichtsrats in Gegenwart des Abschlussprüfers, der über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtete, umfassend behandelt. In dieser Sitzung hat der Vorstand die Abschlüsse der Baader Wertpapierhandelsbank AG und des Konzerns sowie das Risikomanagementsystem erläutert und Umfang und Schwerpunkte der Abschlussprüfung dargestellt. Der Aufsichtsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis dieser Prüfung waren keine Einwendungen zu erheben.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt. Die Abschlussprüfer Clostermann & Jasper Partnerschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Bremen haben den Abhängigkeitsbericht des Vorstands entsprechend den gesetzlichen Vorschriften geprüft und folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt: "Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass 1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und 2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war, 3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen."

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss 2007 in seiner heutigen Sitzung gebilligt. Der Jahresabschluss 2007 ist damit festgestellt. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstands an, aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von 0,25 EUR je dividendenberechtigter Stückaktie auszuschütten, 21,0 Mio. EUR in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und den verbleibenden Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2007 die Vorstandsbestellungen von Herrn Uto Baader für weitere fünf Jahre und von Herrn Stefan Hock für weitere drei Jahre beschlossen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeitern für die verantwortungsbewusste und erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Unterschleissheim, den 27. März 2008

Der Aufsichtsrat

Dr. Horst Schiessl
Vorsitzender

Corporate Governance –Bericht

Über die Corporate Governance im Baader Konzern berichtet der Vorstand – zugleich für den Aufsichtsrat – gemäß Punkt 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex wie folgt:

Der Baader Konzern legt grundsätzlich großen Wert auf eine offene und klare Unternehmenskommunikation. Er hat sich stets an Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung orientiert, um das Vertrauen seiner Anleger, der Finanzmärkte, Geschäftspartner und seiner Mitarbeiter zu bestätigen und auszubauen.

Entsprechenserklärung nach § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat der Baader Wertpapierhandelsbank AG erklären gem. § 161 Aktiengesetz für das Jahr 2007, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers am 04. Juli 2003 bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 21.05.2003 und der geänderten Fassungen vom 02.06.2005, 12.06.2006 sowie 14.06.2007 mit folgenden Ausnahmen entsprochen wurde und wird:

- 1) In Punkt 3.8 Absatz 2 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist folgendes festgelegt: „Schließt die Gesellschaft für Vorstand und Aufsichtsrat eine D & O – Versicherung ab, so soll ein angemessener Selbstbehalt vereinbart werden.“

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat im April 2004 eine angemessene D & O Versicherung zugunsten von Organen und leitenden Angestellten des Unternehmens abgeschlossen. Eine Selbstbeteiligung wurde nicht vereinbart.

- 2) In Punkt 4.2.3 Abs. 3 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist zur variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder folgendes festgelegt: „Als variable Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter dienen insbesondere Aktien der Gesellschaft mit mehrjähriger Veräußerungssperre Aktienoptionen und vergleichbare Gestaltungen (z.B. Phantom Stocks). Aktienoptionen und vergleichbare Gestaltungen sollen auf anspruchsvolle, relevante Vergleichsparameter bezogen sein. Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele oder der Vergleichsparameter soll ausgeschlossen sein. Für außerordentliche, nicht vorgesehene Entwicklungen soll der Aufsichtsrat eine Begrenzungsmöglichkeit (Cap) vereinbaren.“

In der Hauptversammlung am 19. Juli 2006 wurde ein Aktienoptionsplan für Vorstände und Mitarbeiter der Baader Wertpapierhandelsbank AG genehmigt. Es handelt sich dabei um ein variables Vergütungssystem nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex bis auf eine Ausnahme. Das Unternehmen lehnt eine Begrenzungsmöglichkeit bei Aktienoptionen hinsichtlich der Höhe der Erträge ab, da eine solche den Anreizzielen eines variablen Vergütungssystems nicht entspricht.

- 3) In Punkt 5.3.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist folgendes festgelegt: „Der Aufsichtsrat soll einen Prüfungsausschuss (Audit Committee) einrichten, der sich insbesondere mit den Fragen der Rechnungslegung des Risikomanagements und der Compliance, der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung befasst.“

Der Aufsichtsrat hat nach der Hauptversammlung 2004 den im Dezember 2002 eingerichteten Prüfungsausschuss aufgelöst. Der Aufsichtsrat stellte fest, dass der Ausschuss erfolgreiche Arbeit geleistet hat, dass aber angesichts der Größe des Aufsichtsrats im Hinblick auf Kosten und Aufwand ein eigens eingerichteter Ausschuss nicht verhältnismäßig war.

- 4) In Punkt 5.3.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist folgendes festgelegt: „Der Aufsichtsrat soll einen Nominierungsausschuss bilden, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt.“

Angesichts der Größe des Aufsichtsrats im Hinblick auf Kosten und Aufwand ist ein eigens eingerichteter Nominierungsausschuss nicht verhältnismäßig.

- 5) In Punkt 5.4.7 (letzter Absatz) des Deutschen Corporate Governance Kodex ist folgendes festgelegt: „Die Vergütung der AR-Mitglieder soll im Corporate Governance Bericht individualisiert, aufgliedert nach Bestandteilen ausgewiesen werden.“

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG weist die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder im Anhang ihres Jahresabschlusses und im Corporate Governance Bericht nach Fixum und erfolgsbezogenen Komponenten aus. Es ist nicht vorgesehen, sie individualisiert auszuweisen, da das Unternehmen keinen Nutzen in dieser Praxis erkennen kann.

- 6) In Punkt 7.1.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist folgendes festgelegt: „Der Konzernabschluss wird vom Vorstand aufgestellt und vom Abschlussprüfer sowie vom AR geprüft. Zusätzlich sind die Prüfstelle für Rechnungslegung bzw. die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht befugt, die Übereinstimmung des Konzernabschlusses mit den maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften zu überprüfen (Enforcement). Der Konzernabschluss soll binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende, die Zwischenberichte sollen 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraums öffentlich zugänglich sein.

Die Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG sind an der Frankfurter Wertpapierbörse im Regulierten Markt im Segment „Prime Standard“ notiert. Die Börsenordnung der Frankfurter Wertpapierbörse sieht für die Veröffentlichung des Konzernabschlusses eine Frist von vier Monaten und für die Veröffentlichung der Zwischenabschlüsse eine Frist von zwei Monaten vor. Diese Fristen werden eingehalten. Darüber hinaus frühere Fristen einzuhalten, würde einen unangemessenen Organisationsaufwand bedeuten.

Der Vorstand
Der Aufsichtsrat

Führungs- und Unternehmensstruktur; Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Baader Konzern ist eine Wertpapierhandelsbank mit Sitz in Unterschleißheim bei München. Die Grundlagen für die Unternehmens- und Führungsstrukturen bilden insbesondere das deutsche Aktiengesetz, das Kapitalmarktrecht, die Satzung und der Deutsche Corporate Governance Kodex. Als deutsche Aktiengesellschaft verfügt die Gesellschaft über die nach Aktienrecht übliche zweigeteilte Leitungs- und Überwachungsstruktur. Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Der Aufsichtsrat bestellt, berät und überwacht den Vorstand. Die Geschäftsleitungen der einzelnen Konzernunternehmen haben eine eigene Geschäfts- und Ergebnisverantwortung. Sie berichten regelmäßig an den Vorstand der Baader Wertpapierhandelsbank AG und werden zusätzlich von ihren Aufsichtsgremien überwacht, in denen auch Mitglieder des Vorstands der Baader Wertpapierhandelsbank AG vertreten sind.

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen; ihr gemeinsames Ziel ist die Steigerung des Unternehmenswertes. Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Unternehmensplanung und der strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte und die Lage des Konzerns einschließlich Risikolage. Für bedeutende Fälle legt die Geschäftsordnung des Vorstands Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats fest (siehe auch Bericht des Aufsichtsrats).

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O Versicherung zugunsten der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Vorstands bzw. Aufsichtsrats bei Ausübung ihrer Führungs- bzw. Überwachungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Es wurde kein Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex vereinbart (siehe auch Entsprechenserklärung).

Transparenz

Anleger, Investoren, Analysten und Öffentlichkeit werden gleichberechtigt und zeitnah informiert. Finanzkalender, Geschäfts- und Zwischenberichte, Ad hoc Mitteilungen und alle weiteren relevanten Informationen sind auf der Internetseite in deutsch und englisch verfügbar. Im Bereich Compliance wird das Insiderverzeichnis geführt, in das sämtliche Personen mit Zugang zu Insiderinformationen eingetragen werden. Wir haben in Ergänzung zu den Insiderregelungen interne Weisungen erlassen, die den Handel mit Wertpapieren des Unternehmens für alle Mitarbeiter regelt. Danach sind Geschäfte in diesen Papieren nur während eines Zeitfensters von 2 Wochen nach der Veröffentlichung von Unternehmenszahlen mit Genehmigung des Compliance Beauftragten erlaubt. Diese Zeiten werden im Baader Intranet jeweils angekündigt.

Directors' Dealings

Nach § 15a WpHG müssen alle Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats sowie bestimmte Mitarbeiter mit Führungsaufgaben und die mit ihnen in enger Beziehung stehenden Personen den Erwerb und die Veräußerung von Baaderaktien und sich darauf beziehende Finanzinstrumente offen legen. Alle mitgeteilten Geschäfte sind auf unserer Website im jährlichen Dokument aufgeführt. Bis zum 31.12.2007 sind folgende Meldungen eingegangen:

Am 25.07.2007 hat der Vorstand Christopher Schütz 3.000 Stück Baaderaktien zu 4,40 € gekauft und am 21.02.2007 und 22.02.2007 hat das Aufsichtsratsmitglied der Arbeitnehmervertreter

Thomas Wiegmann einmal 2.000 Stück Baaderaktien zu 5,36 € und 3.600 Stück Baaderaktien zu 5,40 € verkauft.

Der Vorstandsvorsitzende hält 66,95 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien (Punkt 6.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex). Die von den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern gehaltene Anzahl der Aktien sind im Lagebericht aufgeführt.

Hauptversammlung

Organisation und Durchführung der Hauptversammlung erfolgen seit Jahren mit der Maßgabe, sämtliche Aktionäre vor und während der Hauptversammlung umfassend und effizient zu informieren und ihnen die Ausübung ihrer Rechte zu erleichtern. So wurde das Anmelde- und Legitimationsverfahren zur Hauptversammlung bereits 2006 auf den so genannten „Record Date“ umgestellt. Aktionäre, die nicht persönlich an der Hauptversammlung teilnehmen, können ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten, z.B. durch ein Kreditinstitut oder eine Vereinigung von Aktionären, ausüben lassen. Wir bieten unseren Aktionären an, einen von der Gesellschaft benannten weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter bereits vor der Hauptversammlung zu bevollmächtigen.

Aufsichtsrat

Die Amtszeit des aktuellen Aufsichtsrats endet mit Ablauf der Hauptversammlung 2008. Im Berichtsjahr haben sich keine Veränderungen im Aufsichtsrat ergeben. Der Aufsichtsrat hatte im Jahr 2002 einen Beteiligungsausschuss aufgelöst, nachdem die Gesellschaft entschieden hatte, das Beteiligungsgeschäft aufzugeben. Ein in 2002 gegründeter Prüfungsausschuss, der sich insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements, der Erteilung des Prüfungsauftrages an den Abschlussprüfer, dessen erforderliche Unabhängigkeit, dessen Honorarvereinbarung und den Prüfungsschwerpunkten befassen sollte, wurde im Jahr 2004 wieder aufgelöst. Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass der Ausschuss erfolgreiche Arbeit geleistet hat, dass aber angesichts der Größe des Aufsichtsrats im Hinblick auf Kosten und Aufwand ein eigens eingerichteter Ausschuss nicht verhältnismäßig war. Die Tätigkeit des Ausschusses hat wieder der Gesamtaufichtsrat übernommen.

Vergütungsbericht gem. § 289 Abs. 1 Nr. 5 HGB

Dieser Vergütungsbericht erläutert die Grundlagen für die Festlegung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der Baader Wertpapierhandelsbank AG sowie deren Höhe und Struktur. Darüber hinaus werden Angaben zu den von Aufsichtsratsmitgliedern und Vorstandsmitgliedern gehaltenen Aktien und Aktienoptionen und zu Transaktionen mit Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG gemacht.

Die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG hat am 19.07.2006 wie folgt beschlossen: „Eine Offenlegung der Bezüge und sonstigen empfangenen Leistungen jedes einzelnen Vorstandsmitglieds (§ 285 S. 1 Nr. 9 lit. A S.5 bis 9 HGB und § 314 I Nr. 6 lit. a S. 5 bis 9 HGB) erfolgt für die Geschäftsjahre 2006 bis 2010 weder im Jahres- noch im Konzernabschluss.“ Damit ist auch auf gesetzlicher Grundlage eine individualisierte Offenlegung der Vorstandsbezüge nicht mehr möglich. Daneben weisen Vorstand und Aufsichtsrat auch noch in der jährlichen Entsprechenserklärung gem. § 161 AktG darauf hin, dass eine Abweichung von der Empfehlung zur individuellen Offenlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands gem. Punkt 4.2.4. des Deutschen Corporate Governance Kodex in Zukunft nicht mehr erklärt werden muss.

Vergütung des Vorstands

Für die Festlegung der Vorstandsvergütung ist der Aufsichtsrat zuständig. Die Festlegung der Vergütung orientiert sich an der Größe und Tätigkeit des Unternehmens, seiner finanziellen und wirtschaftlichen Lage sowie an der Höhe und Struktur der Vorstandsvergütung bei vergleichbaren Unternehmen. Zusätzlich werden die Aufgaben und der Beitrag des jeweiligen Vorstandsmitglieds berücksichtigt.

Die Vergütung des Vorstands ist leistungsorientiert; sie setzt sich im Geschäftsjahr 2007 aus vier Komponenten zusammen: einer festen erfolgsunabhängigen Vergütung (Gehalt), einer erfolgsbezogenen Vergütung (Tantieme), einer Komponente mit langfristiger Anreizwirkung (Aktienoptionen) sowie einer Versorgungszusage (für zwei Vorstandsmitglieder).

Die erfolgsunabhängige Vergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt.

Die Höhe der Tantieme orientiert sich am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Mitglieder des Vorstands zwischen 0,4% und 1,2% des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Die Auszahlung erfolgt nach der Genehmigung des Jahresergebnisses durch die Hauptversammlung. Neben der Tantieme besteht die Möglichkeit, einzelnen Vorstandsmitgliedern für besondere Leistungen einen Sonderbonus zu gewähren.

Die aktienbasierte Vergütung erfolgt durch Ausgabe von Aktienoptionen nach den Bedingungen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionspläne.

Für zwei Vorstandsmitglieder bestehen Versorgungszusagen, bei denen die Höhe der Versorgungsleistung in Abhängigkeit von Alter, Betriebszugehörigkeit und Gehalt festgelegt ist. Die Altersrente wird gezahlt, wenn das Vorstandsmitglied nach Erreichung der Altersgrenze ausscheidet. Sie ist begrenzt auf höchstens 60% des Festgehältes, das das jeweilige Vorstandsmitglied für das letzte Kalenderjahr vor seinem Ausscheiden aus der Gesellschaft erhalten hat.

Für den Fall der vorzeitigen Beendigung des Dienstverhältnisses enthalten die Vorstandsverträge keine ausdrückliche Abfindungszusage. Eine Abfindung kann sich aber aus einer individuell getroffenen Aufhebungsvereinbarung ergeben.

Für den Fall eines „change of control“ besteht kein Recht auf Kündigung des Anstellungsvertrages durch das einzelne Vorstandsmitglied und entsprechend auch kein Abfindungsanspruch.

Für das Geschäftsjahr 2007 ergaben sich für die Mitglieder des Vorstands folgende Gesamtbezüge:

					2007	2006
Erfolgsunabhängige Vergütung		Dotierung Pensionsrückstellung	Erfolgsbezogene Vergütung	Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung		
Gehalt	Sonstiges ¹⁾	Versorgungszusage ²⁾	Tantieme	Aktionsoptionen ³⁾	Gesamt	Gesamt
€	€	€	€	€	€	€
1.548.000,00	128.774,04	1.203.449,05	2.028.850,00	89.256,37	4.998.329,46	3.458.460,03

- 1) In der Spalte „Sonstiges“ aufgeführte Vergütungsbestandteile umfassen grundsätzlich geldwerte Vorteile aus der Bereitstellung von Dienstwagen, Beiträge zu Versicherungen sowie die Einnahme von subventionierten Mittagessen im Betriebsrestaurant.
- 2) Die Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IAS/IFRS für aktive Vorstandsmitglieder belaufen sich auf €9.734.730 (Vorjahr: T€7.847).
- 3) Der Geldwert der Aktienoptionen wurde nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt €1,4001 pro Aktie (Vorjahr: €0,9975 pro Aktie).

Die erfolgsbezogene Vergütung wird nach Feststellung des Jahresabschlusses 2007 durch die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG ausgezahlt.

An den Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2007 insgesamt 63.750 Stück Aktienoptionen ausgegeben. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Vorstandsmitglieder für die Geschäftsjahre 2000 bis 2006.

Für das Geschäftsjahr *)	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	Gesamt
Gewährte Optionen	63.750	75.000	75.000	103.000	170.000	172.000	83.804	742.554
Ausübungspreis	5,32	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	5,30	-
Verwirkte Optionen	0	0	0	0	19.000	58.000	37.714	114.714
Ausgeübte Optionen	0	0	37.500	103.000	151.000	114.000	15.240	420.740
Ausstehende Optionen	63.750	75.000	37.500	0	0	0	30.850	207.100
Ausübbar Optionen	0	0	37.500	0	0	0	30.850	68.350
Restlaufzeit in Monaten	76	65	53	41	28	16	4	

*) Die Zuteilung erfolgt bedingungsgemäß erst in dem dem Geschäftsjahr folgenden Jahr

Nach § 15a WpHG sind Käufe und Verkäufe in Baader-Aktien durch Mitglieder des Vorstands mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurde insgesamt 1 Kauf (3.000 Stück mit einem Gegenwert von €13.200,00) gemeldet.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG steht im Mehrheitsbesitz der Baader Beteiligungs GmbH, München. Im abgelaufenen Geschäftsjahr kam es zu keinen Geschäften zwischen den beiden

Gesellschaften. Die Anteile von Herrn Uto Baader an der Baader Wertpapierhandelsbank AG werden über die Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG (2.492.788 Stück) und die Baader Beteiligungs GmbH (28.104.000 Stück) gehalten. Darüber hinaus hält Herr Uto Baader Stück 137.512 Aktien im Privatbesitz. Insgesamt entsprechen die Anteile von Herrn Uto Baader 66,95% des Gezeichneten Kapitals der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Darüber hinaus besitzt kein Vorstandsmitglied am 31.12.2007 mehr als 1% am Grundkapital der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Zum 31.12.2007 hielten die Mitglieder des Vorstands insgesamt Stück 31.013.468 Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Vorstands bei Ausübung ihrer Führungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder des Vorstands haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Vorstands für ihre Aufgaben verbessert.

Zur Aufnahme von Nebentätigkeiten einschließlich der Wahrnehmung von Aufsichtsrats-mandaten in Konzerngesellschaften benötigen die Mitglieder des Vorstands die Zustimmung des Aufsichtsrates. So ist sichergestellt, dass weder der zeitliche Aufwand noch die dafür gewährte Vergütung zu einem Konflikt mit den Aufgaben für das Unternehmen führt.

Soweit es sich bei den Nebentätigkeiten um Aufsichtsmandate oder Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien handelt, sind diese im Anhang aufgeführt und im Internet veröffentlicht.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 13 der Satzung der Baader Wertpapierhandelsbank AG geregelt. Entsprechend dieser Bestimmung erhalten die Aufsichtsratsmitglieder neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine Vergütung, die aus einem festen und einem variablen Anteil besteht. Dabei ist die Höhe der variablen Vergütung abhängig vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder zwischen 0,09% und 0,18%. Im Einzelnen darf die Vergütung des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds das Dreifache der Grundvergütung nicht überschreiten.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre Aufsichtsrats-tätigkeit keine Aktienoptionen oder andere aktienbasierte Vergütungen. Sofern Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat Aktienoptionen nach den Bedingungen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionsplänen erhalten, resultieren diese Leistungen aus ihrer Stellung als Arbeitnehmer der Baader Wertpapierhandelsbank AG und sind von ihrer Aufsichtsrats-tätigkeit unabhängig.

Für das Geschäftsjahr 2007 ergaben sich für die Mitglieder des Aufsichtsrats folgende Gesamtbezüge:

		2007	2006
Fester Vergütungsbestandteil	Variabler Vergütungsbestandteil	Gesamt	Gesamt
€	€	€	€
150.000,00	239.737,72	389.737,72	322.125,00

Der variable Vergütungsbestandteil wird nach Feststellung des Jahresabschlusses 2007 durch die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG ausgezahlt.

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhielten als Arbeitnehmer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2007 insgesamt 4.000 Stück Aktienoptionen ¹⁾. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für die Geschäftsjahre 2000 bis 2006.

Für das Geschäftsjahr *)	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	Gesamt
Gewährte Optionen	4.000	2.440	2.640	2.800	4.000	5.200	1.590	22.670
Ausübungspreis	5,32	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	5,30	-
Verwirkelte Optionen	0	0	0	0	0	0		0
Ausgeübte Optionen	0	0	0	0	4.000	5.200	0	9.200
Ausstehende Optionen	4.000	2.440	2.640	2.800	0	0	1.590	13.470
Ausübbar Optionen	0	0	2.640	2.800	0	0	1.590	7.030
Restlaufzeit in Monaten	76	65	53	41	28	16	4	

*) Die Zuteilung erfolgt bedingungsgemäß erst in dem dem Geschäftsjahr folgenden Jahr

¹⁾ Der Geldwert der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die für 2006 Aktienoptionen als Arbeitnehmer der Gesellschaft erhalten haben, beträgt €5.600,40 (Vorjahr: €2.433,90). Der Geldwert wurde dabei nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt €1,4001 pro Aktie (Vorjahr: €0,9975 pro Aktie).

Nach § 15a WpHG sind Käufe und Verkäufe in Baader-Aktien durch Mitglieder des Aufsichtsrates mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 2 Verkäufe (5.600 Stück mit einem Gegenwert von € 30.160,00) eines Mitglieds der Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats gemeldet.

Kein Aufsichtsratsmitglied besitzt am 31.12.2007 mehr als 1% am Grundkapital der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Zum 31.12.2007 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrats insgesamt Stück 7.600 Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Aufsichtsrats bei Ausübung ihrer Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben

keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Aufsichtsrats für ihre Aufgaben verbessert.

Risikomanagement

Das Erzielen von Erträgen im Bankgeschäft ist in der Regel nicht ohne das Eingehen von Risiken möglich. Dabei beinhaltet der Begriff Risiko die Möglichkeit, dass sich die künftige wirtschaftliche Lage der Bank negativ entwickelt. Insofern sind der bewusste Umgang, das aktive Management und die laufende Identifikation und Überwachung von Risiken Kernelemente der erfolgsorientierten Geschäftssteuerung des Baader Konzerns. Als übergeordnetes Institut trägt die Baader Wertpapierhandelsbank AG die Verantwortung für die konzernweite Einrichtung eines Risikomanagementsystems gemäß den seit 20.12.2005 geltenden Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. In diesem Zusammenhang wird bei der Gesellschaft permanent Sorge getragen, dass die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital unterlegt sind.

Abschlussprüfer

Der Konzernabschluss wird nach den International Accounting Standards/International Financial Reporting Standards (IAS/IFRS) aufgestellt und vom Abschlussprüfer unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) geprüft. Der gesetzlich vorgeschriebene und für die Besteuerung und die Dividendenzahlung maßgebliche Einzelabschluss der Baader Wertpapierhandelsbank AG wird nach den Vorschriften des HGB erstellt. Der Aufsichtsrat hat die vorgelegte Unabhängigkeitserklärung zur Kenntnis genommen.

Der von der Hauptversammlung gewählte Abschlussprüfer wurde vom Aufsichtsrat verpflichtet, ihn über während der Prüfung auftretende und nicht unverzüglich zu beseitigende mögliche Ausschluss- und Befangenheitsgründe zu unterrichten. Der Abschlussprüfer soll außerdem auch über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Abschlussprüfung ergeben, unverzüglich berichten. Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat zu informieren bzw. im Prüfungsbericht zu vermerken, wenn im Zuge der Abschlussprüfung Tatsachen festgestellt werden, die mit der vom Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 AktG abgegebenen Entsprechenserklärung nicht vereinbar ist.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt. Die Abschlussprüfer Clostermann & Jasper Partnerschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Bremen haben den Abhängigkeitsbericht des Vorstands entsprechend den gesetzlichen Vorschriften geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Inhaltsübersicht Konzern-Jahresabschluss 2007

Konzern-Bilanz

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Eigenkapitalveränderung

Kapitalflussrechnung

Anhang (Notes)

Angaben zum Unternehmen

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- (1) Grundsätze
- (2) Angewandte Vorschriften
- (3) Konsolidierungskreis
- (4) Konsolidierungsgrundsätze
- (5) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)
- (6) Währungsumrechnung
- (7) Barreserve
- (8) Forderungen
- (9) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft
- (10) Wertpapierleihegeschäfte
- (11) Handelsaktiva
- (12) Available-for-Sale Bestände
- (13) Sachanlagen
- (14) Immaterielle Anlagewerte
- (15) Geschäftswerte
- (16) Leasinggeschäft
- (17) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden
- (18) Handelspassiva
- (19) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
- (20) Andere Rückstellungen
- (21) Ertragsteuern
- (22) Treuhandgeschäfte
- (23) Eigene Aktien
- (24) Aktienorientiertes Vergütungssystem für Vorstände und Mitarbeiter

Wesentliche Unterschiede bei der Rechnungslegung nach IAS/IFRS
und deutschem Handelsrecht

Risikovorsorge für das Kreditgeschäft
Wertpapiere

Hedge Accounting
Sachanlagen, Immaterielle Anlagewerte und Geschäfts- oder Firmenwert
Eigene Aktien und Anteile
Treuhandgeschäfte
Pensionsverpflichtungen
Andere Rückstellungen
Latente Steuern
Eigenkapital
Ansätze aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften

Angaben zur Bilanz des Konzerns

- (25) Barreserve
- (26) Forderungen an Kreditinstitute
- (27) Forderungen an Kunden
- (28) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft
- (29) Handelsaktiva
- (30) Available-for-Sale Bestände
- (31) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen
- (32) Sachanlagen
- (33) Immaterielle Anlagewerte
- (34) Geschäfts- und Firmenwerte
- (35) Ertragssteueransprüche
- (36) Sonstige Aktiva
- (37) Aktive latente Steuern
- (38) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
- (39) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
- (40) Handelspassiva
- (41) Rückstellungen
- (42) Ertragsteuerverpflichtungen
- (43) Sonstige Passiva
- (44) Passive latente Steuern
- (45) Eigenkapital
- (46) Bedingtes Kapital
- (47) Genehmigtes Kapital
- (48) Fremdwährungsvolumina
- (49) Derivative Geschäfte

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

- (50) Zinsüberschuss
- (51) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft

- (52) Provisionsüberschuss
- (53) Handelsergebnis
- (54) Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen
- (55) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen
- (56) Verwaltungsaufwand
- (57) Sonstiges Ergebnis
- (58) Ertragsteuern auf das Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit
- (59) Ergebnis je Aktie
- (60) Segmentberichterstattung

Sonstige Angaben

- (61) Risikoberichterstattung
- (62) Außerbilanzielle Verpflichtungen
- (63) Wertpapierleihegeschäfte
- (64) Treuhandgeschäfte
- (65) Sonstige finanzielle Verpflichtungen
- (66) Sicherheiten
- (67) Fremdkapitalkosten
- (68) Marktwert (Fair Value) von Finanzinstrumenten
- (69) Restlaufzeitengliederung
- (70) Honorar des Abschlussprüfers
- (71) Mitarbeiter
- (72) Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen
- (73) Patronatserklärung
- (74) Corporate Governance Kodex
- (75) Organe der Baader Wertpapierhandelsbank AG
- (76) Anteilsbesitz im Konzern

Konzernbilanz-IAS zum 31.12.2007

Aktiva	Notes	31.12.2007 €	31.12.2006 T€
1. Barreserve	(7, 25)	3.272.772,85	485
2. Forderungen an Kreditinstitute	(8, 26)	75.337.744,11	63.439
3. Forderungen an Kunden	(8, 27)	2.521.622,00	13.057
4. Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	(9, 28)	-61.982,99	-110
5. Handelsaktiva	(11, 29)	47.626.785,41	49.013
6. Available-for-Sale Bestände Anteile an at Equity bewerteten	(12, 30)	9.303.603,37	23.268
7. Unternehmen	(31)	38.215.649,51	11.789
8. Sachanlagen	(13, 32)	20.846.049,17	21.498
9. Immaterielle Anlagewerte	(14, 33)	12.513.227,09	17.412
10. Geschäftswerte	(3, 15, 34)	4.600.345,06	4.160
11. Ertragsteueransprüche	(35)	12.070.729,84	11.627
12. Sonstige Aktiva	(36)	11.251.594,58	6.375
13. Aktive latente Steuern	(37)	23.376.535,52	25.576
Summe Aktiva		<u>260.874.675,52</u>	<u>247.589</u>
<hr/>			
Passiva	Notes	31.12.2007 €	31.12.2006 T€
Verbindlichkeiten gegenüber			
1. Kreditinstituten	(17, 38)	19.751.144,10	26.444
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(17, 39)	41.429.736,51	31.999
3. Handelspassiva	(18, 40)	0,00	35
4. Rückstellungen	(19, 20, 41)	17.313.494,29	19.457
5. Ertragsteuerverpflichtungen	(21, 42)	2.560.172,93	1.641
6. Sonstige Passiva	(43)	12.722.979,86	11.550
7. Passive latente Steuern	(21, 44)	1.732.739,11	3.837
	(23, 24, 45, 46,		
8. Eigenkapital	47)	165.364.408,72	152.626
a) gezeichnetes Kapital	(45)	45.502.738,00	45.493
b) Kapitalrücklage	(45)	60.903.955,41	60.978
c) Gewinnrücklagen	(45)	23.570.000,00	8.000
d) Neubewertungsrücklage	(12, 45)	1.227.280,69	6.126
e) Rücklage aus Währungsumrechnung	(45)	-9.669,76	-1
f) Konzerngewinn	(45)	32.761.903,53	30.668
Gesamt vor Fremdanteilen		163.956.207,87	151.264
g) Anteile im Fremdbesitz		1.408.200,85	1.362
Summe Passiva		<u>260.874.675,52</u>	<u>247.589</u>

Baader Wertpapierhandelsbank Aktiengesellschaft,
Unterschleissheim

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – IAS
für den Zeitraum vom 01.01.2007 – 31.12.2007

GuV	Notes	€	2007 €	2006 T€
1. Zinserträge	(50)	2.833.090,85		1.429
2. Zinsaufwendungen	(50)	-1.147.102,10		-878
3. Zinsergebnis	(50)		1.685.988,75	551
4. Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	(9, 51)		199,52	-62
5. Zinsergebnis nach Risikovorsorge			1.686.188,27	489
6. Provisionserträge	(52)	62.848.030,33		51.135
7. Provisionsaufwendungen	(52)	-16.310.905,56		-14.289
8. Provisionsergebnis	(52)		46.537.124,77	36.846
9. Handelsergebnis	(5, 53)		52.019.150,42	49.721
10. Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen	(5, 54)		3.887.378,37	6.006
11. Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(55)		3.789.928,36	6.248
12. Verwaltungsaufwand	(24, 56)		-75.626.945,51	-63.157
13. Betriebsergebnis			32.292.824,68	36.153
14. Sonstige betriebliche Erträge	(57)		4.067.328,67	2.042
15. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(57)		-1.135.791,19	-12.678
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			35.224.362,16	25.517
17. Ertragsteuern auf das Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit	(21,58)		-6.251.559,59	5.135
18. Jahresüberschuss vor konzernfremden Gesellschaftern			28.972.802,57	30.652
19. Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn			56.764,54	-80
20. Jahresüberschuss			29.029.567,11	30.572
21. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			3.732.336,42	96
22. Konzerngewinn			32.761.903,53	30.668

		2007 €	2006 €
Unverwässertes / Verwässertes Ergebnis je Aktie	(59)	0,64	0,67

Eigenkapitalveränderung

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Neubewertungsrücklage	Rücklage aus Währungsumrechnung	Konzerngewinn	Gesamt vor Fremddanteilen	Anteile im Fremdbesitz	Eigenkapital
Eigenkapital 31.12.2005	22.601.984,00	83.473.389,09	0,00	8.686.706,38	0,00	12.194.811,07	126.956.890,54	133.038,31	127.089.928,85
Konzernjahresergebnis						30.571.771,54	30.571.771,54		30.571.771,54
Einstellung in die Gewinnrücklagen			8.000.000,00			-8.000.000,00	0,00		0,00
Gewinne/Verluste								80.508,42	80.508,42
Netto-Veränderungen der Neubewertungsrücklage				-2.561.228,43			-2.561.228,43	-274,17	-2.561.502,60
Netto-Veränderungen der Währungsrücklage					-736,70		-736,70		-736,70
Umfassendes Periodenergebnis 2006			8.000.000,00	-2.561.228,43	-736,70	22.571.771,54	28.009.806,41	80.234,25	28.090.040,66
Kapitalerhöhungen	22.954.341,00	-22.954.341,00					0,00		0,00
Veränderung eigener Aktien	-62.921,00	458.607,06					395.686,06		395.686,06
Gewinne/Verluste Vorjahr								-79.962,50	-79.962,50
Dividendenzahlungen						-4.086.296,86	-4.086.296,86		-4.086.296,86
Veränderungen im Konsolidierungskreis/ sonstige Veränderungen		-46.916,79				-12.383,53	-12.383,53	1.229.131,67	1.216.748,14
Eigenkapital 31.12.2006	45.493.404,00	60.977.655,15	8.000.000,00	6.125.477,95	-736,70	30.667.902,22	151.263.702,62	1.362.441,73	152.626.144,35

Eigenkapital 31.12.2006	45.493.404,00	60.977.655,15	8.000.000,00	6.125.477,95	-736,70	30.667.902,22	151.263.702,62	1.362.441,73	152.626.144,35
Konzernjahresergebnis						29.029.567,11	29.029.567,11		29.029.567,11
Einstellung in die Gewinnrücklagen			15.570.000,00			-15.570.000,00	0,00		0,00
Gewinne/Verluste								-56.764,54	-56.764,54
Netto-Veränderungen der Neubewertungsrücklage				-4.898.197,26			-4.898.197,26		-4.898.197,26
Netto-Veränderungen der Währungsrücklage					-8.933,06		-8.933,06		-8.933,06
Umfassendes Periodenergebnis 2007			15.570.000,00	-4.898.197,26	-8.933,06	13.459.567,11	24.122.436,79	-56.764,54	24.065.672,25
Kapitalerhöhungen		301.187,56					301.187,56	370.874,94	672.062,50
Veränderung eigener Aktien	9.334,00	-133.207,51					-123.873,51		-123.873,51
Dividendenzahlung						-11.365.565,80	-11.365.565,80		-11.365.565,80
Veränderungen im Konsolidierungskreis/ sonstige Veränderungen		-241.679,79					-241.679,79	-268.351,28	-510.031,07
Eigenkapital 31.12.2007	45.502.738,00	60.903.955,41	23.570.000,00	1.227.280,69	-9.669,76	32.761.903,53	163.956.207,87	1.408.200,85	165.364.408,72

Zum 31.12.2006 betrug das Gezeichnete Kapital der Baader Wertpapierhandelsbank AG gemäß Satzung €45.908.682,00 und war in 45.908.682 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Nach Abzug der zum 31.12.2007 im Bestand befindlichen Aktien von 405.944 Stück betrug das ausgewiesene Gezeichnete Kapital € 45.502.738,00. Von der Ermächtigung der Hauptversammlung am 26.06.2007 zum Erwerb eigener Aktien für Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG wurde im Geschäftsjahr kein Gebrauch gemacht. Von dem Hauptversammlungsbeschluss am 26.06.2007 zur Ermächtigung des Erwerbs eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel wurde im Geschäftsjahr 2007 Gebrauch gemacht.

Kapitalflussrechnung

	2007 T€	2006 T€
1. Periodenergebnis (inkl. konzernfremden Gesellschaftern zustehender Ergebnisanteil)	29.030	30.572
2. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sachanlagen und Wertpapiere des Anlagevermögens	5.248	1.048
3. Veränderung der Rückstellungen	-2.143	12.512
4. andere zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-249	6.681
5. Gewinne / Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen und Wertpapieren des Anlagevermögens	-4.848	192
6. Sonstige Anpassungen (Saldo)	-140	401
7. = Zwischensumme	26.898	51.406
8. Forderungen		
Forderungen an Kreditinstitute	-11.899	-39.382
Forderungen an Kunden	10.487	-10.053
9. Wertpapiere (soweit nicht Anlagevermögen)	-14.339	-7.808
10. andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-3.121	-10.337
11. Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-6.693	-5.300
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	9.431	15.088
12. andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-13	4.654
13. erhaltene Zinsen und Dividenden	5.521	2.561
14. gezahlte Zinsen	-961	-1.071
15. Ertragsteuerzahlungen	-4.363	-1.846
16. = Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	10.948	8.566
17. Einzahlungen aus Abgängen		
Abgänge von Wertpapieren aus dem Anlagevermögen	9.518	0
Abgänge aus dem Sachanlagevermögen	15	41
18. Auszahlungen für Investitionen		
Auszahlungen für Wertpapiere des Anlagevermögens	-4.063	-5.212
Auszahlungen in das Sachanlagevermögen	-585	-336
Auszahlungen in das immaterielle Anlagevermögen	-898	-1.710
19. Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	-700	0
20. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit	3.287	-7.217
21. Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	1.025	0
22. Dividendenzahlungen	-12.472	-4.086
23. sonstige Auszahlungen	0	636
24. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-11.447	-3.450
25. zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe 16, 21, 24)	2.788	-2.101
26. Wechselkurs- und konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
27. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	485	2.586
28. = Finanzmittelfonds am Ende der Periode	3.273	485
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds zum 31.12.		
Barreserve	3.273	485

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zusammensetzung und die Entwicklung des Zahlungsmittelbestandes im Geschäftsjahr. Sie ist aufgeteilt in die Abschnitte Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Cashflow aus der Investitionstätigkeit und Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit. Durch diese Aufteilung soll gezeigt werden, wie im Konzern liquide Mittel generiert und im Geschäftsjahr verwendet wurden.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erfasst alle Transaktionen, die nicht unmittelbar der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind. Die hier abgebildeten Vorgänge ergeben sich insbesondere aus dem operativen Geschäft des Konzerns. Hier werden Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie Wertpapieren des Handelsbestands und anderen Aktiva ausgewiesen. Zu- und Abgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und andere Passiva gehören ebenfalls zur operativen Geschäftstätigkeit. Auch alle Zins- und Dividendenzahlungen finden sich im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wieder.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt die Mittelverwendung im Konzern. Er soll Informationen liefern, wie die liquiden Mittel für die Erzielung künftiger Erfolge und künftiger Einnahmeüberschüsse verwendet wurden. Die hier abgebildeten Geschäftsvorfälle betreffen Zahlungsvorgänge für Wertpapiere des Anlagevermögens und Beteiligungen sowie für Sachanlagen und Auszahlungen für den Erwerb von Tochterunternehmen.

Im Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit werden alle Zahlungsvorgänge im Zusammenhang mit dem Eigenkapital und mit den Anteilseignern dargestellt. Auch ausgeschüttete Dividenden werden hier gezeigt.

Der Zahlungsmittelfonds besteht ausschließlich aus der Barreserve, die sich aus Kassenbeständen und Guthaben bei der Deutschen Bundesbank zusammensetzt (vgl. Note 25). Nicht einbezogen werden täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für uns weder die Liquiditäts- bzw. Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

ANHANG (NOTES)

ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

Baader Wertpapierhandelsbank AG
Weihenstephaner Straße 4
85716 Unterschleissheim
Deutschland

Tel. +49 (0)89/5150-0
Fax +49 (0)89/5150-1111

www.baaderbank.de

info@baaderbank.de

Die Gesellschaft ist im Registergericht München mit der Geschäftsnummer HRB 121537 eingetragen.

Unternehmensgegenstand der berichtenden Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen, insbesondere

- die Übernahme von Finanzinstrumenten für eigenes Risiko zur Platzierung oder die Übernahme gleichwertiger Garantien (Emissionsgeschäft),
- die Vermittlung von Geschäften über die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten oder deren Nachweis (Anlagenvermittlung),
- die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten im fremden Namen und für fremde Rechnung (Abschlussvermittlung),
- die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten im Wege des Eigenhandels für andere (Eigenhandel) und
- die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten im eigenen Namen für fremde Rechnung (Finanzkommissionsgeschäft).

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Hierzu gehört auch die Errichtung von Zweigniederlassungen und anderen Unternehmen sowie die Beteiligung an solchen im In- und Ausland.

Durch die Einbeziehung der Tochtergesellschaft Baader Service Bank GmbH in den Konzernabschluss wird im Konzern außerdem Kreditgeschäft und Einlagen- und Depotgeschäft im Sinne § 1 KWG betrieben.

GRUNDLAGEN DER KONZERNRECHNUNGSLEGUNG

Der Konzernabschluss der Baader Wertpapierhandelsbank AG zum 31.12.2007 wurde im Einklang mit den Richtlinien 83/349/EWG (Konzernbilanzrichtlinie) und 86/635/EWG (Bankbilanzrichtlinie), auf der Grundlage der vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Financial Reporting Standards (IFRS) - beziehungsweise - International Accounting Standards (IAS) und deren Auslegungen durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) - beziehungsweise - Standing Interpretations Committee (SIC) aufgestellt.

Gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.07.2002 sind die IAS/IFRS seit dem 01.01.2005 für alle kapitalmarktorientierten Unternehmen in der Europäischen Union verbindlich anzuwenden. Eine Übersicht der angewendeten Regelungen befindet sich auf den folgenden Seiten.

Dem erforderlichen Einklang mit der Bankbilanzrichtlinie wurde durch entsprechende Aufgliederung der Posten in Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang genügt. Der Konzernabschluss orientiert sich auch an den vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) gemäß § 342 Abs. 2 HGB bekannt gemachten Standards, insbesondere solche, die Spezialregelungen für Kreditinstitute enthalten. Eine Übersicht der angewendeten Regelungen befindet sich ebenfalls auf den folgenden Seiten.

Neben der Konzernbilanz sowie der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung beinhaltet der Konzernabschluss als weitere Komponenten eine Eigenkapitalveränderungsrechnung, eine Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhangs.

Der Konzernlagebericht erfüllt die Anforderungen gemäß § 315 HGB. Er enthält gemäß § 315 HGB auch einen Risikobericht, einen Vergütungsbericht und einen Kapitalbericht.

Im vorliegenden Abschluss sind alle Beträge, sofern nicht gesondert darauf hingewiesen wird, in Euro dargestellt.

Der Bilanzstichtag ist der 31.12.2007. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

(1) Grundsätze

Der auf den 31.12.2007 aufgestellte Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (going concern). Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die Rechnungslegung erfolgt im Geschäftsjahr 2007 – wie schon in den Vorjahren – unter Anwendung von IAS 39 und der durch diese Vorschrift festgelegten unterschiedlichen Klassifizierungs- und Bewertungsprinzipien. Um den unterschiedlichen Regeln dieses Standards gerecht zu werden, wurden dabei finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten in folgende Kategorien eingeteilt:

1. Kredite und Forderungen
2. Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte
3. Handelsaktiva (zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte)
4. Available-for-Sale Bestände (zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte)
5. Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten

Für derivative Sicherungsinstrumente finden die detaillierten Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen Anwendung (zur weitergehenden Erläuterung vgl. Note 6).

Um den erweiterten Angaben des IFRS 7 für Finanzinstrumente gerecht zu werden, wurde im Geschäftsjahr 2007 erstmals eine weitere Kategorisierung der Finanzinstrumente vorgenommen:

1. Finanzinstrumente bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten
2. Finanzinstrumente bewertet zum beizulegenden Zeitwert, erfolgswirksam
3. Finanzinstrumente bewertet zum beizulegenden Zeitwert, erfolgsneutral
4. Finanzinstrumente, die nicht unter IFRS 7 fallen.

Die Rechnungslegung im Baader-Konzern erfolgt gemäß IAS 27 unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Alle vollkonsolidierten Unternehmen haben ihre Einzelabschlüsse auf den Stichtag 31.12.2007 aufgestellt.

Sind für die Bilanzierung und Bewertung nach IAS/IFRS Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, so wurden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Sie basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und – nach heutigem Ermessen – wahrscheinlichen Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse.

Wir haben die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Vergleich zum Konzernabschluss 31.12.2006 grundsätzlich beibehalten.

(2) Angewandte Vorschriften

Der Baader-Konzern verwendet bei seiner Rechnungslegung alle zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages gültigen Standards. Standardänderungen, die erst ab dem Geschäftsjahr 2008 gültig sind, wurden in dem vorliegenden Abschluss, bis auf den DRS 17, noch nicht beachtet.

Der Konzernabschluss zum 31.12.2007 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept und auf folgenden relevanten IAS/IFRS:

IAS 1	Darstellung des Abschlusses
IAS 7	Kapitalflussrechnungen
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
IAS 12	Ertragsteuern
IAS 14	Segmentberichterstattung
IAS 16	Sachanlagen
IAS 17	Leasingverhältnisse
IAS 18	Erträge
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse
IAS 23	Fremdkapitalkosten
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen
IAS 32	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung
IAS 33	Ergebnis je Aktie
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung
IFRS 2	Anteilsbasierte Vergütung
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse
IFRS 7	Angaben zu Finanzinstrumenten

Die nicht berücksichtigten Standards sind für den Konzernabschluss entweder nicht einschlägig oder nicht anzuwenden.

Im Geschäftsjahr 2007 war im Ergebnis keine der gültigen Interpretationen des SIC beziehungsweise IRFIC einschlägig und daher nicht zu berücksichtigen.

Mit der Verabschiedung des DRÄS 3 durch den Deutschen Standardisierungsrat (DSR) und dessen Bekanntmachung im Bundesanzeiger am 31.08.2005 wurden die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) dahingehend geändert, dass diese grundsätzlich nicht anzuwenden sind, wenn der Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsstandards im Sinne von § 315a HGB aufgestellt wird. Ausgenommen von dieser Regelung sind der DRS 15 Lagebericht und die ergänzenden DRS 5 (Risikoberichterstattung) beziehungsweise 5-10 (Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten), die wir in unserem Konzernabschluss berücksichtigt haben.

Darüber hinaus wurden im Konzern folgende vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) beachtet, da sie weitergehende Vorschriften für Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute enthalten:

DRS 2-10	Kapitalflussrechnung von Kreditinstituten
DRS 3-10	Segmentberichterstattung von Kreditinstituten
DRS 17 near final standard	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder

(3) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31.12.2007 einbezogen sind neben der Baader Wertpapierhandelsbank AG als Mutterunternehmen 6 Tochterunternehmen (Vorjahr: 6 Tochterunternehmen), an denen die Baader Wertpapierhandelsbank AG direkt oder indirekt mehr als 50% der Anteile hält oder einen beherrschenden Einfluss ausübt. Von diesen Unternehmen haben 5 ihren Sitz im Inland und 1 ihren Sitz im Ausland. Tochterunternehmen oder assoziierte Unternehmen mit untergeordneter Bedeutung für den Einblick in Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns bestehen grundsätzlich nicht.

In dem Konzernabschluss werden als vollkonsolidierte Unternehmen abgebildet:

Gesellschaft	Sitz		Anteile am Kapital %	Grundkapital	Eigenkapital	Bilanzsumme	Jahresergebnis	Erstkonsolidierung
Baader Management AG	Unterschleissheim	T€	100,0%	50	49	49	0,1	31.12.2003
Baader Service Bank GmbH	Unterschleissheim	T€	100,0%	6.000	10.735	53.649	465	30.09.2004
Baader Heins & Seitz Capital Management AG	Unterschleissheim	T€	70,0%	50	368	905	188	01.01.2005
Conservative Concept Portfolio Management AG	Bad Homburg	T€	55,36%	140	1.786	2.654	-104	01.10.2006
Direcct AG	Bad Homburg	T€	100% ¹⁾	66	616	2.065	381	01.10.2006
Conservative Concept AG	Zug, Schweiz	T€	99,99% ¹⁾	63	513	1.163	339	01.10.2006

Die Unternehmensangaben basieren auf den entsprechenden IFRS-Einzelabschlüssen.

¹⁾ Die Anteile an der Direct AG, Bad Homburg und an der Conservative Concept AG, Zug, Schweiz, werden mittelbar über die Beteiligung an der CCPM AG gehalten. Die Zahlen der CC AG wurden umgerechnet (€CHF 1,6547).

Am 18.07.2007 hat die Baader Wertpapierhandelsbank AG die Beteiligung an der Tochtergesellschaft Conservative Concept Portfolio Management AG (CCPM), Bad Homburg, um 10,75% auf 55,36% durch Zukauf des Anteils eines anderen Gesellschafters erhöht. Der am 01.10.2006 mit zwei weiteren Gesellschaftern der CCPM geschlossene Stimmbindungsvertrag wurde mit Wirkung zum 01.08.2007 aufgehoben, da sich nunmehr die Stimmrechtsmehrheit und damit Beherrschung der CCPM aus der Kapitalmehrheit ergibt.

Die kumulierten Anschaffungskosten für diesen sukzessiven Unternehmenserwerb im Rahmen einer bereits erfolgten Vollkonsolidierung betragen T€ 700 und erhöhten den Beteiligungsbuchwert des Engagements auf T€ 3.369. Wesentliche Effekte bei der

Neubewertung der bereits bilanzierten Vermögenswerte und Schulden haben sich nicht ergeben. Nach Verrechnung der Anschaffungskosten des Erwerbs mit dem anteiligen Eigenkapital sowie der Kaufpreisallokation führte der verbleibende Unterschiedsbetrag zu einer Erhöhung des Geschäfts- oder Firmenwertes um T€441 auf T€2.019.

Die mittelbare Beteiligung an der direct AG wurde im Berichtsjahr von 96,43% auf 100% aufgestockt. Dieser nicht unter IFRS 3 fallende Erwerb wurde als Transaktion mit den Minderheitsanteilseignern dargestellt. Die Aufwendungen wurden erfolgsneutral im Eigenkapital verrechnet. Am 11.12.2007 hat die außerordentliche Hauptversammlung der direct AG beschlossen, das Grundkapital von €66.467,94 um €199.403,88 auf €265.871,82 durch Ausgabe von 78.000 Stück neuen Inhaberaktien zu erhöhen. Die neuen ab 01.01.2008 gewinnberechtigten Aktien wurden unter Ausschluss des Bezugsrechtes des bisherigen Alleinaktionärs, CCPM AG, zu einem Ausgabebetrag von €17,91 je Aktie ausschließlich durch die Baader Wertpapierhandelsbank AG gezeichnet. Nach Eintragung der Kapitalerhöhung in 2008 erhöht sich der direkte Anteil der Baader Wertpapierhandelsbank AG auf 75%, während sich der direkte Anteil der CCPM AG entsprechend auf 25% reduziert.

Insgesamt wurden drei Unternehmen (Vorjahr: 2 Unternehmen) und Anteile an fünf Sondervermögen nach dem Investmentgesetz im Geschäftsjahr 2007 als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen und gemäß IAS 28 nach der Equity-Methode bewertet:

Gesellschaft	Sitz	Anteile am Kapital %	Zeitwert der Anteile T€	Vermögen T€	Eigenkapital T€	Schulden T€	Jahresergebnis T€
SPAG St. Petersburg Immobilien- und Beteiligungs AG	Darmstadt	39,81%	1.661	5.201 ¹⁾	4.173 ¹⁾	1.028 ¹⁾	1.330 ¹⁾
Parsoli Corporation Ltd.	Bombay, Indien	21,93%	2.302	4.427 ²⁾	4.230 ²⁾	197 ²⁾	548 ²⁾
Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C.	Muscat, Oman	24,90%	3.935	12.089 ³⁾	12.072 ³⁾	17 ³⁾	1.389 ³⁾
Globe CC AMI-Fonds	Köln	28,90%	3.251	11.249	-	-	⁴⁾
Herald Europe-CI	Frankfurt	37,22%	8.917	23.957	-	-	⁴⁾
Conquest BFA AMI-Fonds	Köln	24,08%	2.552	10.602	-	-	⁴⁾
Assenagon Primus – 1M Euribor	Luxemburg	35,74%	15.093	42.224	-	-	⁴⁾
Conservative Concept Hedge Fund	Cayman Islands	41,53%	505	1.132	-	-	⁴⁾

1) Zahlen basieren auf geprüftem Zwischenabschluss zum 31.05.2007

2) Zahlen basieren auf ungeprüftem Zwischenabschluss zum 31.12.2007 (Wirtschaftsjahr: 01.04.2007 – 31.03.2008); Eigenkapital, Vermögen, Schulden und Jahresergebnis wurden umgerechnet (€INR 57,484)

3) Zahlen basieren auf Jahresabschluss zum 31.12.2007; Eigenkapital, Vermögen, Schulden und Jahresergebnis wurden umgerechnet (€OMR 0,56165)

4) Der Anteil am Ergebnis des Herald Europe-CI Fonds beträgt T€320. Der Anteil am Ergebnis des Globe CC AMI-Fonds beträgt T€237. Der Anteil am Ergebnis des Conquest BFA AMI-Fonds beträgt T€-17. Der Anteil am Ergebnis des Assenagon Primus-Fonds beträgt T€31. Der Anteil am Ergebnis des CC Hedge-Fonds beträgt T€-88.

Es handelt sich bis auf die SPAG um Sondervermögen bzw. Finanzdienstleister, die keine Umsatzerlöse erzielen. Die SPAG weist keine Umsatzerlöse aus.

Auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 07.12.2007 der SPAG wurde neben einer Dividendenausschüttung eine Kapitalherabsetzung im Verhältnis 4 : 1 beschlossen. Der aus der Kapitalherabsetzung gewonnene Betrag in Höhe von €3.900.000,00 soll zur Auszahlung an die Aktionäre verwendet werden. Ferner wurde beschlossen, die Gesellschaft zum 10.01.2008 aufzulösen. Nach der Ad-hoc-Mitteilung der SPAG vom 20.02.2008 haben zwei Aktionäre der St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs Aktiengesellschaft gegen die in der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 07.12.2007 gefassten Beschlüsse vor dem Landgericht Frankfurt Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen erhoben. Ein Ansatz einer Forderung an die SPAG auf Auszahlung der Kapitalherabsetzung ist mangels Eintragung des Hauptversammlungsbeschlusses in das Handelsregister am Bilanzstichtag 2007 nicht hinreichend begründet.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat Ende März 2007 in Höhe von T€4.959 eine Wandelschuldverschreibung der Parsoli Corporation Ltd. gezeichnet, die verpflichtend in einem Jahr in Eigenkapital umgewandelt wird. Nach Umwandlung Ende März 2008 wird sich der Anteil auf über 40% erhöhen. Die Parsoli Corporation Ltd. in Bombay, Indien, ist u.a. als Finanzdienstleister von der indischen Zentralbank (RBI) und der Kapitalmarktaufsicht (SEBI) zugelassen. Sie ist Mitglied an der National Stock Exchange of India, deren angeschlossener

Derivatebörse und der Bombay Stock Exchange. Die Gesellschaft konzentriert sich auf die Betreuung muslimischer Investoren mit dem Schwerpunkt auf schariakonformen Vermögensanlagen. Derzeitige Geschäftsfelder der Parsoli Corporation sind der Wertpapierhandel, die Vermögensberatung sowie das Devisengeschäft und Touristikdienstleistungen über die Tochtergesellschaft PCFL Travel House mit Sitz in Indien. Die Aktien des Unternehmens sind an der Bombay Stock Exchange in Bombay notiert.

Erstmals wird zum 30.09.2007 die im Berichtsjahr erworbene Beteiligung an der Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C., Muscat, Oman, als at-Equity bewertetes Unternehmen ausgewiesen. Die Anteile in Höhe von 24,9% wurden zu einem Kaufpreis von T€ 3.589 erworben. Bei dem Unternehmen handelt es sich um eine Neugründung. Die Gesellschaft wurde mit Wirkung zum 22.08.2007 in das Handelsregister des Sultanats Oman eingetragen und ab diesem Tag im Rahmen der at Equity-Konsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Aus der Konsolidierung ergibt sich ein Geschäftswert von T€ 636, der dem aktivischen Unterschiedsbetrag entspricht, da keinerlei stille Reserven bzw. stille Lasten identifizierbar waren.

Die Kerngeschäftsfelder der Gulf Baader Capital Markets sind Brokerage, Corporate Finance sowie Asset Management.

Für die oben genannten Investmentfonds liegt die Beteiligungsquote über 20% jedoch unter 50%. Somit liegt die widerlegbare Vermutung des maßgeblichen Einflusses vor. Da es im Sinne des Investmentgesetzes keine Stimmrechte für Sondervermögen gibt, ist bei der Untersuchung des maßgeblichen Einflusses nicht nur auf die Beteiligungsquote abzustellen. Entsprechend sind die in IAS 28.7 aufgeführten Kriterien für das Vorliegen von maßgeblichem Einfluss auf Sondervermögen anzuwenden. Daraus ergibt sich, dass kein maßgeblicher Einfluss vorliegt, wenn der Anleger weder beratend, verwaltend oder verwahrend tätig wird. Dies ist im Konzern der Baader Wertpapierhandelsbank AG nicht gegeben und somit liegt ohne die Möglichkeit eines beherrschenden Einflusses ein maßgeblicher Einfluss vor.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt gemäß der in IFRS 3 beschriebenen Erwerbsmethode. Zum Erwerbszeitpunkt werden die Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses auf die identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden des erworbenen Unternehmens verteilt und mit ihrem zum Erwerbszeitpunkt gültigen beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die Differenz zwischen den Anschaffungskosten und den neu bewerteten Vermögenswerten und Schulden stellt den Geschäfts- oder Firmenwert dar. Der erworbene Geschäfts- oder Firmenwert stellt eine Zahlung dar, die der Erwerber in der Erwartung künftigen wirtschaftlichen Nutzens aus Vermögenswerten, die nicht einzeln identifiziert oder getrennt angesetzt werden können, geleistet hat. Ein Geschäfts- oder Firmenwert aus einem Unternehmenszusammenschluss darf nicht abgeschrieben werden. Stattdessen ist gemäß IAS 36 ein jährlicher Wertminderungstest durchzuführen (impairment-only approach). Passivische Unterschiedsbeträge werden sofort erfolgswirksam erfasst.

Die Tochtergesellschaften werden ab dem Erwerbszeitpunkt in den Konsolidierungskreis aufgenommen. Die Anwendung der Erwerbsmethode beginnt zum Erwerbszeitpunkt, d.h. dem Zeitpunkt an dem der Erwerber tatsächlich die Beherrschung über das erworbene Unternehmen erlangt. Geschieht dies durch sukzessiven Erwerb von Anteilen werden zu

jedem einzelnen Transaktionszeitpunkt die Anschaffungskosten und die Informationen zu den beizulegenden Zeitwerten der identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden benutzt, um den Betrag des Geschäfts- oder Firmenwertes für jede einzelne Transaktion zu ermitteln.

Wird im Berichtsjahr bei einem voll zu konsolidierenden Unternehmen die Erstkonsolidierung auf den Bilanzstichtag durchgeführt, werden die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung für das gesamte Geschäftsjahr übernommen, wird die Erstkonsolidierung nicht auf den Bilanzstichtag durchgeführt, werden die GuV-Daten anteilig ab dem Stichtag der Erstkonsolidierung im Konzernabschluss berücksichtigt.

Anteile an Tochterunternehmen, die wegen Geringfügigkeit nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden, sind nach IAS 27.37 grundsätzlich zu Anschaffungskosten oder nach den Vorschriften des IAS 39 zu bewerten.

Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen, die auf Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen basieren, die in den Konzernabschluss einbezogen sind, werden im Rahmen der Schuldenkonsolidierung bzw. der Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert; im Konzern angefallene Zwischenergebnisse werden herausgerechnet, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert und unter der Bilanzposition Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen separat ausgewiesen. Zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss wird dem Wertansatz der entsprechenden Beteiligung das zum Marktwert (Fair Value) bewertete anteilige Eigenkapital des assoziierten Unternehmens gegenübergestellt. Ein sich ergebender Unterschiedsbetrag (Geschäfts- oder Firmenwert) wird in den Notes angegeben und nach IFRS 3 gemäß dem Impairment-only approach behandelt. Der Wertansatz der Beteiligung wird in den Folgeperioden fortgeschrieben. Die erfolgswirksame und erfolgsneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwertes basiert auf den aufgestellten Abschlüssen der assoziierten Unternehmen.

(5) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, zu denen auch derivative Finanzinstrumente zählen, grundsätzlich in der Bilanz zu dokumentieren. Dabei ist der gesamte Bestand in verschiedene Gruppen aufzuteilen und in Abhängigkeit von der jeweiligen Klassifizierung zu bewerten.

Die nachstehenden Erläuterungen geben eine Übersicht darüber, wie die Regelungen des Standards im Konzern der Baader Wertpapierhandelsbank AG umgesetzt wurden:

a) Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

aa) Finanzinstrumente bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten:

- Kredite und Forderungen:
Dieser Kategorie werden finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungsansprüchen zugeordnet, für die kein aktiver Markt besteht. Ein aktiver Markt ist dann gegeben, wenn notierte Preise regelmäßig zum Beispiel von einer Börse oder einem Broker zur Verfügung gestellt werden und diese Preise repräsentativ für aktuelle Transaktionen zwischen fremden Dritten sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.
- Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte:
Dieser Kategorie (Held-to-Maturity) dürfen nichtderivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie festgelegter Laufzeit dann zugeordnet werden, wenn für sie ein aktiver Markt existiert und wenn die Absicht sowie die Fähigkeit besteht, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Der Baader-Konzern verwendet diese Kategorie auch im Geschäftsjahr 2007 nicht.
- Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten
Dazu zählen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

ab) Finanzinstrumente bewertet zum beizulegenden Zeitwert (Marktwert), erfolgswirksam

- Handelsaktiva und Handelspassiva
Den Handelsaktiva werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die zu Handelszwecken gehalten werden. Zu den Handelsaktiva zählen originäre Finanzinstrumente (insbesondere verzinsliche Wertpapiere und Aktien) und derivative Finanzinstrumente mit positivem Marktwert. Den Handelspassiva werden entsprechend alle finanziellen Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken gehalten werden. Hierzu zählen insbesondere derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Marktwert sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen.
Derivative Finanzinstrumente werden nach IAS 39 grundsätzlich als Handelsaktiva bzw. Handelspassiva klassifiziert, sofern sie sich nicht als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting qualifizieren.
Handelsaktiva und Handelspassiva werden erstmalig sowie zu jedem Bilanzstichtag zum Marktwert (Fair Value) bilanziert. Gewinne und Verluste aus der Bewertung werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

ac) Finanzinstrumente bewertet zum beizulegenden Zeitwert (Marktwert), erfolgsneutral

- Available-for-Sale Bestände
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind alle nichtderivativen finanziellen Vermögenswerte, die in keiner der vorgenannten Klassen erfasst wurden. Dabei handelt es sich insbesondere um verzinsliche Wertpapiere, Aktien und Beteiligungen.

Sowohl die erstmalige als auch die Folgebewertung wird zum Marktwert (Fair Value) vorgenommen. Das Ergebnis aus der Bewertung wird – nach Berücksichtigung latenter Steuern – grundsätzlich erfolgsneutral in einer gesonderten Rücklage im Eigenkapital (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei der Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Im Falle einer dauerhaften Wertminderung ist die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungsbetrag zu reduzieren und dieser in der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigen. Eigenkapitalinstrumente, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und deren Marktwert nicht verlässlich ermittelbar ist, sind mit den Anschaffungskosten zu bewerten.

ad) Finanzinstrumente, für die nicht IFRS 7 gilt:

- Beteiligungen nach IAS 28
- Beteiligungen nach IAS 3
- Anteilsbasierte Vergütungen nach IFRS 2

b) Eingebettete Derivate (Embedded Derivatives)

bb) Finanzinstrumente bewertet zum beizulegenden Zeitwert (Marktwert), erfolgswirksam

IAS 39 regelt auch die bilanzielle Behandlung von eingebetteten Derivaten. Dabei handelt es sich um Derivate, die Bestandteil eines originären Finanzinstruments und mit diesem untrennbar verbunden sind. Solche Finanzinstrumente werden nach IAS 39 auch als Hybrid Financial Instruments bezeichnet. Hybrid Financial Instruments sind zum Beispiel Aktienanleihen (Anleihen mit Rückzahlungsrecht in Aktien) oder Wandelanleihen. Gemäß IAS 39 ist das eingebettete Derivat unter bestimmten Bedingungen vom originären Basisgeschäft zu trennen und separat wie ein freistehendes Derivat zum Marktwert (Fair Value) zu bilanzieren und zu bewerten.

Eine solche bilanzielle Trennungspflicht ist dann gegeben, wenn die Charakteristika und Risiken des eingebetteten Derivats nicht eng mit denen des originären Trägerinstruments verbunden sind. In diesem Fall ist das eingebettete Derivat als Teil des Handelsbestands anzusehen und zum Marktwert (Fair Value) zu bilanzieren. Bewertungsänderungen sind erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Die Bilanzierung und Bewertung des Basisvertrags folgt hingegen den Vorschriften der zugewiesenen Kategorie des Finanzinstruments.

Sind die Charakteristika und Risiken des eingebetteten Derivats jedoch eng mit denen des originären Trägerinstruments verbunden, wird das eingebettete Derivat nicht getrennt bilanziert und das hybride Finanzinstrument insgesamt nach den allgemeinen Vorschriften der Kategorie bewertet, der das Finanzinstrument zugeordnet wurde.

Wenn ein Unternehmen nach Maßgabe von IAS 39 verpflichtet ist, das eingebettete Derivat getrennt von seinem Basisvertrag zu erfassen, eine gesonderte Bewertung des eingebetteten Derivates aber weder bei Erwerb noch an den folgenden Abschlusstichtagen möglich ist, dann ist der gesamte zusammengesetzte Vertrag wie ein zu Handelszwecken gehaltener Vermögenswert zu behandeln.

c) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

cb) Finanzinstrumente bewertet zum beizulegenden Zeitwert (Marktwert), erfolgswirksam

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, welche die oben erläuterten allgemeinen Bilanzierungsregeln für Derivate sowie gesicherte originäre Geschäfte überlagern. Nach den allgemeinen Regelungen werden Derivate als Handelsgeschäfte (Handelsaktiva bzw. Handelspassiva) klassifiziert und zum Marktwert (Fair Value) bewertet. Das Bewertungsergebnis wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam im Handelsergebnis ausgewiesen.

Werden Derivate zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Bedingungen die Anwendung besonderer Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu. Dabei werden vorwiegend die zwei Formen Fair Value Hedge Accounting und Cash Flow Hedge Accounting unterschieden. Im Baader-Konzern wird in einem Fall das Cash Flow Hedge Accounting angewendet.

Cash Flow Hedge Accounting

Für Derivate, die der Absicherung künftiger Zahlungsströme dienen (Cash Flow Hedges), sieht IAS 39 die Anwendung des Cash Flow Hedge Accounting vor. Ein Risiko hinsichtlich der Höhe künftiger Cash Flows besteht insbesondere für variabel verzinsliche Kredite, Wertpapiere und Verbindlichkeiten sowie erwartete Transaktionen. Daneben sieht IAS 39 die Anwendung der Regelungen des Cash Flow Hedge Accounting auch für die Absicherung künftiger Cash Flows aus schwebenden Geschäften vor.

(6) Währungsumrechnung

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, werden zum Kassakurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Aufwendungen und Erträge werden mit marktgerechten Kursen umgerechnet. Auf fremde Währung lautende Beteiligungen und Anteile an Tochterunternehmen werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt. Umrechnungsgewinne und -verluste aus der Kapitalkonsolidierung werden erfolgsneutral gesondert im Eigenkapital ausgewiesen.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Jahresabschlüsse von Auslandseinheiten erfolgt, als Folge ihrer wirtschaftlichen selbständigen Geschäftstätigkeit, zu Kassakursen des Bilanzstichtags. Die aus der Umrechnung von Bilanzposten resultierenden Aufwendungen und Erträge werden erfolgswirksam erfasst und im Handelsergebnis ausgewiesen. Für die im Baader-Konzern wichtigsten Währungen gelten die nachstehenden Umrechnungskurse (Betrag in Währung für 1 Euro):

	2007	2006
USD	1,4721	1,3170
CHF	1,6547	1,6069
INR	57,484	58,212
OMR	0,56165	0,5081

(7) Barreserve

Die Bestände der Barreserve - diese umfassen den Kassenbestand und Guthaben bei der Deutschen Bundesbank - sind gemäß IAS 39 zum Nennwert bilanziert.

(8) Forderungen

Ausgereichte Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden und nicht an einem aktiven Markt notiert werden, werden grundsätzlich mit ihrem Nennbetrag angesetzt. In den Forderungen gegenüber Kreditinstituten werden nur bankgeschäftliche Forderungen abgebildet. Nichtbankgeschäftliche Forderungen gegenüber Kreditinstituten werden unter den Sonstigen Aktiva erfasst.

(9) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft

Die offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abgesetzte Vorsorge für Risiken aus bilanziellen Forderungen umfasst sämtliche Wertberichtigungen und andere Vorsorgemaßnahmen, die erkennbaren Kredit- und Länderrisiken unterliegen.

Die Wertberichtigung eines Kredits ist angezeigt, wenn es aufgrund beobachtbarer Kriterien wahrscheinlich ist, dass nicht alle Zins- und Tilgungsverpflichtungen vertragsmäßig geleistet werden können.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

(10) Wertpapierleihegeschäfte

Die im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften verliehenen Wertpapiere verbleiben weiterhin im Wertpapierbestand und werden nach den Regeln des IAS 39 bewertet. Entlehene Wertpapiere, soweit noch im Bestand befindlich, werden nicht bilanziert und auch nicht bewertet. Durch den Konzern gestellte Barsicherheiten für Wertpapierleihegeschäfte werden als Forderungen ausgewiesen, erhaltene Sicherheiten als Verbindlichkeiten.

(11) Handelsaktiva

Handelszwecken dienende Wertpapiere werden in der Bilanz gemäß IAS 39 zu Marktwerten (Fair Value) am Bilanzstichtag bewertet. Ebenfalls zum Marktwert hier ausgewiesen sind alle derivativen Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accounting eingesetzt werden und einen positiven Marktwert besitzen. Bei börsennotierten Produkten werden Börsenkurse verwendet; für nicht börsennotierte Produkte wird die Bewertung anhand geeigneter Bewertungsmodelle vorgenommen. Alle realisierten Gewinne und Verluste sowie nicht realisierte Bewertungsergebnisse sind Teil des Handelsergebnisses in der Gewinn- und Verlustrechnung. Ebenfalls im Handelsergebnis ausgewiesen werden Zins- und Dividendenerträge aus Handelsbeständen. Die Erfassung der Wertpapiergeschäfte in Bilanz und GuV erfolgt gemäß dem Trade Date Accounting. D.h., die Wertpapiere werden

mit den Marktwerten des Tages des Geschäftsabschlusses in der Bilanz abgebildet. Die tatsächliche Buchung des Wertpapierbestandes erfolgt grundsätzlich in der Nacht nach Geschäftsabschluss.

(12) Available-for-Sale Bestände

Unter der Bilanzposition Available-for-Sale Bestände werden alle nicht Handelszwecken dienenden Anleihen und Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, nicht konsolidierte Tochterunternehmen und sonstiger Anteilsbesitz ausgewiesen. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt grundsätzlich zum Marktwert (Fair Value). Für börsennotierte Wertpapiere gilt der Schlusskurs des Bilanzstichtages als Marktwert (Fair Value). Eigenkapitalinstrumente, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und deren Marktwert nicht verlässlich ermittelbar ist, werden mit den Anschaffungskosten bewertet. Nicht konsolidierte verbundene Unternehmen werden grundsätzlich mit Anschaffungskosten bilanziert.

Bewertungsergebnisse werden – nach Berücksichtigung latenter Steuern – innerhalb des Eigenkapitals in die Neubewertungsrücklage eingestellt. Eine erfolgswirksame Realisierung von Gewinnen und Verlusten findet erst bei Verkauf statt. Bei dauerhaften Wertminderungen wird der erzielbare Betrag in der Bilanz ausgewiesen. Die erforderliche Abschreibung erfolgt zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung. Ergebniswirksame Wertaufholungen bei Available-for-Sale Beständen dürfen nicht vorgenommen werden.

Änderungen des Fair Value in Folgeperioden werden bei börsennotierten Eigenkapitalinstrumenten in der Neubewertungsrücklage erfasst. Dies bedeutet, dass sich nur bei Wertminderungen und bei Veräußerungen ergebniswirksame Effekte ergeben. Bei Wegfall der Gründe für eine Wertminderung von Fremdkapitalinstrumenten ist eine Wertaufholung erfolgswirksam bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen. Der über die fortgeführten Anschaffungskosten hinausgehende Betrag ist in der Neubewertungsrücklage zu bilanzieren.

(13) Sachanlagen

Die hierunter ausgewiesenen Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Grundstücke werden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die Bestimmung der Nutzungsdauer wird unter Beachtung der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen vorgenommen. Alle Sachanlagen werden linear über folgende Zeiträume abgeschrieben.

	Voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren
EDV/Telekommunikation	3-8
Fahrzeuge	6
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5-13
Gebäude	25
Gebäudebestandteile	5-19

Die Abschreibungen auf Sachanlagen werden unter dem Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von Gegenständen des Sachanlagevermögens werden unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern des Sachanlagevermögens wird aus Wesentlichkeitsgründen im Berichtsjahr ergebniswirksam im Verwaltungsaufwand erfasst.

(14) Immaterielle Anlagewerte

Unter den Immateriellen Anlagewerten sind ausschließlich aus Konzernsicht entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte zusammengefasst. Diese setzen sich hauptsächlich aus erworbenen Softwarelizenzen, erworbenen Skontren und im Rahmen eines Unternehmenserwerbs erworbene Handelsstrategien zusammen. Sie werden mit Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von immateriellen Anlagewerten werden unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Die Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

	betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer in Jahren
erworbene Nutzungsrechte	5-10
Handelsstrategien	10 *)
Software	3-5

*) Die Ermittlung der Nutzungsdauer erfolgte auf Basis der langfristigen (10jährigen) Unternehmensplanung.

(15) Geschäftswerte

Geschäfts- oder Firmenwerte werden an jedem Bilanzstichtag auf ihren künftigen wirtschaftlichen Nutzen überprüft (Impairment Test). Sofern Voraussetzungen vorliegen, die den erwarteten Nutzen nicht mehr erkennen lassen, wird auf Basis der langfristigen Unternehmensplanung der zugehörigen Konzerngesellschaften eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Im Geschäftsjahr 2007 waren bei keinem der aktivierten Geschäfts- oder Firmenwerte Wertminderungsgründe erkennbar.

(16) Leasinggeschäft

Nach IAS 17 wird ein Leasinggeschäft als Operating-Leasing-Verhältnis klassifiziert, wenn es nicht im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt. Demgegenüber gelten als Finanzierungsleasing solche Vertragsverhältnisse, die im Wesentlichen alle Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen.

Der Baader-Konzern tritt ausschließlich als Leasingnehmer auf. Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasing-Verhältnissen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Der Aufwand wird wie eine Mietzahlung auf einer planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt. Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestanden im Geschäftsjahr 2007 nicht.

IFRIC 4 enthält Vorschriften und Anwendungsbeispiele zur Ermittlung, ob Vereinbarungen oder Verträge in einem Unternehmen als Leasingverträge zu klassifizieren und nach IAS 17 zu bilanzieren sind. Durch die Regelungen des IFRIC 4 werden Vereinbarungen als Leasingvereinbarung aufgenommen, die originär nicht als Leasingverhältnisse einzustufen waren. Für die Klassifizierung vorhandener Vereinbarungen als Leasingverträge müssen die zwei folgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein (IFRIC 4.6):

- die Erfüllung der geschlossenen Vereinbarung muss von der Nutzung eines bestimmten Vermögenswertes oder mehrerer Vermögenswerte abhängen, und
- durch die Vereinbarung werden dem Käufer die Rechte für die Nutzung des Vermögenswertes bzw. der Vermögenswerte übertragen.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat keine zusätzlichen Leasingverträge nach IAS 17 aufgrund IFRIC 4 bilanziert.

(17) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

(18) Handelspassiva

Derivative Finanzinstrumente, die einen negativen Marktwert besitzen, sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sind als Handelspassiva ausgewiesen. Die Bewertung der Handelspassiva erfolgt zum Marktwert (Fair Value).

(19) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Viele Mitarbeiter der Baader Wertpapierhandelsbank AG und ihrer Tochtergesellschaften erwerben betriebliche Versorgungsansprüche aus unterschiedlichen Durchführungswegen der betrieblichen Altersversorgung.

Zum einen können alle Mitarbeiter eine mittelbare (beitragsorientierte) Zusage (Defined Contribution Plan) erhalten, für die die Unternehmen des Konzerns unter Beteiligung der Mitarbeiter einen festgelegten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Unterstützungskasse) zahlen. Die Höhe der künftigen Pensionsleistungen wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – den daraus aufgelaufenen Vermögenserträgen bestimmt. Die Klassifizierung dieser Vorsorge als mittelbare Verpflichtung führt dazu, dass die Beiträge an den Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Rückstellungen zu bilden sind.

Zum anderen erhält eine geringe Anzahl von Personen (Vorstände und übernommene Verträge aus Unternehmensverschmelzungen der vergangenen Jahre) eine unmittelbare (leistungsorientierte) Versorgungszusage, bei der die Höhe der Versorgungsleistung festgelegt ist und von Faktoren wie Alter, Gehalt und Betriebszugehörigkeit abhängt (Defined Benefit Plan).

Für Pensionszusagen werden die zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung erforderlichen Vermögenswerte zum größten Teil unternehmensintern angesammelt und eine entsprechende Rückstellung wird passiviert. Der andere Teil des Vermögens ergibt sich aus abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen. Diese Rückdeckungsversicherungen sind mit einer Ausnahme qualifizierte Versicherungspolice (und damit Planvermögen), die nur verwendet werden können, um Leistungen an Arbeitnehmer aus einem leistungsorientierten Versorgungsplan zu zahlen und die nicht den Gläubigern des berichtenden Unternehmens zur Verfügung stehen (auch nicht im Insolvenzfall) und nicht an das berichtende Unternehmen gezahlt werden können.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand für die Direktzusagen teilt sich in mehrere Komponenten auf. Zunächst ist der Dienstzeitaufwand (Service Cost) zu berücksichtigen. Hinzu kommen Zinsaufwendungen (Interest Cost) auf den Barwert der Verpflichtung, da der Zeitpunkt der Erfüllung eine Periode vorangeschritten ist. Die aus dem Planvermögen erwirtschafteten Nettoerträge werden von den oben genannten Aufwendungen abgezogen. Ergeben sich aus der 10%igen Korridorregelung Tilgungsbeträge für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, erhöht oder vermindert sich der Personalaufwand.

Die Höhe der Rückstellung wird zunächst vom Barwert der Sollverpflichtung bestimmt. Der Teil, der durch das Planvermögen abgedeckt ist, ist mit der Verpflichtung zu saldieren. Aufgrund der Korridorregelung ergibt sich der Rückstellungsbetrag zum Jahresende wie folgt:

Barwert der Sollverpflichtung für Direktzusagen (Defined Benefit Obligation)
abzüglich Planvermögen
abzüglich/zuzüglich nicht erfasster versicherungsmathematischer Gewinne oder Verluste
= Höhe der Pensionsrückstellung

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtung erfolgt jährlich durch einen unabhängigen Versicherungsmathematik-Dienstleister nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren. Dabei werden neben biometrischen Annahmen insbesondere ein aktueller Marktzins für langfristige Anleihen höchster Bonität sowie künftig zu erwartende Gehalts- oder Rentensteigerungsraten für die Berechnung zugrunde gelegt. Ergeben sich versicherungsmathematische Mehr- oder Minderverpflichtungen, werden diese nur berücksichtigt, wenn sie außerhalb eines Korridors von 10% des versicherungsmathematischen Sollwertes der Verpflichtung liegen. In diesem Geschäftsjahr wurde der 10%ige Korridor überschritten. Nach IAS 19 wird der außerhalb des Korridors liegende Betrag über eine durchschnittlich künftige Aktivitätszeit von 10 Jahren aufwandswirksam verteilt.

Als Annahmen sind in die versicherungsmathematischen Berechnungen eingeflossen:

	31.12.2007	31.12.2006
Rechnungszinsfuß	4,5%	4,0% bzw. 4,5%
Ertrag aus Planvermögen	4,2% bzw. 4,5%	4,2% bzw. 4,5%
Gehaltsentwicklung	2,0% bzw. 3,0%	2,0% bzw. 3,0%
Renten Anpassung	2,0%	2,0%

(20) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahmen gebildet. Rückstellungen für Aufwendungen, die sich nicht auf eine Außenverpflichtung beziehen, dürfen nach IAS/IFRS nicht angesetzt werden.

(21) Ertragsteuern

Laufende Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen wurden mit den aktuell gültigen Steuersätzen berechnet, in deren Höhe die Erstattung von den beziehungsweise Zahlung an die jeweiligen Steuerbehörden geleistet wird.

Latente Steueransprüche (Aktive latente Steuern) und -verpflichtungen (Passive latente Steuern) rechnen sich aus unterschiedlichen Wertansätzen eines bilanzierten Vermögenswerts oder einer Verpflichtung und dem jeweiligen steuerlichen Wertansatz. Hieraus resultieren in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte (temporäre Unterschiede). Sie wurden mit den landesspezifischen Ertragsteuersätzen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen bewertet, deren Gültigkeit für die entsprechende Periode ihrer Realisierung zu erwarten ist. Aktive latente Steuern auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge werden nur bilanziert, wenn es wahrscheinlich ist, dass in der Zukunft zu versteuernde Gewinne in der gleichen Steuereinheit anfallen. Der Unsicherheit der zukünftigen Nutzung des steuerlichen Vorteils wird durch Sicherheitsabschläge Rechnung getragen. Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen werden unsaldiert ausgewiesen. Eine Abzinsung erfolgt in der Regel nicht. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgt – in Abhängigkeit von der Behandlung der zugrunde liegenden

Sachverhalte – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Der dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zuzurechnende Ertragsteueraufwand beziehungsweise -ertrag ist in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns als Ertragsteuern auf das Ergebnis aus gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ausgewiesen und in den Erläuterungen in laufende und latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen des Geschäftsjahres aufgeteilt. Sonstige Steuern, die nicht ertragsabhängig sind, werden im Sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt. In der Bilanz werden laufende und latente Ertragssteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen als Aktiv- beziehungsweise Passivposten gesondert ausgewiesen.

(22) Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten für fremde Rechnung zur Basis haben, werden in der Bilanz nicht ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsergebnis enthalten.

(23) Eigene Aktien

Die im Konzern zum Bilanzstichtag gehaltenen eigenen Aktien werden zu Anschaffungskosten vom Eigenkapital abgesetzt. Der Teil der Anschaffungskosten, der auf den Nennbetrag entfällt, wird vom Gezeichneten Kapital abgezogen, das Agio wird mit den Kapitalrücklagen verrechnet. Aus eigenen Aktien resultierende Gewinne und Verluste sind ergebnisneutral verrechnet worden.

(24) Aktienorientiertes Vergütungssystem für Vorstände und Mitarbeiter

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG gewährt Vorständen und Mitarbeitern des Konzerns eine erfolgsabhängige Vergütung in Form von Aktienoptionen.

a) Aktienoptionsplan 2000

Im Rahmen des Aktienoptionsplanes 2000 wurden den Berechtigten insgesamt Stück 1.789.782 Aktienoptionen ausgegeben. Die Laufzeit des Aktienoptionsplans 2000 betrug 5 Jahre und lief am 17.06.2004 aus. Die letzte Tranche wurde am 02.06.2004 zugeteilt.

Die Wartefrist von zwei Jahren ist für alle aus diesem Optionsplan gewährten Aktienoptionen ausgelaufen, d.h. sämtliche Optionen aus diesem Plan können bereits ausgeübt werden.

Der Ausübungspreis entspricht dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG im Präsenzhandel der Bayerischen Börse während der fünf Handelstage, die dem Ausgabetag der Aktienoptionen vorausgehen, mindestens aber dem auf eine Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals. Die Optionsrechte können nur ausgeübt werden, wenn die Kursentwicklung der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG seit dem Ausgabetag des Optionsrechtes an fünf aufeinander folgenden Handelstagen die entsprechende Entwicklung des Prime All Share um mindestens 15% übertrifft. Dieser Prozentsatz gilt für das erste Jahr des

Ausübungszeitraumes und steigt im zweiten und den folgenden Jahren des Ausübungszeitraumes jeweils um einen halben Prozentpunkt. Als Kurs der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG gilt der Schlusskurs im Präsenzhandel der Bayerischen Börse.

b) Aktienoptionsplan 2004

Im Rahmen des Aktienoptionsplanes 2004 wurden den Berechtigten insgesamt Stück 599.080 Aktienoptionen ausgegeben. Die Laufzeit des Aktienoptionsplans 2004 betrug 2 Jahre und lief am 13.07.2006 aus. Die letzte Tranche wurde am 26.05.2006 zugeteilt.

Die Optionen dürfen erst nach Ablauf einer Wartefrist von zwei Jahren ab dem jeweiligen Ausgabetag ausgeübt werden. Die Aktienoptionen können in den folgenden fünf Jahren nach Ablauf der Wartefrist unter Berücksichtigung bestimmter Sperrzeiträume ausgeübt werden, und zwar jeweils nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Veröffentlichung der Quartalszahlen der Gesellschaft (Ausübungsfenster). Nach Beendigung der Laufzeit (max. sieben Jahre nach Ausgabetag) verfallen die jeweiligen Optionen ersatzlos.

Die Optionen können nur ausgeübt werden, wenn (a) der Schlusskurs der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG im Präsenzhandel der Börse München (Börsenschlusskurs) um mehr als 30% über dem Ausgabepreis liegt (absolute Hürde) und (b) an den letzten 5 Börsenhandelstagen vor Ausübung der Optionen die kumulierte prozentuale Performance der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG seit der Ausgabe der Option um mindestens 10% höher ist als die prozentuale Steigerung des Prime All Share Index (relative Hürde), - die kumulierte Performance berücksichtigt sowohl die Kursentwicklung als auch den Wert von Bardividenden, Bezugsrechten aus Kapitalerhöhungen und sonstigen Sonderrechten zwischen der Ausgabe der Option und dem Zeitpunkt der Ausübung der Option - und (c) sie nicht vor Abgabe der Ausübungserklärung aufgrund einer Regelung der Optionsbedingungen durch Verfall erloschen sind. Als Kurs der Aktie der Gesellschaft gilt der Schlusskurs im Präsenzhandel der Börse München (Erfolgsziele). Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele ist ausgeschlossen.

Jede Aktienoption berechtigt – je nach Entscheidung des Vorstands – zum Erwerb einer Aktie oder zum Barausgleich in Höhe der Differenz zwischen dem Ausübungspreis und dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG an der Börse München an den letzten fünf Börsenhandelstagen vor dem Tag des Zugangs der Ausübungserklärung des Optionsberechtigten bei der Gesellschaft.

c) Aktienoptionsplan 2006

Der Vorstand ist mit Zustimmung der Hauptversammlung vom 19.07.2006 ermächtigt, beginnend mit dem Ablauf des Geschäftsjahres 2006 bis zum Ablauf des 18.07.2010 bis zu insgesamt maximal 1.600.000 Aktienoptionen auszugeben und Optionsberechtigten Optionen auf insgesamt bis zu 1.600.000 Stückaktien zu gewähren.

Die Laufzeit des Aktienoptionsplanes beträgt maximal vier Jahre, so dass eine Ausgabe von Aktienoptionen aus dem Aktienoptionsplan der Gesellschaft nach dem 18.07.2010 nicht mehr möglich ist. Die Aktienoptionen können jeweils nur einmal jährlich und zwar während eines Zeitraumes von sechs Wochen nach Bekanntgabe der Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres durch den Vorstand an die Optionsberechtigten ausgegeben werden.

Jede Aktienoption berechtigt den Inhaber zum Bezug einer auf den Inhaber lautenden Stückaktie der Gesellschaft mit einem auf sie entfallenden Anteil am Grundkapital der

Gesellschaft von je €1,00 gegen Zahlung des Ausübungspreises. Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres gewinnbezugsberechtigt, in dem sie ausgegeben werden. Die Bezugs- und Erwerbsbedingungen können vorsehen, dass die Gesellschaft dem Optionsberechtigten anstelle von neuen Aktien unter Inanspruchnahme des Bedingten Kapitals ganz oder teilweise auch eigene Aktien oder eine Ausgleichszahlung gewähren kann.

Der Ausübungspreis einer Aktienoption entspricht dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Gesellschaft im Präsenzhandel der Börse München während der zehn Handelstage, die dem zweiten Tag vor Beginn der Ausgabeperiode für die in Frage stehenden Aktienoptionen vorausgehen, mindestens aber dem auf eine Aktie der Gesellschaft entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals. Beginn der Ausgabeperiode ist der Tag, an dem die Optionsberechtigten erstmals über das konkrete Angebot zum Erwerb von Aktienoptionen informiert werden.

Die Optionen können nur ausgeübt werden, wenn a) der Schlusskurs der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG im Präsenzhandel der Börse München (Börsenschlusskurs) um mehr als 30% über dem Ausübungspreis liegt (absolute Hürde) und b) an den letzten zehn Börsenhandelstagen vor Ausübung der Optionen die kumulierte prozentuale Performance der Aktie der Baader Wertpapierhandelsbank AG seit der Ausgabe der Option um mindestens 10% höher ist als die prozentuale Steigerung des Prime All Share Index (relative Hürde), (die kumulierte Performance berücksichtigt sowohl die Kursentwicklung als auch den Wert von Bardividenden, Bezugsrechten aus Kapitalerhöhungen und sonstigen Sonderrechten zwischen der Ausgabe der Option und dem Zeitpunkt der Ausübung der Option) und c) sie nicht vor Abgabe der Ausübungserklärung aufgrund einer Regelung der Optionsbedingungen durch Verfall erloschen sind. Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele ist ausgeschlossen.

Die Optionen dürfen erst nach Ablauf einer Wartefrist von zwei Jahren ab dem jeweiligen Ausgabetag ausgeübt werden. Ausgabetag ist der Tag, an dem die Optionsberechtigten das konkrete Angebot zum Erwerb von Aktienoptionen spätestens annehmen können.

Die Aktienoptionen können in den folgenden fünf Jahren nach Ablauf der Wartefrist vorbehaltlich nachstehender Gründe ausgeübt werden, jeweils vier Wochen nach Veröffentlichung der Quartalszahlen der Gesellschaft (Q 1, Q 2, und Q 3) und sofern die Gesellschaft vorläufige Zahlen für das abgeschlossene Geschäftsjahr veröffentlicht – vier Wochen nach Veröffentlichung solcher Zahlen (Ausübungsfenster). Nach Beendigung der Laufzeit (max. sieben Jahre nach Ausgabetag) verfallen die jeweiligen Optionen ersatzlos.

Die Einzelheiten für die Gewährung der Aktienoptionen und die weiteren Ausübungsbedingungen werden durch den Aufsichtsrat festgesetzt soweit die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft betroffen sind. Im Übrigen liegt die Zuständigkeit für die Festlegung dieser Einzelheiten beim Vorstand der Gesellschaft. Zu den Einzelheiten gehören insbesondere die Auswahl einzelner Optionsberechtigter aus der jeweiligen Gruppe der Berechtigten, die Gewährung von Optionen an einzelne Berechtigte, die Bestimmung der Durchführung und des Verfahrens der Abwicklung der Ausübung der Optionen und der Ausgabe der Aktien, sowie Regelungen über die Behandlung von Optionen in Sonderfällen.

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht aller gewährten, verfallenen und ausgeübten Optionen.

	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	Gesamt
Gewährte Optionen	374.600	299.480	299.600	323.000	468.600	517.800	240.382	2.523.462
Ausübungspreis	5,32	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	5,30	-
Verwirkte Optionen	33.666	30.480	20.140	17.600	70.000	164.400	125.428	461.714
Ausgeübte Optionen	0	0	87.360	183.100	363.600	304.600	16.936	955.596
Ausstehende Optionen	340.934	269.000	192.100	122.300	35.000	48.800	98.018	1.106.152
Ausübare Optionen	0	0	192.100	122.300	35.000	48.800	98.018	496.218
Restlaufzeit (in Monaten)	76	65	53	41	28	16	4	-

Aus den bestehenden Aktienoptionsplänen sind noch keine gewährten Optionen verfallen.

Im Geschäftsjahr 2007 hat sich der Bestand an Aktienoptionen wie folgt entwickelt:

	2007	
	Anzahl Optionen	Durchschnittlicher Ausübungspreis
Stand 01.01.	1.017.958	3,67
Zusage (Gewährte Optionen)	374.600	5,32
Verwirkte Optionen	46.446	5,18
Ausgeübte Optionen	239.960	3,83
Stand 31.12.	1.106.152	4,14
Ausübare Optionen zum Jahresende	496.218	2,97

Durch die Ausübung der Optionen ist insgesamt ein Aufwand in Höhe von € 132.776,94 entstanden, der erfolgsneutral mit dem Eigenkapital verrechnet wurde. Die Aktienoptionen wurden in 5 Zeiträumen von jeweils einem Monat ausgeübt. Der Durchschnittsaktienkurs in den 5 Zeiträumen betrug wie folgt:

1. Zeitraum 1: 03.05.2007 – 31.05.2007 Kurs: € 5,02 Aktienoptionsplan 2000
2. Zeitraum 2: 16.07.2007 – 10.08.2007 Kurs: € 4,37 Aktienoptionsplan 2004
3. Zeitraum 3: 02.08.2007 – 29.08.2007 Kurs: € 4,07 Aktienoptionsplan 2000
4. Zeitraum 4: 15.10.2007 - 09.11.2007 Kurs: € 4,73 Aktienoptionsplan 2004
5. Zeitraum 5: 06.11.2007 - 29.11.2007 Kurs: € 4,63 Aktienoptionsplan 2000

Die gewährten Aktienoptionen aus dem Aktienoptionsplan 2004 (und aller nachfolgenden Aktienoptionspläne) werden nach den Regelungen des IFRS 2 Anteilsbasierte Vergütungen bilanziert und bewertet. Bei den Optionsplänen handelt es um eine anteilsbasierte Vergütung von zusätzlichen Leistungen von Mitarbeitern, die durch Eigenkapitalinstrumente beglichen wird. Der Wert der erhaltenen Arbeitsleistungen ist unter Erhöhung des Eigenkapitals mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen. Da dieser Wert jedoch nicht verlässlich geschätzt werden kann, ist er und die entsprechende Erhöhung des Eigenkapitals indirekt unter Bezugnahme auf den beizulegenden Zeitwert der gewährten Eigenkapitalinstrumente zu ermitteln.

	2006	2005	2004	Gesamt
Gewährte Optionen	374.600	282.420	299.600	956.620
Optionspreis	5,32	0,9975	0,43	-
Personalaufwand gesamt	524.477,46	281.713,95	128.828,00	935.019,41
Personalaufwand im Geschäftsjahr 2007	174.825,82	140.856,98	21.471,33	337.154,13

Der Personalaufwand wird über den Erdienungszeitraum von 2 Jahren verteilt. Für die Aktienoptionen aus 2004 wurde anteiliger Aufwand für 4 Monate, für die Aktienoptionen aus 2005 für 12 Monate und für die Aktienoptionen aus 2006 für 8 Monate erfasst.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes der Eigenkapitalinstrumente wurde wie folgt vorgegangen:

Für die Bewertung der Optionen können die beiden Ausübungshürden (absolute und relative Hürde) ausschließlich näherungsweise berücksichtigt werden. Es wird jedoch annahmegemäß davon ausgegangen, dass diese Hürden erfüllt sein werden.

Grundsätzlich handelt es sich um Call-Optionen, da die Mitarbeiter das Recht haben, Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG zu beziehen. Die Optionen werden aus Sicht der Gesellschaft als Short-Position betrachtet. Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat die Optionen den Mitarbeitern gewährt und tritt damit als Stillhalter bzw. Verkäufer der Optionen auf. Somit wird die Anzahl der gewährten Optionen als Short Call einer exotischen Option mit 7 Jahren Laufzeit eingebucht. Um die 2 Jahre Wartefrist und die Ausübungsfenster nach der Veröffentlichung der Quartalsberichte darzustellen, werden diese exotischen Optionen als „Bermudan Style“ mit den einzelnen Ausübungsfenstern abgebildet. Die Bewertung der Mitarbeiteroptionen ergibt sich aus dem ermittelten theoretischen Preis für die exotische Option.

Folgende Eingangsparameter wurden zur Bewertung der Optionen gewählt:

1. Der Basispreis der zu bewertenden neu ausgegebenen Optionen aus dem Aktionsoptionsplan 2006 lag bei 5,32 €
2. Es wurden erwartete Dividendenausschüttungen der Baader Wertpapierhandelsbank AG unterstellt.
3. Um die erwartete zukünftige Volatilität der Baader-Aktie abzuschätzen, wurde in Ermangelung von am Markt gehandelten Optionen auf die Baader-Aktie, die implizite Volatilität für Optionen auf den DAX mit einem Spread von 20% unterstellt. Die

resultierende Jahres-Volatilität von 38,16% entspricht etwa der aktuellen Jahres-Volatilität des Underlyings (Baader-Aktie).

4. Als risikoloser Zinssatz wurde die Euro-Swapkurve unterstellt, die für die 7-jährige Option einen Zinssatz von 4,17% aufwies.
5. Als Bewertungskurs der Baader-Aktie wurde am Bewertungsstichtag (11.05.2007) €5,00 zugrunde gelegt.
6. Die Bewertung wurde am Tag der Gewährung der Optionen (11.05.2007) vorgenommen.
7. Als Optionspreismodell für die „Bermudan Style“ Optionen wurde Black & Scholes unter Zuhilfenahme des Algorithmus „Finite Differenzen“ angewendet.
8. Die Bewertung der exotischen Optionen ergab einen Preis von €1,4001 je Option.

WESENTLICHE UNTERSCHIEDE BEI DER RECHNUNGSLEGUNG NACH IAS/IFRS UND DEUTSCHEM HANDELSRECHT

Zielsetzung von Abschlüssen nach IAS/IFRS ist es, entscheidungsrelevante Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowie deren Veränderungen im Zeitablauf zu vermitteln. Ein Jahresabschluss nach HGB ist demgegenüber vorrangig am Gläubigerschutz orientiert und wird zudem aufgrund der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz durch steuerrechtliche Regelungen beeinflusst. Aus dieser unterschiedlichen Zielsetzung ergeben sich folgende wesentliche Unterschiede in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zwischen IAS/IFRS und deutschem Handelsrecht:

Risikovorsorge für das Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft wird offen auf der Aktivseite der Bilanz als eigenständige Position nach den Forderungen ausgewiesen. Dadurch wird der Einblick in die Risikopolitik des Konzerns verbessert.

Wertpapiere

Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva und Handelspassiva) sowie nicht zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente (Sicherungsderivate) sind nach IAS 39 grundsätzlich mit dem Marktwert (Fair Value) zu bewerten. Gewinne und Verluste werden unabhängig von ihrer Realisierung erfolgswirksam oder erfolgsneutral erfasst. Nach deutschem Handelsrecht ist eine Vereinnahmung von unrealisierten Erträgen jedoch nicht gestattet. Auch die Wertpapiere der Kategorie Available-for-Sale Bestände werden gemäß IAS 39 mit ihrem Marktwert (Fair Value) bewertet. Nur wenn dieser nicht verlässlich bestimmt werden kann, erfolgt eine Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Die Bewertung wird erfolgsneutral in das Eigenkapital eingestellt. Nach den deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen gehören Beteiligungen zum Anlagevermögen und werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung ist eine Abschreibung vorzunehmen. Die anderen Wertpapiere der Available-for-Sale-Kategorie sind ihrem Charakter nach Bestände der Liquiditätsreserve im Sinne des HGB und somit als Umlaufvermögen zu beurteilen. Für die Bewertung dieser Wertpapiere gilt nach HGB das strenge Niederstwertprinzip.

Hedge Accounting

Nach IAS 39 können zum Zweck des Hedge Accounting Sicherungsbeziehungen zwischen einem Grundgeschäft und einem derivativen Finanzinstrument etabliert werden. Grundgeschäfte können finanzielle Vermögenswerte (zum Beispiel Forderungen oder Wertpapiere) und finanzielle Verbindlichkeiten sein. Sowohl für Fair Value Hedges als auch für Cash Flow Hedges bestehen detaillierte Regelungen, die einen Bruttoausweis des Marktwertes eines derivativen Sicherungsinstruments verlangen. Nach den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung werden Sicherungsgeschäfte hingegen im Rahmen eines saldierten Niederstwertprinzips bei der Bewertung der gesicherten Posten berücksichtigt.

Sachanlagen, Immaterielle Anlagewerte und Geschäfts- oder Firmenwert

Die Bilanzierung von Sachanlagen und die damit verbundenen Abschreibungen orientieren sich nach IAS/IFRS an der tatsächlichen betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauer. Steuerliche Wertansätze finden im Gegensatz zum HGB keine Berücksichtigung. Für selbsterstellte Immaterielle Anlagewerte besteht nach IAS/IFRS eine Aktivierungspflicht, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Auch das steht im Gegensatz zum generellen Ansatzverbot gemäß HGB. Geschäfts- oder Firmenwerte, die aus der Vollkonsolidierung von Tochtergesellschaften resultieren und im Konzernabschluss nach den Vorschriften des HGB direkt mit den Gewinnrücklagen verrechnet werden können, müssen nach IAS/IFRS als Vermögenswerte aktiviert werden. Sie werden nur noch außerplanmäßig nach erfolgtem Wertminderungstest abgeschrieben.

Eigene Aktien und Anteile

Das HGB schreibt die Aktivierung der eigenen Aktien bei gleichzeitiger Bildung einer Rücklage für eigene Aktien oder Anteile vor. Nach IAS/IFRS werden die im Konzern gehaltenen eigenen Anteile offen vom Eigenkapital abgesetzt; eine Bewertung wird im Gegensatz zu HGB nicht durchgeführt. Aus dem Handel mit eigenen Anteilen resultierende Gewinne und Verluste werden ergebnisneutral im Eigenkapital erfasst. Im HGB-Abschluss werden die Gewinne und Verluste aus dem Handel mit eigenen Aktien ergebniswirksam im Handelsergebnis gezeigt.

Treuhandgeschäfte

Nach IAS/IFRS werden Treuhandgeschäfte, im Gegensatz zum HGB-Abschluss nicht in der Bilanz (gemäß §6 RechKredV) ausgewiesen.

Pensionsverpflichtungen

Die Pensionsverpflichtungen werden entsprechend den IAS/IFRS nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Die Berechnung berücksichtigt die künftigen Verpflichtungen unter Einbezug zukünftiger Gehalts- und Rentensteigerungen sowie der Inflationsrate. Der Abzinsungsfaktor orientiert sich nach den IAS/IFRS am Kapitalmarktzins. Die Bilanzierung nach HGB orientiert sich demgegenüber regelmäßig an den jeweils geltenden steuerlichen Regelungen, insbesondere dem Teilwertverfahren.

Andere Rückstellungen

Rückstellungen dürfen nach IAS/IFRS nur dann gebildet werden, wenn sie sich auf eine Außenverpflichtung beziehen. Nach HGB zulässige Aufwandsrückstellungen mit dem Zweck, künftige Ausgaben als Aufwand des abgelaufenen Geschäftsjahres zu berücksichtigen, sind nach IAS/IFRS nicht erlaubt. An die Bildung von Restrukturierungsrückstellungen werden nach IAS/IFRS höhere Konkretisierungsanforderungen als nach HGB gestellt.

Latente Steuern

Die Bildung Aktiver und Passiver latenter Steuern erfolgt nach IAS/IFRS nach dem bilanzbezogenen Temporary-Konzept. Dabei werden die bilanziellen Wertansätze der einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit den der Besteuerung zugrunde liegenden Werten verglichen. Abweichungen führen zu temporären Wertunterschieden, die, unabhängig vom Zeitpunkt der Auflösung dieser Wertunterschiede, latente Steuererstattungsansprüche bzw. latente Steuerverbindlichkeiten begründen. Die zur Bewertung der Wertunterschiede herangezogenen Ertragsteuersätze sind zukunftsorientiert. Eine Saldierung wird nicht vorgenommen. Für aktive und passive latente Steuern nach IAS/IFRS besteht eine Ansatzpflicht, mit der Einschränkung, dass aktive latente Steuern nur anzusetzen sind, wenn es wahrscheinlich ist, dass der zukünftige steuerliche Vorteil auch genutzt werden kann. Dies gilt vor allem für die Bildung latenter Steuererstattungsansprüche aus bestehenden steuerlichen Verlustvorträgen.

Das HGB verfolgt dagegen eine GuV-orientierte Ermittlung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen unter Heranziehung aktuell gültiger Steuersätze. Die unterschiedlichen Abgrenzungskonzepte führen tendenziell zur größeren Bedeutung latenter Steuern im Abschluss nach IAS/IFRS.

Eigenkapital

Basierend auf den Regeln des IAS 39 sind Bewertungsveränderungen aus den Available-for-Sale Beständen sowie effektive Teile des Bewertungsergebnisses aus Cash Flow Hedges erfolgsneutral im Eigenkapital zu erfassen. Die deutsche Rechnungslegung kennt diese Art der erfolgsneutralen Bilanzierung nicht.

Am Bilanzstichtag im Besitz befindliche eigene Aktien werden nach IAS/IFRS vom Eigenkapital gekürzt; Gewinne und Verluste aus eigenen Aktien werden erfolgsneutral mit den Rücklagen verrechnet. Nach den Vorschriften des HGB ist in Höhe der auf der Aktivseite ausgewiesenen eigenen Aktien ein Rücklage für eigene Anteile zu bilden, während Handelsergebnisse erfolgswirksam erfasst werden.

Ansätze aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften

Nach dem so genannten umgekehrten Maßgeblichkeitsprinzip werden im HGB-Abschluss zum Teil Wertansätze in Übereinstimmung mit steuerrechtlichen Vorschriften vorgenommen. In einem IAS/IFRS-Abschluss dürfen steuerlich zulässige Sonderabschreibungen und Wertansätze, soweit sie von den nach IAS/IFRS gebotenen Bewertungen abweichen, nicht enthalten sein. Dieses Verbot der steuerrechtlichen Wertansätze gilt ab dem Geschäftsjahr 2003 aufgrund der durch das Transparenz- und Publizitätsgesetz erfolgten Gesetzesänderungen auch für den Konzernabschluss nach HGB.

ANGABEN ZUR BILANZ DES KONZERNS

(25) Barreserve

Die Barreserve setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007	31.12.2006
Kassenbestand	519,49	453,45
Guthaben Deutsche Bundesbank	3.272.253,36	484.520,69
Insgesamt	3.272.772,85	484.974,14

Aufgrund der zwischenzeitlich gestiegenen Kundeneinlage der Baader Service Bank GmbH ist diese gefordert, ein erhöhtes Mindestreservevolumen bei der Deutschen Bundesbank vorzuhalten.

(26) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2007 Inland	31.12.2007 Ausland	31.12.2006 Inland	31.12.2006 Ausland
Täglich fällig	35.486.001,38	20.832.142,33	50.064.290,40	5.710.898,34
Sonstige Forderungen	18.392.038,69	627.561,71	6.872.519,91	791.206,94
Forderungen an Kreditinstitute	53.878.040,07	21.459.704,04	56.936.810,31	6.502.105,28
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	0,00	0,00	-6.916,55	-15.084,28
Insgesamt	53.878.040,07	21.459.704,04	56.929.893,76	6.487.021,00

Die Forderungen an Kreditinstitute haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Forderungen an Kreditinstitute enthalten Zinsabgrenzungen in Höhe von €243.356,00. Die Restlaufzeiten der Forderungen an Kreditinstitute werden in der Restlaufzeitgliederung (vgl. Note 69) dargestellt.

(27) Forderungen an Kunden

	31.12.2007	31.12.2006
Inländische Kunden	1.508.166,73	11.265.806,97
- Unternehmen	336.096,91	10.512.697,76
- Privatpersonen	1.157.662,59	739.952,38
- Sonstige	14.407,23	13.156,83
Ausländische Kunden	1.013.455,27	1.790.711,54
- Unternehmen	478.392,72	1.559.323,69
- Privatpersonen	528.735,01	231.387,85
- Sonstige	6.327,54	0,00
Forderungen an Kunden	2.521.622,00	13.056.518,51
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	-61.982,99	-87.656,21
Insgesamt	2.459.639,01	12.968.862,30

Die Forderungen an Kunden sind täglich fällig. Sie enthalten Zinsabgrenzungen in Höhe von € 14.407,23. Die Restlaufzeiten der Forderungen an Kunden werden in der Restlaufzeitgliederung (vgl. Note 69) gezeigt.

Gegenüber Unternehmen mit denen die Baader Wertpapierhandelsbank AG in einem Beteiligungsverhältnis steht, bestehen folgende Forderungen:

	Verbundene Unternehmen		Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Forderungen an Kunden	0,00	0,00	20.471,49	10.163.863,49
Insgesamt	0,00	0,00	20.471,49	10.163.863,49

Die Forderungen an Kunden im Jahr 2006 enthalten hauptsächlich eine Forderung gegenüber der SPAG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungen AG in Höhe von € 10.143.392,00. Die Forderung stellte einen Eigenkapitalrückzahlungsanspruch gegen die Gesellschaft dar und wurde im Jahr 2007 vollständig beglichen.

Die Forderungen gegenüber Kunden enthalten Forderungen in Höhe von T€592, für die keine Zinsen gezahlt werden.

Die unter den Forderungen an Kunden ausgewiesenen Beträge abzüglich der Risikovorsorge entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der ausgereichten Kredite und Forderungen.

(28) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft

Der Bestand an Risikovorsorge hat sich wie folgt entwickelt:

	Forderungen KI		Forderungen KD		Insgesamt	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Stand 01.01.	-22.000,83	-2.195,84	-87.656,21	-20.471,70	-109.657,04	-22.667,54
Zugänge	0,00	-22.000,83	0,00	-40.184,72	0,00	-62.185,55
Abgänge						0,00
- Inanspruchnahme	22.000,83	2.195,84	25.673,22	0,21	47.674,05	2.196,05
- Auflösung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0,00	0,00	0,00	-27.000,00	0,00	-27.000,00
Direktabschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Stand 31.12.	0,00	-22.000,83	-61.982,99	-87.656,21	-61.982,99	-109.657,04

Es handelt sich ausschließlich um Risikovorsorge für Bonitätsrisiken.

(29) Handelsaktiva

Die Handelsaktiva setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007	31.12.2006
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.468.167,93	5.286.506,98
darunter :		
börsenfähige Wertpapiere	7.468.167,93	5.286.506,98
börsennotierte Wertpapiere	7.468.167,93	5.286.506,98
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	40.148.486,98	43.674.630,82
darunter :		
börsenfähige Wertpapiere	40.138.486,98	43.188.948,19
börsennotierte Wertpapiere	40.138.486,98	42.736.175,77
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10.130,50	51.478,87
Insgesamt	47.626.785,41	49.012.616,67

In den Handelsaktiva sind Anteile einer Wandelanleihe in Höhe von T€1.158 enthalten, die gemäß IAS 39.12 als zu Handelszwecken gehaltener finanzieller Vermögenswert klassifiziert werden, da eine gesonderte Bewertung des eingebetteten Derivates weder bei Erwerb noch am Abschlussstichtag möglich war.

(30) Available-for-Sale Bestände

In der Position Available-for-Sale Bestände sind Beteiligungen und sonstige Aktien und Anleihen, die nicht den Handelsaktiva zugeordnet werden, zusammengefasst ausgewiesen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung und die Entwicklung der Position Available-for-Sale Bestände:

	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	Beteiligungen	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Anleihen und Schuldverschreibungen	Sonstiger Anteilsbesitz
Anschaffungskosten					
- Stand 01.01.2007	0,00	3.107.257,80	40.927.404,97	4.112.330,27	0,00
- Zugänge	0,00	2.610,00	991.888,01	15.206,26	0,00
- Umbuchungen	0,00		-92.896,88		0,00
- Abgänge	0,00		-9.101.367,24	-3.715.383,22	0,00
- Stand 31.12.2007	0,00	3.109.867,80	32.725.028,86	412.153,31	0,00
Neubewertungsrücklage					
- Stand 01.01.2007	0,00	2.255.956,52	5.069.127,12	-95.634,90	0,00
- Zugänge	0,00	13.208,00	42.169,00		0,00
- Umbuchungen	0,00	0,00	4.108,32	16.884,90	
- Abgänge	0,00	-1.993.459,58	-4.319.830,27	78.750,00	0,00
- Stand 31.12.2007	0,00	275.704,94	795.574,17	0,00	0,00
Zuschreibungen im Berichtsjahr	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen					
- Stand 01.01.2007	0,00	182.734,04	31.877.722,78	47.950,00	0,00
- Lfd. Abschreibungen	0,00			17.591,25	0,00
- Umbuchungen	0,00			16.884,90	0,00
- Abgänge	0,00		-4.080.207,25	-47.950,00	0,00
- Stand 31.12.2007	0,00	182.734,04	27.797.515,53	34.476,15	0,00
Beizulegende Zeitwerte					
- Stand 31.12.2006	0,00	5.180.480,28	14.118.809,31	3.968.745,37	0,00
- Stand 31.12.2007	0,00	3.202.838,70	5.723.087,51	377.677,16	0,00
davon					
börsenfähige Wertpapiere	0,00	3.200.226,57	4.787.660,51	377.677,16	0,00
börsennotierte Wertpapiere	0,00	3.200.225,57	3.329.940,50	377.677,16	0,00

Die Available-for-Sale Bestände enthalten Zinsabgrenzungen in Höhe von €15.206,26.

(31) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In dieser Bilanzposition sind alle Anteile an assoziierten Unternehmen und Vermögenswerte ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

	Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen
Anschaffungs-/ Herstellungskosten	
- Stand 01.01.2007	13.244.276,70
- Anpassung Vorjahre	438.500,00
- Zugänge	24.459.843,68
- Abgänge	-300.027,51
- Stand 31.12.2007	37.842.592,87
Kumulierte Veränderungen aus der Bewertung at Equity	915.888,91
Abschreibungen	
- Stand 01.01.2007	1.893.559,18
- Anpassung Vorjahre	0,00
- Laufende Abschreibungen	0,00
- Abgänge	0,00
- Zuschreibungen	1.350.727,20
- Stand 31.12.2007	542.831,98
Beizulegende Zeitwerte	
- Stand 31.12.2006	11.789.217,52
- Stand 31.12.2007	38.215.649,51
davon	
börsenfähige Wertpapiere	22.618.012,23
börsennotierte Wertpapiere	3.963.126,75

Die anteiligen Ergebnisse des Vorjahres erhöhen die Anschaffungs- und Herstellungskosten um €438.500,00.

Die Zuschreibungen betreffen ausschließlich die Anteile an der SPAG (vgl. Note 3).

(32) Sachanlagen

Die Sachanlagen entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Grundstücke und Bauten
Anschaffungs-/ Herstellungskosten		
- Stand 01.01.2007	5.207.447,66	23.647.012,62
- Zugänge	476.452,34	108.856,69
- Abgänge	262.583,21	0,00
- Veränderungen Konsolidierungskreis	0,00	0,00
- Stand 31.12.2007	5.421.316,79	23.755.869,31
Zuschreibungen im Berichtsjahr	0,00	0,00
Abschreibungen		
- Stand 01.01.2007	3.777.666,26	3.578.455,44
- Laufende Abschreibungen	379.004,14	855.647,81
- Abgänge	259.636,72	0,00
- Veränderungen Konsolidierungskreis	0,00	0,00
- Stand 31.12.2007	3.897.033,68	4.434.103,25
Buchwerte		
- Stand 31.12.2006	1.429.781,40	20.068.557,18
- Stand 31.12.2007	1.524.283,11	19.321.766,06

Gründe für außerplanmäßige Abschreibungen sind nicht aufgetreten. Im Berichtsjahr wurden keine Zuschreibungen aufgrund früherer Wertminderungen vorgenommen.

(33) Immaterielle Anlagewerte

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Immateriellen Anlagewerte:

	Software	Skontren	Handelsstrategien
Anschaffungs-/ Herstellungskosten			
- Stand 01.01.2007	18.845.285,14	15.946.666,00	2.286.287,79
- Zugänge	897.764,87	0,00	0,00
- Abgänge	256.246,75	0,00	0,00
- Umbuchungen	0,00	0,00	0,00
- Stand 31.12.2007	19.486.803,26	15.946.666,00	2.286.287,79
Zuschreibungen im Berichtsjahr	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen			
- Stand 01.01.2007	12.908.773,94	6.696.750,00	60.165,47
- Laufende Abschreibungen	2.765.254,91	2.791.167,00	240.661,86
- Abgänge	256.243,22	0,00	0,00
- Umbuchungen	0,00	0,00	0,00
- Stand 31.12.2007	15.417.785,63	9.487.917,00	300.827,33
Buchwerte			
- Stand 31.12.2006	5.936.511,20	9.249.916,00	2.226.122,32
- Stand 31.12.2007	4.069.017,63	6.458.749,00	1.985.460,46

Im Rahmen des Erwerbs der Beteiligung der Conservative Concept Portfolio Management AG wurden zwei Handelsstrategien als Immaterielle Vermögenswerte identifiziert, die als selbst geschaffene Vermögenswerte im Zuge des Unternehmenserwerbs gesondert vom Firmenwert anzusetzen waren.

(34) Geschäfts- und Firmenwerte

	Geschäfts- oder Firmenwerte
Anschaffungs-/ Herstellungskosten	
- Stand 01.01.2007	4.159.567,63
- Zugänge	440.777,43
- Abgänge	0,00
- Umbuchungen	0,00
- Stand 31.12.2007	4.600.345,06
Zuschreibungen im Berichtsjahr	0,00
Abschreibungen	
- Stand 01.01.2007	0,00
- Laufende Abschreibungen	0,00
- Abgänge	0,00
- Umbuchungen	0,00
- Stand 31.12.2007	0,00
Buchwerte	
- Stand 31.12.2006	4.159.567,63
- Stand 31.12.2007	4.600.345,06

Die ausgewiesenen Geschäftswerte stellen den Saldo aus Anschaffungskosten der Unternehmenszusammenschlüsse und anteiligem Eigenkapital dar. Stille Reserven in identifizierbaren Vermögenswerten und Schulden waren bis auf die im Geschäftsjahr zugegangenen Handelsstrategien nicht feststellbar.

Die Zugänge bei den Geschäfts- oder Firmenwerten entfallen ausschließlich auf den Erwerb weiterer Anteile an der CCPM. Vgl. hierzu die weiteren Erläuterungen zu Note 3.

Zum Bilanzstichtag 2007 hat die Gesellschaft folgende Geschäfts- und Firmenwerte im IFRS-Konzernabschluss ausgewiesen:

Tochterunternehmen	Geschäfts-/Firmenwert T€	Erstmaliger Ansatz Geschäftsjahr
Baader Service Bank GmbH	963	2004
Baader Heins & Seitz Capital Management AG	1.618	2005
Conservative Concept Portfolio Management AG	2.019	2006
Insgesamt	4.600	

Die für die Geschäfts- und Firmenwerte erforderlichen Impairment Tests wurden jeweils unter Anwendung eines anerkannten Bewertungsverfahrens, der Discounted-Cash-Flow-Methode, durch Diskontierung der für die Tochtergesellschaften auf Basis der langfristigen Unternehmensplanung erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse nach Steuern mit Hilfe eines risikoadäquaten und fristenkongruenten Kapitalisierungszinssatzes durchgeführt.

Anhand der vorliegenden Unternehmensplanung für die Planungsphase 2007 bis 2009 wurde die nähere Phase (Detailplanungsphase) identifiziert. Auf Basis der Erkenntnisse aus der ersten Phase wurde für Zwecke der Kapitalisierung der ewigen Rente hinsichtlich des jährlichen Zahlungsmittelüberschusses ein Beharrungswert identifiziert. Als Kapitalisierungszinssatz wurde ein unter Berücksichtigung von Steuern ermittelter risikoloser Basiszinssatz und eine nach dem Tax-CAPM-Modell ermittelte Marktrisikoprämie angesetzt.

Im Rahmen der durchgeführten Impairment-Tests ergab sich kein Wertminderungsaufwand, da der jeweils erzielbare Betrag deutlich über den ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwerten lag.

(35) Ertragsteueransprüche

In den Ertragsteueransprüchen werden Forderungen des Konzerns gegenüber den Finanzbehörden aus tatsächlichen Steuerüberzahlungen in Höhe von € 12.070.729,84 abgebildet. Durch das Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) wurde das bisherige System der Körperschaftsteuerminderung durch eine ratierliche Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens ersetzt. Dies führt zu einer Aktivierung des Barwertes der Körperschaftsteuerguthaben im Konzern in Höhe von T€ 11.922 geführt.

(36) Sonstige Aktiva

Die Sonstigen Aktiva setzen sich aus folgenden Größen zusammen:

	31.12.2007	31.12.2006
Sonstige Vermögensgegenstände	10.959.583,28	6.146.120,62
Rechnungsabgrenzungsposten	292.011,30	229.425,14
Insgesamt	11.251.594,58	6.375.545,76

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Rückdeckungsansprüche zur Deckung der Pensionsrückstellungen in Höhe von T€2.391.

In den Sonstigen Aktiva ist ferner eine geleistete Zahlung für Teile einer Wandelschuldverschreibung der Parsoli Corporation Ltd., Bombay, Indien, mit T€ 4.959 enthalten. Die Eintragung der zugeteilten Stücke und die Einbuchung ins Depot stehen noch aus.

(37) Aktive latente Steuern

Aktive Latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IAS/IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Sie werden angesetzt, soweit es wahrscheinlich ist, dass der zukünftige steuerliche Vorteil genutzt werden kann.

Aktive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet:

	31.12.2007	31.12.2006
Verlustvorräte	23.078.541,97	25.364.444,78
Pensionsrückstellungen	295.929,54	174.843,27
Available-for-Sale Bestände	2.064,01	36.895,94
Insgesamt	23.376.535,52	25.576.183,99

Im Konzernabschluss der Baader Wertpapierhandelsbank AG werden aktive latente Steuern auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorräte bilanziert. Nach Maßgabe von IAS 12 sind diese in dem Umfang zu bilanzieren, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftiges zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste verwendet werden können.

Die aktiven latenten Steuern aus Verlustvorträgen ergeben sich wie folgt:

	Baader Wertpapierhandelsbank AG	Baader Service Bank GmbH	Summe
Verlustvortrag 31.12.2006 in T€	129.623	2.151	131.774
- Verbrauch Verlustvortrag 2007	-17.802	-560	-18.362
= Verlustvortrag 31.12.2007 in T€	111.821	1.591	113.413
x Steuerquote in %	29,10%	27,03%	-
= Steueransprüche 31.12.2007 in T€	32.540	430	32.970
- Sicherheitsabschlag im Jahr 2007 in T€	-9.762	-129	-9.891
= Aktive latente Steuern 31.12.2007 in T€	22.778	301	23.079
- Aktive latente Steuern 31.12.2006 in T€*)	-24.972	-393	-25.365
Auflösung/Zuführung aktive latente Steuern / Steueraufwand 2007 in T€	-2.194	-92	-2.286

Gemäß IAS 12.48 sind tatsächliche und latente Steueransprüche und Steuerschulden im Regelfall anhand der aktuell geltenden Steuersätze und Steuervorschriften zu bewerten. In Steuergesetzgebungen, bei denen die Ankündigung von neuen Steuersätzen und Steuervorschriften durch die Regierung die materielle Wirkung einer tatsächlichen Inkraftsetzung hat, sind jedoch grundsätzlich bereits ab dem Zeitpunkt dieser Ankündigung die neuen Steuersätze und Steuervorschriften für die Bewertung der tatsächlichen und latenten Steueransprüche und Steuerschulden heranzuziehen.

In Deutschland ist eine solche Ankündigung im Sinne des IAS 12.48 dann erfolgt, wenn die zustimmenden Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrates vorliegen. Sowohl der Deutsche Bundestag als auch der Bundesrat haben das Unternehmenssteuergesetz 2008 am 25.05.2007/06.07.2007 verabschiedet.

In Anwendung dieser oben genannten Vorschrift wurde der sich durch die Unternehmenssteuerreform 2008 von 38,11% auf 29,10% ermäßigte Steuersatz der Baader Wertpapierhandelsbank AG ab Juli 2007 für die Bewertung des Tax Assets herangezogen. Für die tatsächliche Besteuerung wird der Steuersatz erst mit dem 01.01.2008 wirksam.

Bis zum 30.06.2007 wurde wegen der Unwägbarkeiten der Steuergesetzgebung aber vor allem aufgrund der geringen Prognostizierbarkeit der Umsatz- und Kursverläufe sowie der Volatilität der Unternehmensgewinne ein Sicherheitsabschlag von 50% auf die potenziellen Steueransprüche vorgenommen. Die nachhaltig positiven Ergebnisse der letzten und des laufenden Geschäftsjahres haben insoweit die Unsicherheiten reduziert, so dass der Sicherheitsabschlag von 50% zum 31.12.2007 auf 30% vermindert wurde.

Im Geschäftsjahr 2007 belaufen sich die voraussichtlich nutzbaren steuerlichen Verlustvorträge auf T€ 113.413. Darin enthalten ist ein Betrag in Höhe von T€ 30.018, der grundsätzlich eine Hinzurechnung zum steuerlichen Einkommen der Baader Wertpapierhandelsbank AG darstellt und aus der Hinzurechnung zum Einkommen aufgrund einer in der Vergangenheit vorgenommenen Abschreibung auf Anteile an einer Tochtergesellschaft resultiert. Aus einem verfassungsrechtlichen Gutachten, das für die

Baader Wertpapierhandelsbank AG erstellt wurde, ergibt sich, dass die Hinzurechnungsvorschrift nach § 12 Abs. 2 des Umwandlungssteuergesetzes in der jetzt gültigen Fassung mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit vom Bundesverfassungsgericht als nichtig beurteilt werden wird. Daher wird sich abgabenrechtlich die Möglichkeit der grundsätzlichen Berücksichtigung der T€ 30.018 als Verlustvortrag für die Baader Wertpapierhandelsbank AG ergeben. Ferner sind darin Verlustvorträge der Baader Service Bank GmbH in Höhe von T€ 1.591 enthalten, die aus der Zeit vor der Zugehörigkeit zum Baader-Konzern resultieren. Nach der für die BSB vorliegenden Unternehmensplanung liegen keine Erkenntnisse vor, die auch vor dem Hintergrund von § 8 Abs. 4 KStG gegen die zukünftige Nutzung dieser steuerlichen Verlustvorträge sprechen.

Bei einem Ertragsteuersatz von 29,10% ergeben sich potenzielle latente Steueransprüche von T€ 32.970.

Nach Abzug des Sicherheitsabschlags von nunmehr 30% werden im Konzernabschluss zum 31.12.2007 aktive latente Steuern auf steuerlich ungenutzte Verlustvorträge in Höhe von T€ 23.079 ausgewiesen. Dies führt somit nach Aktivierung latenter Steueransprüche zum 31.12.2006 in Höhe von T€ 25.365 zu einem erfolgswirksam in den Ertragsteuern erfassten latenten Steueraufwand von T€ 2.286 im Geschäftsjahr 2007.

Nach den beschlossenen langfristigen Unternehmensplanungen sprechen mehr Gründe dafür als dagegen, dass in den nächsten 5 Jahren auch unter der Berücksichtigung der Mindestbesteuerung ausreichend zu versteuerndes Einkommen erwirtschaftet wird, um die per 31.12.2007 bei der Bilanzierung der aktiven latenten Steuern berücksichtigten steuerlichen Verlustvorträge zu verwerten.

Die Veränderung der aktiven latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede der Pensionsrückstellungen in Höhe von € 121.086,27 wird erfolgswirksam als latenter Steueraufwand unter den Ertragsteuern ausgewiesen.

(38) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen ausschließlich gegenüber inländischen Kreditinstituten und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007	31.12.2006
Täglich fällig	7.003.673,83	13.423.437,61
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	12.747.470,28	13.020.598,24
Insgesamt	19.751.144,10	26.444.035,85

In der Position mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist ist ein Darlehen zur Refinanzierung des Geschäftsgebäudes in Höhe von € 12.481.220,27 ausgewiesen. Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden in der Restlaufzeitgliederung (vgl. Note 69) gezeigt.

(39) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden resultieren hauptsächlich aus der Tochtergesellschaft Baader Service Bank GmbH und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007	31.12.2006
Inländische Kunden	15.200.400,69	8.958.500,77
- Unternehmen	8.045.408,18	3.757.607,28
- Privatpersonen	7.089.120,45	5.178.779,91
- Sonstige	65.872,06	22.113,58
Ausländische Kunden	26.229.335,82	23.040.676,36
- Unternehmen	17.974.558,87	21.250.694,94
- Privatpersonen	8.254.776,95	1.789.981,42
- Sonstige	0,00	0,00
Insgesamt	41.429.736,51	31.999.177,13

In der Position Verbindlichkeiten Kunden sind Zinsabgrenzungen in Höhe von € 65.872,06 enthalten. Die Restlaufzeiten der Forderungen an Kunden werden in der Restlaufzeitgliederung (vgl. Note 69) gezeigt.

(40) Handelspassiva

Die Handelspassiva enthalten derivative Finanzinstrumente mit negativen Marktwerten.

	31.12.2007	31.12.2006
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	0,00	34.541,97
Insgesamt	0,00	34.541,97

(41) Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich folgendermaßen zusammen:

	31.12.2007	31.12.2006
Pensionsrückstellungen	7.702.648,00	6.412.493,00
Andere Rückstellungen	9.610.846,29	13.044.457,88
Insgesamt	17.313.494,29	19.456.950,88

Bei den Rückstellungen für Pensionen handelt es sich ausschließlich um Rückstellungen für Verpflichtungen zur Leistung betrieblicher Ruhegelder aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter bestimmen sich nach einzelvertraglichen Pensionszusagen. Pensionen werden nach Versetzung in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze beziehungsweise vorzeitig bei Invalidität und Tod gezahlt (vgl. Note 19).

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich von einem unabhängigen Aktuar nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Der Anwartschaftsbarwert der Pensionsverpflichtungen zum 31.12.2007 beträgt T€ 9.824 (Vorjahr: T€ 8.625). Der Unterschied zu den Pensionsrückstellungen resultiert aus bislang nicht realisiertem, nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand in Höhe von T€ 1.180 (Vorjahr: T€ 1.391) sowie aus dem beizulegenden Zeitwert des Planvermögens in Höhe von T€ 942 (Vorjahr: T€ 822).

Die Pensionsverpflichtungen haben sich wie folgt entwickelt:

	2007	2006
Pensionsverpflichtungen (DBO) zum 01.01.	8.625.434,00	7.687.243,00
Zuführung zu den Pensionsrückstellungen	1.437.499,00	1.392.260,00
Dienstzeitaufwand	821.241,00	798.134,00
Zinsaufwand	388.144,00	344.967,00
Planverbesserungen	42.692,00	0,00
Amortisation versicherungsmathematischer Verluste	185.422,00	249.159,00
Veränderung versicherungsmathematischer Gewinne/Verluste	-210.957,00	-357.226,00
Differenz zwischen erwartetem und aktuellem Ertrag aus Planvermögen	-27.498,00	0,00
Sonstige Veränderungen/Änderungen im Konsolidierungskreis	0,00	-96.843,00
Pensionsverpflichtungen (DBO) zum 31.12.	9.824.478,00	8.625.434,00

Der Pensionsaufwand beträgt im Berichtsjahr insgesamt T€ 1.440 wobei T€ 1.396 auf die Zuführung zu Pensionsrückstellungen entfallen. Daneben wurde die Gewinn- und Verlustrechnung um die erwarteten Erträge aus dem Planvermögen um T€ 41 entlastet.

Das in Form von Rückdeckungsversicherungen zur Verfügung stehende Vermögen, das nach IAS 19 als Planvermögen gilt, hat sich wie folgt entwickelt:

	2007	2006
Planvermögen zum 01.01.	822.181,00	708.830,00
Einstellung / Entnahme	106.513,00	106.513,00
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	40.831,00	35.915,00
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-27.498,00	0,00
Leistungen	0,00	-17.886,00
Sonstige Änderungen / Änderungen Konsolidierungskreis	0,00	-11.191,00
Marktwert zum 31.12.	942.027,00	822.181,00

Neben den Rückdeckungsversicherungen erfolgt außerdem eine interne Vermögensanlage in Form von Wertpapieren, die ausschließlich der Deckung der Pensionsverpflichtungen dient.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben sich die Pensionsrückstellungen folgendermaßen entwickelt:

	2007	2006
Pensionsrückstellungen (DBL) zum 01.01.	6.412.493,00	5.241.940,00
Zuführung	1.437.499,00	1.392.260,00
Marktwertänderung und Einstellung in das Planvermögen	-147.344,00	-142.428,00
Umbuchungen / Änderung Konsolidierungskreis	0,00	-79.279,00
Pensionsrückstellungen (DBL) zum 31.12.	7.702.648,00	6.412.493,00

Die Anderen Rückstellungen entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	Stand 01.01.07 T€	Verbrauch T€	Auflösung T€	Zuführung T€	Stand 31.12.07 T€
Rechtsstreite	167	0	167	0	0
Kostenumlagen	12.296	1.724	1.852	183	8.903
Übrige	580	352	10	490	708
Steuern	1	0	1	0	0
Insgesamt	13.044	2.076	2.030	673	9.611

Die anderen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen eine Rückstellung für den zu erwartenden Sonderbeitrag an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) und im Übrigen Kostenumlagen der Aufsichtsämter.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat am 15.03.2005 den Entschädigungsfall bei der Phoenix Kapitaldienst GmbH festgestellt. Im Rahmen des Entschädigungsverfahrens prüft die Entschädigungseinrichtung für Wertpapierhandelsunternehmen (EdW), ob und in welcher Höhe den Anlegern Entschädigungsansprüche zustehen. Gem. § 4 Abs. 2 Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EAEG) beträgt die Höhe der Entschädigung jedes Anlegers 90% seiner Forderungen aus Wertpapiergeschäften, maximal € 20.000,00. Die Mittel der EdW haben die Mitglieder durch Jahresbeiträge und ggfs. Sonderbeiträge zu erbringen (§ 8 EAEG).

Am 19.04.2007 haben die Gläubiger der Phoenix Kapitaldienst GmbH den vom Insolvenzverwalter vorgeschlagenen Insolvenzplan mehrheitlich angenommen. Der Insolvenzplan regelt die Modalitäten für die Verteilung der vorhandenen Insolvenzmasse in Höhe von € 230 Mio. Mit dem Plan sollten zunächst € 200 Mio. ausgeschüttet werden (Insolvenzquote von 30%). Das Landgericht Frankfurt/Main hat mit Beschluss vom 29.10.2007 der Beschwerde eines Großgläubigers gegen den Insolvenzplan in erster Instanz stattgegeben. Der Insolvenzverwalter hat hiergegen Rechtsmittel angekündigt.

In seiner Beschwerde macht der Großgläubiger geltend, dass ein Großteil der Insolvenzmasse (rd. €162 Mio. von insgesamt rd. €230 Mio.) Treuhandvermögen darstelle und daher nicht gemäß dem beschlossenen Insolvenzplan an die Anleger zu verteilen sondern direkt an die somit aussonderungsberechtigten Anleger auszuzahlen sei. Solange die Aussonderungsproblematik nicht geklärt ist, ist es auch laut Aussage der EdW nicht möglich, eine konkrete Berechnung der Entschädigungsansprüche aller Anleger vorzunehmen.

Zur Finanzierung von geplanten Teilentschädigungen von Anlegern hat die EdW Mitte Dezember 2007 Sonderbeitragsbescheide an ihre Mitglieder versandt. Ausweislich der Darstellung im Sonderbeitragsbescheid hat die EdW im Verfahrensabschnitt 2008 einen voraussichtlichen Finanzbedarf von €28,7 Mio. Die Konzernunternehmen haben gegen den Sonderbeitrag fristgerecht Widerspruch eingelegt, den Sonderbeitrag jedoch als Verbindlichkeit im Jahresabschluss 2007 berücksichtigt und die bestehende Rückstellung entsprechend verbraucht.

Die Höhe des Finanzbedarfs für spätere Abschnitte im Entschädigungsverfahren hängt nach Angaben der EdW insbesondere von der tatsächlichen Entschädigungshöhe, der Dauer der Anspruchsbearbeitung sowie möglicher Gerichtsentscheidungen zu Aussonderungsansprüchen der Anleger gegen den Insolvenzverwalter und Schadensersatzansprüchen der EdW gegen Dritte ab.

Aus heutiger Sicht wird seitens der Baader Wertpapierhandelsbank AG weiterhin von einer von der EdW aufzubringenden Entschädigungsleistung von ca. € 180 - 200 Mio. ausgegangen. Für das Risiko aus der weiteren Inanspruchnahme im Entschädigungsverfahren aber auch entsprechend dem Verhältnis der Höhe des Sonderbescheids zur aufzubringenden Entschädigungsleistung hat die Baader Wertpapierhandelsbank AG ihre im Vorjahr auf Basis der seinerzeit vorliegenden Erkenntnisse gebildete Rückstellung im Konzernabschluss 2007 neu bewertet und auf T€8.833 zurückgeführt.

(42) Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von € 2.560.172,93 sind tatsächliche Steuerverpflichtungen der Konzernunternehmen, für die noch kein rechtskräftiger Steuerbescheid ergangen ist.

(43) Sonstige Passiva

In den Sonstigen Passiva in Höhe von € 12.722.979,86 (Vorjahr: T€ 11.550) sind im Wesentlichen noch ausstehende Rechnungen und abgegrenzte Verbindlichkeiten (T€11.079) und noch abzuführende Gehaltsabzüge (T€1.085) erfasst.

(44) Passive latente Steuern

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögensgegenstände und Schulden in der Konzernbilanz nach IAS/IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar.

Passive Steuerabgrenzungen wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet:

	31.12.2007	31.12.2006
Handelsaktiva	959.180,85	1.669.963,02
Wertpapiere der Kategorie Available-for-Sale Bestände	14.715,27	1.309.139,49
Immaterielle Anlagewerte	758.842,99	857.724,94
Insgesamt	1.732.739,11	3.836.827,45

Die Veränderung der passiven latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede in der Kategorie Available-for-Sale Bestände in Höhe von € 1.294.424,22 wird erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital erfasst. Die Auflösung von passiven latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede in den Handelsaktiva in Höhe von insgesamt €710.782,17 wurde als Ertragsteueraufwand im Periodenergebnis erfasst.

Passive latente Steuern im Zusammenhang mit Immateriellen Anlagewerten sind im Rahmen des Unternehmenserwerbs und der Kaufpreisallokation der CCPM entstanden. Sie betreffen die als immaterielle Anlagewerte identifizierten Handelsstrategien und werden entsprechend der Nutzungsdauer der Vermögenswerte zu Gunsten der Ertragsteuern aufgelöst.

(45) Eigenkapital

	31.12.2007 €	31.12.2006 €
a) Gezeichnetes Kapital	45.502.738,00	45.493.404,00
b) Kapitalrücklage	60.903.955,41	60.977.655,15
c) Gewinnrücklagen	23.570.000,00	8.000.000,00
d) Neubewertungsrücklage	1.227.280,69	6.125.477,95
e) Rücklage aus Währungsumrechnung	-9.669,76	-736,70
f) Konzerngewinn	32.761.903,53	30.667.902,22
Gesamt vor Fremdanteilen	163.956.207,87	151.263.702,62
Anteile im Fremdbesitz	1.408.200,85	1.362.441,73
Eigenkapital	165.364.408,72	152.626.144,35

a) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) bestand am 31.12.2007 in Höhe von €45.908.682,00 aus 45.908.682 Stück Inhaber-Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien).

	Stückzahl
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien 01.01.2006	45.493.404
Zuzüglich: Eigene Aktien im Bestand am 31.12. des Vorjahres	415.278
Anzahl der ausgegebenen Aktien am 31.12.2006	45.908.682
Abzüglich: Eigene Aktien im Bestand am Bilanzstichtag	405.944
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien 31.12.2007	45.502.738

Vor Verrechnung der im Eigenbestand befindlichen eigenen Aktien beläuft sich das Gezeichnete Kapital auf €45.908.682,00. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Baader Wertpapierhandelsbank AG nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Der Wert der ausgegebenen, im Umlauf befindlichen und genehmigten Aktien ergibt sich wie folgt:

	31.12.2007		31.12.2006	
	T€	Stückzahl	T€	Stückzahl
Ausgegebene Aktien	45.909	45.908.682	45.909	45.908.682
./. Eigene Aktien im Bestand	406	405.944	415	415.278
= im Umlauf befindlichen Aktien (Gezeichnetes Kapital)	45.503	45.502.738	45.494	45.493.404
+ noch nicht ausgegebene Aktien aus genehmigtem Kapital	22.954	22.954.341	11.477	11.477.170
Gesamt	68.457	68.457.079	56.971	56.970.574

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26.06.2007 wurde die Baader Wertpapierhandelsbank AG gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, - zunächst bis zum 25.12.2008 befristet - zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen, die den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10% übersteigen oder unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien 5% des Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen.

Weiterhin wurde die Gesellschaft gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG mit Beschluss der Hauptversammlung vom 26.06.2007 ermächtigt, Aktien der Gesellschaft zu erwerben, insbesondere um sie Dritten im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Unternehmensbeteiligungen oder Vermögensgegenständen - auch durch Aktientausch - sowie bei Unternehmenszusammenschlüssen anbieten zu können; Aktien den Berechtigten aus den Aktienoptionsplänen 1999, 2004 und 2006 der Baader Wertpapierhandelsbank AG

gemäß der Ermächtigungen der Hauptversammlungen vom 18.06.1999, 14.07.2004 und 19.07.2006 zum Bezug anzubieten oder sie einzuziehen.

Die Ermächtigung ist auf den Erwerb von eigenen Aktien mit einem Anteil am Grundkapital von insgesamt bis zu zehn vom Hundert beschränkt. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer der genannten Zwecke ausgeübt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 25.12.2008. Der Erwerb erfolgt über die Börse. Der von der Baader Wertpapierhandelsbank AG gezahlte Gegenwert je Aktie darf den Mittelwert der Schlusskurse für die Stückaktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten 5 Handelstage vor dem Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) um nicht mehr als 5% überschreiten.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, Dritten beim Erwerb von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Unternehmensbeteiligungen oder Vermögensgegenständen - auch durch Aktientausch - sowie bei Unternehmenszusammenschlüssen anzubieten.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien der Gesellschaft, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben wurden, im Rahmen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionspläne 1999, 2004 und 2006 Inhabern von Optionen zum Erwerb anzubieten.

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf diese eigenen Aktien wird insoweit ausgeschlossen, wie diese Aktien gemäß der vorstehend genannten Ermächtigungen verwandt werden. Der Vorstand wird weiterhin ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG einzuziehen, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Ermächtigung zur Einziehung kann ganz oder in Teilen ausgeübt werden.

Durch Beschluss der Hauptversammlung am 26.06.2007 wurden die Beschlüsse gem. § 71 Abs. 1 Nr. 7 und Nr. 8 AktG vom 19.07.2006 aufgehoben und die Ermächtigungen gem. § 71 Abs. 1 Nr. 7 und Nr. 8 AktG bis zum 25.12.2008 erteilt.

b) Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage ist der Mehrerlös (Agio) enthalten, der bei der Ausgabe von Aktien erzielt wird. Bei einem Rückkauf von eigenen Aktien wird der Differenzbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Nennbetrag mit den Kapitalrücklagen verrechnet. Sind die Gewinnrücklagen aufgebraucht, nimmt die Kapitalrücklage sämtliche erfolgswirksamen Konsolidierungsmaßnahmen auf.

c) Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen bestehen aus anderen Gewinnrücklagen in Höhe von T€ 23.570 (Vorjahr: T€ 8.000). Die Zuführung beruht auf dem Hauptversammlungsbeschluss vom 26.06.2007.

d) Neubewertungsrücklage

In der Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung von Available-for-Sale Beständen, der sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Instrumenten zusammensetzt, zum Marktwert (Fair Value) nach Berücksichtigung latenter Steuern eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne und Verluste erfolgt erst, wenn die Vermögenswerte veräußert bzw. abgeschrieben worden sind.

Außerdem in die Neubewertungsrücklage eingestellt wurde die verbleibende Differenz aus der Kapitalkonsolidierung der Baader Heins & Seitz Capital Management AG, da es beim sukzessiven Unternehmenserwerb zu einer vollständigen Aufdeckung stiller Reserven auch zwischen den einzelnen Erwerbstranchen kommt.

	2007 T€	2006 T€
Bewertung Available-for-Sale Bestände	1.071	7.230
Latente Steuern aus Bewertung Available-for-Sale Bestände	-12	-1.273
Kapitalkonsolidierung sukzessiver Erwerb	168	168
Insgesamt	1.227	6.125

Der Rückgang der Neubewertungsrücklage ist hinsichtlich der Available-for-Sale Bestände zum einen auf Verkäufe von Wertpapieren (T€ 1.600), zum anderen auf nicht realisierte Kursveränderungen (T€4.618) zurückzuführen.

e) Rücklage für Währungsumrechnung

Die Rücklage aus der Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von ausländischen Tochterunternehmen, die nicht in der Berichtswährung bilanzieren.

f) Konzerngewinn

Der Konzerngewinn setzt sich zusammen aus dem Jahresüberschuss nach dem konzernfremden Gesellschaftern zustehendem Ergebnis und dem Gewinnvortrag aus vorangegangenen Geschäftsjahren. Ein Teil des Konzerngewinns soll auch für das Geschäftsjahr 2007 an die Aktionäre ausgeschüttet werden. Ausschüttungsbemessungsgrundlage ist nach wie vor das Ergebnis nach Steuern des HGB-Einzelabschlusses der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Der Hauptversammlung am 26.06.2008 soll die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von €0,25 je Aktie vorgeschlagen werden. Bei der derzeit im Umlauf befindlichen Anzahl von Stück 45.502.738 Aktien ergibt sich eine Ausschüttungssumme von T€11.376. Im Vorjahr wurde eine Dividende in Höhe von €0,25 je Aktie ausgeschüttet. Ein Betrag in Höhe von T€21.000 soll in die Gewinnrücklagen eingestellt werden. Der verbleibende Bilanzgewinn wird auf neue Rechnung vorgetragen.

(46) Bedingtes Kapital

Das bedingte Kapital ist für die Ausgabe neuer Stückaktien zur Bedienung der Aktienoptionspläne und für die Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen oder Optionsscheinen aus Teilschuldverschreibungen vorgesehen.

Entwicklung des bedingten Kapitals:

	T€	Bedingtes Kapital 01.01.2007	Zugänge	Verfall/ Verbrauch/ Korrektur	Bedingtes Kapital 31.12.2007
Ausgabe von Stückaktien		1.800	1.600	0	3.400
Wandelschuldverschreibungen/ Optionsscheine aus Teilschuldverschreibungen		20.000	0	-10.000	10.000
Insgesamt		21.800	1.600	-10.000	13.400

In der Hauptversammlung vom 19.07.2006 war eine bedingte Kapitalerhöhung um bis zu nominal € 1.200.000,00 beschlossen worden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur durch Ausgabe von bis zu 1.200.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionsrechten, die im Rahmen des Aktienoptionsplanes 1999 der Baader Wertpapierhandelsbank AG aufgrund der am 18.06.1999 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionsrechten Gebrauch machen (Bedingtes Kapital 1999).

In der Hauptversammlung vom 19.07.2006 war eine weitere bedingte Kapitalerhöhung um bis zu € 600.000,00 beschlossen worden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur durch Ausgabe von bis zu 600.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionen, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 2004 der Baader Wertpapierhandelsbank AG aufgrund der am 14.07.2004 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionen Gebrauch machen (Bedingtes Kapital 2004).

Das Grundkapital ist weiterhin durch Beschluss der Hauptversammlung vom 19.07.2006 um bis zu nominal € 1.600.000,00 bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur durch Ausgabe von bis zu 1.600.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionen, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 2006 der Baader Wertpapierhandelsbank AG aufgrund der am 19.07.2006 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionen Gebrauch machen (Bedingtes Kapital 2006). Da mit diesem Beschluss die 10%-Grenze des § 192 Abs. 3 AktG überschritten wurde, war er gem. § 192 Abs. 4 AktG nichtig und wurde nicht zur Eintragung im Handelsregister angemeldet.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 19.07.2006 wurde das Grundkapital um bis zu € 20.000.000,00 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 20.000.000 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien (Bedingtes Kapital 2005). Das bedingte Kapital dient der Gewährung von Rechten an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen und/oder aus Optionsscheinen aus Teilschuldverschreibungen, die gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 29.06.2005 bis zum 28.06.2010 von der Baader Wertpapierhandelsbank AG oder durch eine Gesellschaft begeben werden, an der die Baader Wertpapierhandelsbank AG unmittelbar oder mittelbar mit Mehrheit beteiligt ist. Die

Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem jeweils festzulegenden Wandel- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie von diesen Rechten Gebrauch gemacht wurde. Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandel- bzw. Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der bedingten Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzusetzen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Fassung des § 4 der Satzung entsprechend der jeweiligen Ausnutzung des bedingten Kapitals anzupassen.

In der Hauptversammlung am 26.06.2007 wurde das in der Hauptversammlung vom 19.07.2006 kraft Gesetzes erhöhte bedingte Kapital 2005 in Höhe von bis zu €20.000.000,00 angepasst und auf bis zu €10.000.000,00 reduziert (Bedingtes Kapital 2005). Das Kapital der Gesellschaft wurde demnach auf bis zu € 10.000.000,00 erhöht durch Ausgabe von bis zu 10.000.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien. Das bedingte Kapital dient der Gewährung von Rechten an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen und/oder aus Optionsscheinen aus Teilschuldverschreibungen, die gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 29.06.2005 und vom 26.06.2007 bis zum 25.06.2012 von der Baader Wertpapierhandelsbank AG oder durch eine Gesellschaft begeben werden, an der die Baader Wertpapierhandelsbank AG unmittelbar oder mittelbar mit Mehrheit beteiligt ist. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem jeweils festzulegenden Wandel- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird. Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandel- bzw. Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der bedingten Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzusetzen.

Darüber hinaus wurde ein neues Bedingtes Kapital 2007 geschaffen und das Grundkapital durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26.06.2007 um bis zu nominal €1.600.000,00 bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur durch Ausgabe von bis zu 1.600.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionen, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 2006 der Baader Wertpapierhandelsbank AG aufgrund der am 19.07.2006 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionen Gebrauch machen (Bedingtes Kapital 2007).

(47) Genehmigtes Kapital

Datum der Beschlussfassung	Ursprünglicher Betrag	In Vorjahren für Kapitalerhöhungen verbraucht	2007 für Kapitalerhöhungen verbraucht	Befristung ausgelaufen	Verbleibender Betrag	Befristung
10.07.2002	2.295	0	0	2.295	0	09.07.2007
10.07.2002	9.182	0	0	9.182	0	09.07.2007
26.06.2007	22.954	0	0	0	22.954	25.06.2012
Gesamt	34.431	0	0	11.477	22.954	

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 10.07.2002 ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 09.07.2007 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaberaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen um bis zu €2.295.434,00 zu erhöhen. Mit Zustimmung des Aufsichtsrates ist ein Ausschluss

des Bezugsrechtes bei einer Barkapitalerhöhung ganz oder teilweise zulässig, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Ausstattung zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (Genehmigtes Kapital I). Sofern der Vorstand von der Ermächtigung zu diesem Bezugsrechtsausschluss keinen Gebrauch macht, kann er das Bezugsrecht der Aktionäre – mit Zustimmung des Aufsichtsrates – nur ausschließen, um etwaige Spitzenbeträge auszugleichen.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 10.07.2002 ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 09.07.2007 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaberaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen um bis zu € 9.181.736,00 zu erhöhen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates über den Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre zu entscheiden und die weiteren Einzelheiten der jeweiligen Kapitalerhöhung sowie die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen. Ein Ausschluss des Bezugsrechtes ist nur im Rahmen einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Erwerb von Beteiligungen, Unternehmen oder Vermögensgegenständen – auch durch Aktientausch – sowie bei Unternehmenszusammenschlüssen sowie zur Vermeidung von Spitzenbeträgen zulässig (Genehmigtes Kapital II).

Die Beschlüsse über das genehmigte Kapital I und das genehmigte Kapital II wurden von der Hauptversammlung am 26.06.2007 aufgehoben. Es wurde ein neues genehmigtes Kapital 2007 geschaffen. Danach wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 25.06.2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaberaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen um bis zu € 22.954.341,00 zu erhöhen. Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Mit Zustimmung des Aufsichtsrats kann jedoch der Vorstand a) Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht ausnehmen; b) das Bezugsrecht der Aktionäre ausschließen, um die neuen Aktien gegen Bareinlagen zu einem Ausgabebetrag auszugeben, der den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (§ 186 Abs. 3 Satz 4 AktG), wobei der Bezugsrechtsausschluss nur Aktien erfassen darf, deren rechnerischer Wert 10% des Grundkapitals nicht übersteigt; c) das Bezugsrecht der Aktionäre ausschließen, um die Aktien gegen Sacheinlagen zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen oder Unternehmensteilen oder Vermögensgegenständen - auch durch Aktientausch - sowie bei Unternehmenszusammenschlüssen auszugeben (Genehmigtes Kapital 2007).

(48) Fremdwährungsvolumina

Am Bilanzstichtag wurden im Konzern folgende Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in fremder Währung bilanziert:

	2007 T€	2006 T€
Forderungen an Kreditinstitute	10.803	2.213
Forderungen an Kunden	568	55
Handelsaktiva	0	23
Available-for-Sale Bestände / at Equity bewertete Unternehmen	6.995	396
Andere Bilanzposten	4.990	54
Fremdwahrungsaktiva	23.356	2.741
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.389	1.244
Handelspassiva	0	22
Andere Bilanzposten	401	405
Fremdwahrungspassiva	6.790	1.674

(49) Derivative Geschäfte

Derivative Finanzgeschäfte wurden sowohl zu Handelszwecken als auch zu Absicherungszwecken getätigt. Es handelt sich bis auf eine Ausnahme um börsengehandelte Aktienoptionen und Futures.

	Marktwert 31.12.2007		Marktwert 31.12.2006	
	positiv	negativ	positiv	negativ
Für Handelszwecke benutzte derivative Finanzinstrumente	10.130,50	0,00	22.968,87	34.541,97
Als Sicherungsinstrumente eingesetzte Derivate für Cash Flow Hedge Accounting	0,00	0,00	28.510,00	0,00
Insgesamt	10.130,50	0,00	51.478,87	34.541,97

Bei derivativen Geschäften zu Absicherungszwecken werden vereinnahmte und gezahlte Optionsprämien als Handelsaktiva bilanziert und mit ihrem Nennbetrag bewertet. Marginverpflichtungen und -forderungen aus Futuregeschaften werden ebenfalls als Handelsaktiva bilanziert und zum Nennbetrag bewertet. Der Anspruch oder die Verpflichtungen gegenüber einem Dritten aus einem Indexswap wird als Forderungen an bzw. Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen und wird auf Basis des zum Bilanzstichtag ermittelten Indexwertes bewertet. Ferner wird der Anspruch oder die Verpflichtung aus dem Indexswap durch ein eigenes Referenz-Portfolio abgesichert, so dass hierdurch eine geschlossene Bewertungseinheit (Cash-Flow Hedge) besteht.

ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DES KONZERNS

(50) Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007	31.12.2006
Zinserträge aus	2.833.090,85	1.429.212,06
- Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.813.449,48	1.429.212,06
- festverzinslichen Wertpapieren	19.641,37	0,00
Zinsaufwendungen	-1.147.102,10	-877.769,04
Insgesamt	1.685.988,75	551.443,02

Die Zinsaufwendungen setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Zinsaufwendungen für Darlehen in Höhe von € 525.622,03 und Zinsaufwendungen für Kundengelder in Höhe von € 467.626,31.

(51) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge für das stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

	31.12.2007	31.12.2006
Zuführungen zur Risikovorsorge	0,00	-62.185,55
Auflösungen	200,00	0,00
Direktabschreibungen	-0,48	0,00
Insgesamt	199,52	-62.185,55

(52) Provisionsüberschuss

	31.12.2007	31.12.2006
Provisionserträge	62.848.030,33	51.134.818,00
- Courtageerträge	45.723.084,52	39.133.439,99
- Orderrouting	6.746.999,38	5.857.812,86
- Kapitalmarktdienstleistungen	3.024.095,63	2.008.533,63
- Vermittlung Schuldscheindarlehen	1.947.342,74	1.709.374,83
- Vermittlungsprovisionen	1.699.887,37	1.624.907,18
- Management- und Performance Fee	3.591.834,56	348.615,95
- Sonstige Provisionserträge	114.786,13	452.133,56
Provisionsaufwendungen	-16.310.905,56	-14.289.221,18
- Courtageaufwendungen	-1.983.016,36	-1.782.428,09
- Orderrouting	-1.934.566,50	-2.190.910,15
- Kapitalmarktdienstleistungen	-8.352,73	-31.050,00
- Vermittlung Schuldscheindarlehen	-75.630,31	-170.398,63
- Vermittlungsprovisionen	-498.785,31	0,00
- Management- und Performance Fee	-1.676.440,39	0,00
- Abwicklungsgebühren	-9.216.635,83	-9.038.796,09
- Sonstige Provisionsaufwendungen	-917.478,13	-1.075.638,22
Insgesamt	46.537.124,77	36.845.596,82

(53) Handelsergebnis

Das Handelsergebnis spiegelt das Ergebnis aus dem Handel mit Wertpapieren und derivativen Finanzinstrumenten wider. Alle Finanzinstrumente des Handelsbestands werden mit dem Marktwert (Fair Value) bewertet. Zur Bewertung börsennotierter Produkte verwenden wir Börsenkurse, für nicht börsengehandelte Handelsgeschäfte liegen der Bestimmung des Zeitwerts interne Preismodelle zugrunde. Im Handelsergebnis sind, neben den aus Handelsaktivitäten entstandenen realisierten und unrealisierten Ergebnissen, auch die auf diese Geschäfte entfallenden Zins- und Dividendenerträge sowie Refinanzierungskosten enthalten.

	31.12.2007	31.12.2006
Effektenhandel	52.108.836,09	49.712.904,24
- Zinsen und Dividenden	1.131.716,44	696.530,55
- Wertpapiere	31.677.179,72	27.462.734,64
- Optionen und Futures	-38.216,10	57.191,87
- Kursdifferenzen	19.338.156,03	21.496.447,18
Devisen	-89.685,67	7.704,62
- Umrechnungsdifferenzen aus Fremdwährungstransaktionen	-16.162,29	12.638,40
- sonstige	-73.523,38	-4.933,78
Insgesamt	52.019.150,42	49.720.608,86

(54) Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen

Im Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus dem zur Veräußerung verfügbaren Wertpapierbestand und Beteiligungen ausgewiesen.

	31.12.2007	31.12.2006
Zins- und Dividendenerträge	1.427.106,84	549.326,68
- festverzinsliche Wertpapiere	112.446,81	171.268,11
- Aktien / andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	125.631,47	21.220,48
- Beteiligungen	1.189.028,56	356.838,09
Gewinn / Verlust aus dem Verkauf von Available-for-Sale Beständen	2.494.747,68	5.457.809,41
- Aktien / andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.494.747,68	5.457.809,41
- Beteiligungen	0,00	0,00
Wertberichtigungen	-34.476,15	-1.000,00
- Abschreibungen	-34.476,15	-1.000,00
Insgesamt	3.887.378,37	6.006.136,09

(55) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

	31.12.2007	31.12.2006
Ergebnisanteil	3.789.928,36	6.248.211,33
Abschreibung Firmenwert	0,00	0,00
Insgesamt	3.789.928,36	6.248.211,33

Die Position Ergebnisanteil setzt sich zusammen aus vereinnahmten Dividenden und anteiligem Ergebnis der Unternehmen Parsoli (T€261) und Gulf Baader Capital Markets (T€ 346), aus der Zuschreibung auf den Wert des anteiligen Eigenkapitals der SPAG einschließlich des anteiligen Ergebnisses per 31.05.2007 (T€ 1.351), dem Verkauf von Unternehmensanteilen an der Parsoli Corporation Ltd. (T€ 1.349) und den anteiligen Gewinnen aus den Sondervermögen (T€483).

Im Segmentbericht wird das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in der Konsolidierungsspalte ausgewiesen.

(56) Verwaltungsaufwand

	31.12.2007	31.12.2006
Personalaufwand	-44.656.692,48	-37.699.767,18
- Löhne und Gehälter	-40.263.940,75	-33.626.516,61
- Soziale Abgaben	-2.805.228,20	-2.573.982,56
- Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.587.523,53	-1.499.268,01
Andere Verwaltungsaufwendungen	-23.938.517,31	-18.712.909,36
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-7.031.735,72	-6.744.325,46
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	-379.004,14	-386.554,79
- Immobilien	-855.647,81	-852.449,70
- Immaterielle Anlagewerte	-5.797.083,77	-5.505.320,97
Insgesamt	-75.626.945,51	-63.157.002,00

In der Position Löhne und Gehälter sind variable Gehaltsbestandteile in Höhe von T€20.679 (Vorjahr: T€16.367) enthalten. Die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Dotierung der Pensionsrückstellungen (T€1.396) sowie die Aufwendungen aus beitragsorientierten Zusagen (T€44) sind in den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung enthalten.

(57) Sonstiges Ergebnis

	31.12.2007	31.12.2006
Sonstige betriebliche Erträge	4.067.328,67	2.042.437,86
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.135.791,19	-12.678.550,15
Insgesamt	2.931.537,48	-10.636.112,29

Die Sonstigen betrieblichen Erträge umfassen Posten, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 2.169), aus der Verrechnung von geldwerten Vorteilen aus der privaten Nutzung von Firmenwagen und der Gewährung von Aktienoptionen (T€902), periodenfremde Erträge (T€323), Mieterträge (T€139) und Erträge aus Sponsoring (T€237). Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen bestimmen sich mehrheitlich durch die anteilige Auflösung der Rückstellung für die möglich Inanspruchnahme durch die EdW. Eine ausführliche Darstellung Neubeurteilung des Sachverhalts zum 31.12.2007 findet sich in Note 41.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen nehmen ebenfalls Posten auf, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können. Sie betreffen vor allem periodenfremde Aufwendungen (T€627).

(58) Ertragsteuern auf das Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit

Die Ertragsteuern teilten sich für das abgelaufene Geschäftsjahr wie folgt auf:

	31.12.2007	31.12.2006
Laufende Ertragsteuern	-5.209.224,16	-3.712.915,38
Erstattung Körperschaftsteuerguthaben	313.197,07	11.608.564,08
Latente Steuern	-1.355.532,50	-2.760.065,02
Insgesamt	-6.251.559,59	5.135.583,68

In den latenten Steuern der aktiven Steuerabgrenzungen sind Steueraufwendungen aus der Auflösung von aktivierten Vorteilen aus steuerlichen Verlustvorträgen in Höhe von T€2.286 enthalten, die im Geschäftsjahr genutzt werden konnten (vgl. Note 37).

	31.12.2007	31.12.2006
Aktive latente Steuern	-2.162.752,53	-2.408.707,98
Passive latente Steuern	807.220,03	-351.357,04
Insgesamt	-1.355.532,50	-2.760.065,02

Die latenten Steuern werden im Geschäftsjahr 2007 mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen gerechnet.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sowie den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag im Geschäftsjahr. Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte, anzuwendende Konzernertragsteuersatz entspricht dem Ertragsteuersatz der Konzern-Mutter.

	31.12.2007 T€	31.12.2006 T€
Jahresergebnis vor Ertragsteuern nach IAS/IFRS	35.224	25.517
Konzernertragsteuersatz (%)	38,11%	38,53%
Rechnerischer Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	13.424	9.832
Auswirkungen nicht abziehbarer Betriebsausgaben und steuerfreier Erträge	-2.114	-593
Auswirkungen Verlustvorträge	-6.998	-5.241
Auflösung Latente Steuern auf Verlustvorträge	2.286	2.541
Aktivierung Körperschaftsteuerguthaben	-313	-11.608
Auswirkungen von im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	175	96
Auswirkungen aufgrund von Steuersatzänderungen	-205	0
Sonstige Auswirkungen	-4	-163
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.251	-5.136

(59) Ergebnis je Aktie

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie ermittelt sich nach IAS 33, indem das Jahresergebnis nach Steuern, abzüglich des auf konzernfremde Gesellschafter entfallenden Ergebnisanteiles, (Zähler) durch die gewichtete Anzahl der sich während des Berichtsjahres durchschnittlich im Umlauf befindlichen Zahl der Stammaktien (Nenner) dividiert wird.

	2007	2006
Jahresergebnis	29.029.567,11	30.571.771,54
Gewichtete durchschnittliche Anzahl umlaufender Aktien	45.440.199	45.357.287
Ergebnis je Aktie	0,64	0,67

Das verwässerte Ergebnis je Aktie beträgt €0,63 und wird beeinflusst durch die ausübbar, sich „im Geld“ befindlichen, Aktienoptionen (vgl. Note 24), die in die Berechnung der gewichteten durchschnittlichen Anzahl umlaufender Aktien für des verwässerten Ergebnisses je Aktie einfließen.

Es bestehen genehmigte Kapitalien in Höhe von insgesamt € 22.954.341,00 für die das Bezugsrecht der Aktionäre gem. § 203 Abs. 2 AktG ausgeschlossen werden kann (vgl. Note 47). Dieses genehmigte Kapital ist nicht in die Berechnung des verwässerten Ergebnisses eingegangen, da es keinen verwässernden Einfluss in der gegenwärtigen Periode hat.

Da für die Bedienung der Mitarbeiteroptionspläne nach Wahl der Gesellschaft eigene Aktien gewährt werden können, ergeben sich aus den bedingten Kapitalerhöhungen (vgl. Note 46) keine Verwässerungseffekte. Dies gilt auch für die bedingte Kapitalerhöhung durch Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen, da von der Ermächtigung noch kein Gebrauch gemacht wurde.

Das Jahresergebnis unterliegt keinem Verwässerungseffekt.

(60) Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung des Konzernabschlusses zum 31.12.2007 der Baader Wertpapierhandelsbank AG wird nach Geschäftsbereichen (business segments) dargestellt. Als primäre Geschäftsbereiche des Konzerns lassen sich vier unterschiedliche Teilaktivitäten voneinander abgrenzen: Skontroführung und Eigenhandel, Vermittlungsgeschäft, Kapitalmarktdienstleistungen und Finanzportfolioverwaltung. In der Spalte „Sonstiges / Konsolidierung“ werden neben Bewegungen, die keinen direkten Bezug zu den vier primären Segmenten haben, bzw. nicht auf deren operative Geschäftstätigkeit entfallen, auch konsolidierungspflichtige Erträge und Aufwendungen des Konzerns ausgewiesen.

Der Geschäftsbereich Skontroführung und Eigenhandel stellt sich folgendermaßen dar: Der Konzern betreut zum Bilanzstichtag 31.12.2007 als Skontroführer 12.891 vorwiegend ausländische Aktienskonten, 9.307 Skonten in Renten und Genussscheinen, 183.047 Skonten für Optionsscheine, Zertifikate und ETFs sowie 1.183 Skonten für Fonds. Aufgabe des Skontroführers ist es, für das betreute Wertpapier Börsenpreise festzustellen und gegebenenfalls durch Selbsteintritt (Eigenhandel) für zusätzliche Liquidität zu sorgen.

Im Bereich Vermittlungsgeschäft tritt der Konzern als Makler zwischen in- und ausländischen Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten für alle an einer deutschen Börse notierten Wertpapiere auf. Des Weiteren wird über die Baader Service Bank GmbH institutionellen und privaten Anlegern auch über elektronische Systeme der Zugang zu in- und ausländischen Börsenplätzen ermöglicht. Schwerpunkt ist hier der Handel von börsengehandelten Derivaten. Die Baader Heins & Seitz Capital Management AG vermittelt Schuldscheindarlehen zwischen institutionellen Investoren. Für ihre Vermittlungstätigkeit bzw. Dienstleistung erhält die jeweilige Gesellschaft Provisionen. Die Geschäftsabwicklung erfolgt ausschließlich über Kreditinstitute.

Im Rahmen der Kapitalmarktdienstleistungen platziert der Konzern im eigenen Namen und für eigene Rechnung Wertpapiere an Kreditinstitute, teilweise unter Einschaltung eines Übernahmekonsortiums. Zusätzlich bietet die Baader Wertpapierhandelsbank AG Unternehmen Dienstleistungen und Beratung in allen Bereichen des Kapitalmarkts sowie bei der Durchführung von Kapitalmaßnahmen an. Das früher aktiv betriebene Beteiligungsgeschäft wird im Baader-Konzern nicht mehr verfolgt. Noch bestehende Engagements in börslichen und außerbörslichen Kapitalgesellschaften aus dem In- und Ausland werden im Segment Kapitalmarktdienstleistungen bis zur Veräußerung wertsteigernd betreut.

Die Finanzportfolioverwaltung umfasst die Verwaltung einzelner in Finanzinstrumenten angelegter Vermögen für andere mit Entscheidungsspielraum. Die Baader Service Bank GmbH bietet Dienstleistungen in Funktion als Investment Manager für Alternative Investments an. Ebenso in diesem Geschäftsfeld enthalten ist die Geschäftstätigkeit der Conservative Concept Portfolio Management AG und der Conservative Concept AG, deren Schwerpunkt auf der Konzeption und Umsetzung von alternativen Anlagestrategien liegt und auf den Einsatz von Futures und Optionen in Form von Single Hedgefonds, Managed Accounts und Zertifikate spezialisiert sind.

Aufgliederung nach Unternehmensbereichen

Geschäftsjahr 2007	Skontroführung und Eigenhandel	Vermittlungs- geschäft	Kapitalmarkt- dienst- leistungen	Finanzport- folioverwal- tung	Sonstiges/Kon- solidierung	Konzern
Zinsergebnis	420.304,10	1.151.599,36	59.998,62	54.086,67	0,00	1.685.988,75
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	0,00	199,52	0,00	0,00	0,00	199,52
Zinsergebnis nach Risikovorsorge	420.304,10	1.151.798,88	59.998,62	54.086,67	0,00	1.686.188,27
Provisionsergebnis	33.115.178,68	6.870.856,78	3.029.147,47	3.583.492,25	-61.550,41	46.537.124,77
Handelsergebnis	43.943.202,01	8.500.498,37	63.125,37	0,00	-487.675,33	52.019.150,42
Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen	4.961.590,05	0,00	1.619.731,10	0,00	-2.693.942,78	3.887.378,37
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	3.789.928,36	3.789.928,36
Ergebnis aus Finanzgeschäft	48.904.792,06	8.500.498,37	1.682.856,47	0,00	608.310,25	59.696.457,15
Direkt zuordenbarer Verwaltungsaufwand	-32.178.132,19	-10.533.498,29	-1.395.272,14	-2.953.591,78	394.581,48	-46.665.912,93
Sonstiges betriebliches Ergebnis	3.588.413,59	112.282,93	35.166,34	-230.672,04	-573.653,34	2.931.537,48
Ergebnis nach direkt zuordenbaren Erträgen/ Aufwendungen	53.850.556,24	6.101.938,67	3.411.896,76	453.315,10	367.687,98	64.185.394,74
Indirekt zuordenbarer Verwaltungsaufwand	-17.422.260,79	-8.061.035,06	-1.816.365,36	-1.661.371,37	0,00	-28.961.032,58
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	36.428.295,45	-1.959.096,40	1.595.531,40	-1.208.056,28	367.687,98	35.224.362,16
Segmentvermögen in T€	124.439	54.995	19.774	26.219		225.427
Segmentverbindlichkeit in T€	30.635	55.746	3.361	1.475		91.217
Risikoaktiva in T€	157.914	70.617	16.194	6.005		250.730
Allokiertes Kapital in T€	93.250	51.846	10.814	9.426		165.336
Rentabilität des allokierten Kapitals bezogen auf Gewinn vor Steuern	39,1%	-3,8%	14,8%	-12,8%		21,3%
Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte in der Berichtsperiode in T€	787	544	73	53		1.457
Planmäßige Abschreibungen auf das Segmentvermögen in T€	5.357	1.209	189	278		7.033
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	93	55	9	21	109	287

Aufgliederung nach Unternehmensbereichen (Vorjahr)

Geschäftsjahr 2006	Skontroführung und Eigenhandel	Vermittlungs- geschäft	Kapitalmarkt- dienst- leistungen	Finanzport- folioverwal- tung	Sonstiges/ Konsolidierun- g	Konzern
Zinsergebnis	-88.033,20	136.571,96	27.026,18	475.878,08	0,00	551.443,02
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	0,00	29.339,77	3.250,00	29.595,78	0,00	62.185,55
Zinsergebnis nach Risikovorsorge	-88.033,20	107.232,19	23.776,18	446.282,30	0,00	489.257,47
Provisionsergebnis	27.271.409,18	6.217.248,40	1.960.906,23	1.674.756,06	-278.723,05	36.845.596,82
Handelsergebnis	44.146.079,41	5.345.863,31	437.631,73	12.401,36	-221.366,95	49.720.608,86
Ergebnis aus Available-for-Sale Beständen	418.098,59	0,00	11.480.274,29	29.387,06	-5.921.623,85	6.006.136,09
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	6.248.211,33	6.248.211,33
Ergebnis aus Finanzgeschäft	44.564.178,00	5.345.863,31	11.917.906,02	41.788,42	105.220,53	61.974.956,28
Direkt zuordenbarer Verwaltungsaufwand	-28.827.515,11	-7.705.841,78	-1.033.681,61	-1.271.724,79	0,00	-38.838.763,29
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-10.289.663,19	-71.044,22	46.630,45	44.722,57	-366.757,90	-10.636.112,29
Ergebnis nach direkt zuordenbaren Erträgen/ Aufwendungen	32.630.375,68	3.893.457,90	12.915.537,27	935.824,56	-540.260,42	49.834.934,99
Indirekt zuordenbarer Verwaltungsaufwand	-14.609.116,84	-7.012.485,91	-1.637.594,64	-1.462.390,95	403.349,63	-24.318.238,71
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18.021.258,84	-3.119.028,01	11.277.942,63	-526.566,39	-136.910,79	25.516.696,28
Segmentvermögen in T€	110.504	49.149	35.605	15.639		210.897
Segmentverbindlichkeit in T€	35.633	47.971	4.320	2.056		89.980
Risikoaktiva in T€	130.523	34.063	25.194	7.595		197.375
Allokiertes Kapital in T€	93.675	42.368	10.510	6.074		152.626
Rentabilität des allokierten Kapitals bezogen auf Gewinn vor Steuern	19,2%	-7,4%	107,3%	-8,7%		16,7%
Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögens- werte in der Berichtsperiode in T€	1.206	643	139	2.351		4.339
Planmäßige Abschreibungen auf das Segmentvermögen in T€	5.424	1.096	139	85		6.744
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	93	48	7	10	94	252

Das im Segmentbericht ausgewiesene allokierte Kapital entspricht dem bilanziellen Konzerneigenkapital.

SONSTIGE ANGABEN

(61) Risikoberichterstattung

Bezüglich der Angaben zu Marktpreisrisiken und Kreditrisiken sowie den bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittelkennziffern verweisen wir auf die Ausführungen des Risikoberichts, welcher Bestandteil des Konzern-Lageberichts ist.

(62) Außerbilanzielle Verpflichtungen

Die außerbilanziellen Verpflichtungen enthalten potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die Kunden eingeräumt aber noch nicht in Anspruch genommen wurden. Die Inanspruchnahme dieser Verbindlichkeiten ist, wie durch die bilanzielle Behandlung bereits verdeutlicht, nicht wahrscheinlich.

	31.12.2007	31.12.2006
Eventualverbindlichkeiten		
- Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	170.000,00	170.000,00
- Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	0,00
Unwiderrufliche Kreditzusagen		
- Buchkredite an Kunden	15.196.204,98	2.315.866,96

Die Erhöhung der unwiderruflichen Kreditzusagen ist hauptsächlich auf die Erhöhung von Lombardkrediten in Höhe von T€ 6.225 sowie der Erhöhung von Krediten gegen Bankgarantien in Höhe von T€6.125 zurückzuführen.

(63) Wertpapierleihengeschäfte

Wertpapierleihengeschäfte werden mit Kreditinstituten getätigt, um dem Bedarf zur Erfüllung von Lieferverpflichtungen nachzukommen. Verliehene Wertpapiere werden in der Bilanz unter den Handelsaktiva oder unter den Available-for-Sale Beständen ausgewiesen, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert werden. Die aus Wertpapierleihengeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden, soweit sie das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen, in der Gewinn- und Verlustrechnung laufzeitgerecht im Provisionsergebnis berücksichtigt.

	31.12.2007	31.12.2006
Verliehene Wertpapiere	0,00	84.285,00
Entliehene Wertpapiere	0,00	14.087,50

(64) Treuhandgeschäfte

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Treuhandgeschäfte.

(65) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen finanzielle Verpflichtungen aus Mietverträgen für Büroräume und PKW-Stellplätze von insgesamt T€1.082 mit Restlaufzeiten zwischen 7 und 30 Monaten.

Daneben bestehen Verpflichtungen aus Kraftfahrzeugleasingverträgen und Leasingverträgen über Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von T€ 6.350 mit Restlaufzeiten zwischen 1 und 45 Monaten. Davon entfallen T€3.338 auf das Laufzeitband bis zu einem Jahr und T€3.012 auf den Zeitraum 1 Jahr bis 5 Jahre.

Aufgrund des am 21.12.2007 geschlossenen Rahmenvertrags sowie diverser Einzelverträge (Software-Lizenzvertrag, Projektvertrag, Rechenzentrumsvertrag) zur Einführung einer Kernbankensoftware bis zum 31.12.2008 besteht während der Implementierungsphase ein Bestellobligo in Höhe von € 11.681.592,16. Hinzu kommen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Dauerschuldverhältnissen aus dem Softwarepflegevertrag in Höhe von €6.785.993,09 für die Zeit von 2009 bis 2018 und aus dem Rechenzentrumsvertrag nach der Implementierung der Software in der Zeit von 2009 bis zum 30.6.2013 in Höhe von €2.570.400,00.

(66) Sicherheiten

Zum Bilanzstichtag waren im Konzern die folgenden finanziellen Vermögenswerte als Sicherheiten für Verbindlichkeiten hinterlegt oder verpfändet:

	31.12.2007	31.12.2006
Forderungen an Kreditinstitute	8.348.037,06	5.690.179,51
Handelsaktiva/Available-for-Sale Bestände/at Equity bewertete Anteile	11.398.123,12	12.205.671,15
Sonstige Vermögensgegenstände	567,48	2.862,48
Insgesamt	19.746.727,66	17.898.713,14

Die Sicherheiten wurden im Wesentlichen für die Durchführung des Wertpapierhandels, Wertpapierleihegeschäfte und Rückdeckung von Pensionsverpflichtungen gestellt.

Vom Konzernunternehmen Baader Service Bank GmbH werden Lombardkredite zum Kauf von Wertpapieren oder zur Abdeckung von Sicherheitsleistungen (Marginanforderungen) von über die Bank abgewickelten Börsentermingeschäften eingeräumt. Sie werden in der Regel für eine Laufzeit von 6 Monaten zur Verfügung gestellt. Die Lombardkredite werden durch werthaltige Sicherheiten, in der Regel durch die Verpfändung von Wertpapieren bzw. Bankgarantien, unterlegt. Der beizulegende Zeitwert der von der Baader Service Bank GmbH in Pfand genommenen Wertpapiere betrug zum 31.12.2007 €8.935.071,55.

(67) Fremdkapitalkosten

Kosten für Fremdkapital werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind.

(68) Marktwert (Fair Value) von Finanzinstrumenten

Die einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind mit ihrem Marktwert (Fair Value) bewertet. Der Marktwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem Finanzinstrumente am Bilanzstichtag zu fairen Bedingungen verkauft oder gekauft werden können. Dabei wurden, sofern Börsenkurse (zum Beispiel für Wertpapiere) vorhanden waren, diese zur Bewertung verwandt. War kein Marktpreis zu ermitteln, wurde interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern herangezogen. Für Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr wurde der Marktwert (Fair Value) aus Vereinfachungsgründen dem Bilanzwert gleichgesetzt. Zum Stichtag 31.12.2007 sind in der Bilanz keine erkennbaren stillen Reserven oder stillen Lasten enthalten.

(69) Restlaufzeitengliederung

Die nach Restlaufzeiten untergliederte Bilanz des Konzerns zum Bilanzstichtag 2007 ergibt folgendes Bild:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	ohne Ablauf	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Aktiva						
Barreserve	3.273	0	0	0	0	3.273
Forderungen an Kreditinstitute	73.316	2.022	0	0	0	75.338
Forderungen an Kunden	1.400	760	361	0	0	2.521
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	-62	0	0	0	0	-62
Handelsaktiva	44.407	2.062	1.158	0	0	47.627
Available-for-Sale Bestände	378	5.723	3.203	0	0	9.304
Anteile an at Equity bewerteten UN	22.214	0	8.104	0	7.898	38.216
Sachanlagen	0	0	0	0	20.846	20.846
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	12.513	12.513
Geschäftswerte	0	0	0	0	4.600	4.600
Ertragsteueransprüche	0	1.341	5.961	4.769	0	12.071
Sonstige Aktiva	3.474	303	961	1.430	5.083	11.251
Aktive latente Steuern	0	0	23.377	0	0	23.377
Summe Aktiva	148.400	12.211	43.125	6.199	50.940	260.875
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.270	0	12.481	0	0	19.751
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	41.430	0	0	0	0	41.430
Handelsspassiva	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	0	9.611	6.445	1.258	0	17.314
Ertragsteuerverpflichtungen	0	2.560	0	0	0	2.560
Sonstige Passiva	6.269	6.454	0	0	0	12.723
Passiva latente Steuern	1.733	0	0	0	0	1.733
Eigenkapital	0	0	0	0	165.364	165.364
Summe Passiva	56.702	18.625	18.926	1.258	165.364	260.875

Im folgenden wird die Bilanz des Konzerns zum 31.12.2006 nach Restlaufzeiten untergliedert dargestellt:

	bis 3 Monate T€	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr T€	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre T€	mehr als 5 Jahre T€	ohne Ablauf T€	Summe T€
Aktiva						
Barreserve	485	0	0	0	0	485
Forderungen an Kreditinstitute	63.439	0	0	0	0	63.439
Forderungen an Kunden	10.891	2.072	93	0	0	13.056
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	-110	0	0	0	0	-110
Handelsaktiva	45.467	2.021	1.525	0	0	49.013
Available-for-Sale Bestände	0	3.573	396	0	19.299	23.268
Anteile an at Equity bewerteten UN	0	0	0	0	11.789	11.789
Sachanlagen	0	0	0	0	21.498	21.498
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	17.412	17.412
Geschäftswerte	0	0	0	0	4.160	4.160
Ertragsteueransprüche	18	0	4.644	6.965	0	11.627
Sonstige Aktiva	3.906	0	882	1.472	116	6.376
Aktive latente Steuern	0	0	25.576	0	0	25.576
Summe Aktiva	124.096	7.666	33.116	8.437	74.274	247.589
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.423	0	13.021	0	0	26.444
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	31.999	0	0	0	0	31.999
Handelsspassiva	0	0	0	0	35	35
Rückstellungen	0	13.044	0	0	6.412	19.456
Ertragsteuerverpflichtungen	0	1.642	0	0	0	1.642
Sonstige Passiva	5.141	6.409	0	0	0	11.550
Passiva latente Steuern	1.693	1.377	361	406	0	3.837
Eigenkapital	0	0	0	0	152.626	152.626
Summe Passiva	52.256	22.472	13.382	406	159.073	247.589

(70) Honorar des Abschlussprüfers

Das Honorar des Abschlussprüfers für das Berichtsjahr ist gemäß § 315a Abs. 1 HGB zusätzlich zu den nach IAS/IFRS geltenden Vorschriften im Jahresabschluss anzugeben.

	2007 €	2006 €
Abschlussprüfung	359.442,62	418.650,00
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	253.060,44	39.440,00
Steuerberatungsleistungen	48.235,34	82.920,41
Sonstige Leistungen	49.255,00	30.044,00
Insgesamt	709.993,40	571.054,41

(71) Mitarbeiter

Im Berichtsjahr waren im Konzern der Baader Wertpapierhandelsbank AG durchschnittlich 287 Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 252 Mitarbeiter). Zum Bilanzstichtag waren 298 Mitarbeiter angestellt. Davon waren 177 Mitarbeiter in handelsbezogenen Bereichen tätig und 121 Mitarbeiter in Abteilungen der Verwaltung. Die Konzern-Belegschaft setzt sich aus 80 Arbeitnehmerinnen und 218 Arbeitnehmern zusammen, die aus 12 Nationen stammen.

(72) Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG hat am 19.07.2006 wie folgt beschlossen: „Eine Offenlegung der Bezüge und sonstigen empfangenen Leistungen jedes einzelnen Vorstandsmitglieds (§ 285 S. 1 Nr. 9 lit. A S.5 bis 9 HGB und § 314 I Nr. 6 lit. a S. 5 bis 9 HGB) erfolgt für die Geschäftsjahre 2006 bis 2010 weder im Jahres- noch im Konzernabschluss.“ Damit ist auch auf gesetzlicher Grundlage eine individualisierte Offenlegung der Vorstandsbezüge nicht mehr möglich. Daneben weisen Vorstand und Aufsichtsrat auch noch in der jährlichen Entsprechenserklärung gem. § 161 AktG darauf hin, dass eine Abweichung von der Empfehlung zur individuellen Offenlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands gem. Punkt 4.2.4. des Deutschen Corporate Governance Kodex in Zukunft nicht mehr erklärt werden muss.

Die Vergütung von Vorstandsmitgliedern umfasst neben den festen Bezügen auch variable, erfolgsabhängige Komponenten sowie Bestandteile mit langfristiger Anreizwirkung. Alle Vergütungsbestandteile werden vom Aufsichtsrat festgelegt. Im Geschäftsjahr 2007 sind nach dem Zuflussprinzip (ausgezahlt im Jahr 2007) für die Mitglieder des Vorstandes als Gesamtvergütung T€ 2.349 auszuweisen. Hierin enthalten sind T€ 129 Sachbezüge, die steuerlich als geldwerte Vorteile zu behandeln sind. Die Gesamtvergütung enthält in gegebenen Fällen auch die für das Geschäftsjahr gewährten Vergütungen für die Übernahme von Organfunktionen bei konsolidierten Tochterunternehmen (T€40). Auf Basis handels- und bilanzrechtlicher Periodenabgrenzung und unter der Voraussetzung, dass der Jahresabschluss der Baader Wertpapierhandelsbank AG für das Geschäftsjahr 2007 in der vorliegenden Form festgestellt wird, ergibt sich für das Geschäftsjahr 2007 eine variable Vergütung (Auszahlung erfolgt in 2008) in Höhe von T€2.029.

Nach dem Zuflussprinzip:

	2007 €	2006 €
Vorstand		
- fixe Vergütung	1.548.000,00	1.472.587,00
- variable Vergütung	671.787,93	257.983,24
Insgesamt	2.219.787,93	1.730.570,24

Die Mitglieder des Vorstandes erhalten neben ihren fixen Bezügen und der ergebnisabhängigen variablen Vergütung auch Optionsrechte aus dem Aktienoptionsplan der Baader Wertpapierhandelsbank AG (vgl. Note 24). An den Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2007 insgesamt 63.750 Stück Aktienoptionen ausgegeben. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Vorstandsmitglieder für die Geschäftsjahre 2000 bis 2006.

	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	Gesamt
Gewährte Optionen	63.750	75.000	75.000	103.000	170.000	172.000	83.804	742.554
Ausübungspreis	5,32	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	5,30	-
Verwirkte Optionen	0	0	0	0	19.000	58.000	37.714	114.714
Ausgeübte Optionen	0	0	37.500	103.000	151.000	114.000	15.240	420.740
Ausstehende Optionen	63.750	75.000	37.500	0	0	0	30.850	207.100
Ausübbarere Optionen	0	0	37.500	0	0	0	30.850	68.350
Restlaufzeit (in Monaten)	76	65	53	41	28	16	4	-

Für zwei Vorstandsmitglieder und ein ehemaliges Mitglied des Vorstands sieht die Bank eine Altersversorgung vor. Die danach zum 31.12.2007 bestehenden Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IAS für aktive Vorstandsmitglieder belaufen sich auf € 9.734.730 (Vorjahr: T€8.075).

Die Transparenzvorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex, basierend auf den gesetzlichen Vorschriften des § 15a WpHG, erfordern Anhangsangaben von Geschäften der Mitglieder des Vorstandes in Aktien und Optionen der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Nach § 15a WpHG sind Käufe und Verkäufe durch Mitglieder des Vorstands mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig, die eine Jahresfreigrenze von € 5.000,00 übersteigen. Die Gesellschaft veröffentlicht diese auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurde insgesamt 1 Kauf (3.000 Stück mit einem Gegenwert von €13.200,00) gemeldet.

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG steht im Mehrheitsbesitz der Baader Beteiligungs GmbH, München. Im abgelaufenen Geschäftsjahr kam es zu keinen Geschäften zwischen den beiden Gesellschaften. Die Anteile von Herrn Uto Baader an der Baader Wertpapierhandelsbank AG werden über die Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG (2.492.788 Stück) und die Baader Beteiligungs GmbH (28.104.000 Stück) gehalten. Darüber hinaus hält Herr Uto Baader Stück 137.512 Aktien im Privatbesitz. Insgesamt entsprechen die Anteile von Herrn Uto Baader 66,95% des Gezeichneten Kapitals der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Darüber hinaus besitzt kein Vorstandsmitglied am 31.12.2007 mehr als 1% am Grundkapital der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Zum 31.12.2007 hielten die Mitglieder des Vorstands insgesamt Stück 31.013.468 Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Vorstands bei Ausübung ihrer Führungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder des Vorstands haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Vorstands für ihre Aufgaben verbessert.

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 13 der Satzung der Baader Wertpapierhandelsbank AG geregelt. Entsprechend dieser Bestimmung erhalten die Aufsichtsratsmitglieder neben

dem Ersatz ihrer Auslagen eine Vergütung, die aus einem festen und einem variablen Anteil besteht. Dabei ist die Höhe der variablen Vergütung abhängig vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder zwischen 0,09% und 0,18%. Im Einzelnen darf die Vergütung des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds das Dreifache der Grundvergütung nicht überschreiten.

Die feste Vergütung wird im letzten Monat des Geschäftsjahres ausbezahlt. Die variable Vergütung ist nach der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Verwendung des Bilanzgewinns des betreffenden Geschäftsjahres beschließt, zahlbar.

Für das Geschäftsjahr 2007 ergab sich für den Aufsichtsrat folgende Vergütung nach dem Zuflussprinzip:

	2007 €	2006 €
Aufsichtsrat (ohne Ersatz von Auslagen)		
- fixe Vergütung (ohne Umsatzsteuer)	150.000,00	150.000,00
- variable Vergütung (ohne Umsatzsteuer)	172.237,72	75.250,80
Insgesamt	322.237,72	225.250,80

Unter der Voraussetzung, dass die Hauptversammlung der Baader Wertpapierhandelsbank AG den Jahresabschluss 2007 in der vorliegenden Form feststellen wird, ergibt sich eine variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von insgesamt €239.625,00.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre Aufsichtsrats Tätigkeit keine Aktienoptionen oder andere aktienbasierte Vergütungen. Sofern Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat Aktienoptionen nach den Bedingungen der von den Hauptversammlungen beschlossenen Aktienoptionsplanes erhalten, resultieren diese Leistungen aus ihrer Stellung als Arbeitnehmer der Baader Wertpapierhandelsbank AG und sind von ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit unabhängig.

Die Arbeitsnehmervertreter im Aufsichtsrat erhielten als Arbeitnehmer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2007 insgesamt 4.000 Stück Aktienoptionen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Arbeitsnehmervertreter im Aufsichtsrat für die Geschäftsjahre 2000 bis 2006.

	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	Gesamt
Gewährte Optionen	4.000	2.440	2.640	2.800	4.000	5.200	1.590	22.670
Ausübungsprei s	5,32	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	5,30	-
Verwirkte Optionen	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausgeübte Optionen	0	0	0	0	4.000	5.200	0	9.200
Ausstehende Optionen	4.000	2.440	2.640	2.800	0	0	1.590	13.470
Ausübbar Optionen	0	0	2.640	2.800	0	0	1.590	7.030
Restlaufzeit (in Monaten)	76	65	53	41	28	16	4	-

Der Geldwert der Aktienoptionen der Arbeitsnehmervertreter im Aufsichtsrat, die für das Jahr 2006 Aktienoptionen als Arbeitnehmer der Gesellschaft erhalten haben, beträgt €5.600,40 (Vorjahr: €2.433,90). Der Geldwert wurde dabei nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt 1,4001 pro Aktie (Vorjahr: 0,9975 pro Aktie).

Die Transparenzvorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex basierend auf den gesetzlichen Vorschriften des § 15a WpHG, erfordern Anhangsangaben von Geschäften der Mitglieder des Aufsichtsrats in Aktien und Optionen der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Nach § 15a WpHG sind Käufe und Verkäufe durch Mitglieder des Aufsichtsrats mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig, die eine Jahresfreigrenze von € 5.000,00 übersteigen. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 2 Verkäufe (5.600 Stück mit einem Gegenwert von € 30.160,00) der Mitglieder des Aufsichtsrats gemeldet.

Kein Aufsichtsratsmitglied besitzt am 31.12.2007 mehr als 1% am Grundkapital der Baader Wertpapierhandelsbank AG. Zum 31.12.2007 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrats insgesamt 7.600 Aktien der Baader Wertpapierhandelsbank AG.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, das die Mitglieder des Aufsichtsrats bei Ausübung ihrer Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Aufsichtsrats für ihre Aufgaben verbessert.

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Kredite wie folgt dar:

	2007 €	2006 €
Vorstand	332.197,17	113.813,63
Aufsichtsrat	103.778,89	32.945,76

Kredite an Vorstände wurden im Geschäftsjahr 2007 mit Restlaufzeiten zum 31.12.2007 von 6 bis 20 Monaten sowie einem Zinssatz von 5% gewährt. Die Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrats (diese beinhalten auch die Kredite an die Arbeitnehmervertreter in diesem Gremium) wurden im Geschäftsjahr 2007 mit Restlaufzeiten zum 31.12.2007 von 2 bis 12 Monaten sowie einem Zinssatz von 5% gewährt.

(73) Patronatserklärung

Die Baader Wertpapierhandelsbank AG hat die Verpflichtung übernommen, dafür Sorge zu tragen, dass die Baader Service Bank GmbH (BSB), die als 100%iges Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen wurde, in der Zeit in der sie als Portfoliomanager für Sondervermögen der Citigroup Investment Deutschland Kapitalanlagegesellschaft mbH (CID) ernannt und tätig ist, in der Weise geleitet und finanziell ausgestattet wird, dass sie ihren Verbindlichkeiten aus dem Vertragsverhältnis zwischen CID und BSB und Ansprüchen aus unerlaubter Handlung der BSB der CID gegenüber fristgemäß nachkommt. Die Haftung der Baader Wertpapierhandelsbank AG ist hierbei auf einen Betrag von €10 Mio. begrenzt.

Ferner übernimmt die Baader Wertpapierhandelsbank AG ebenfalls für ihre Tochtergesellschaft Baader Service Bank GmbH die Haftung für deren Verbindlichkeiten aus dem Vertragsverhältnis BSB zu J.P. Morgan Securities Ltd. (JPM) in Höhe von max. €20 Mio. Zwischen BSB und JPM besteht eine vertragliche Vereinbarung zur Abwicklung von Fremdwährungstermingeschäften.

(74) Corporate Governance Kodex

Die Entsprechenserklärung der Gesellschaft wurde von Vorstand und Aufsichtsrat im November/Dezember 2007 abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht. Dies erfolgte durch Einstellung der Entsprechenserklärung auf der Internetseite der Gesellschaft am 14.12.2007 und Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger am 27.12.2007.

(75) Organe der Baader Wertpapierhandelsbank AG

Vorstand

Herr Uto Baader, München

Vorsitzender des Vorstands der Baader Wertpapierhandelsbank AG, Unterschleissheim
Geschäftsführer der Baader Beteiligungs GmbH, München
Mitglied des Aufsichtsrates der Baader Management AG, Unterschleissheim
Mitglied des Verwaltungsrates der Medi-Globe Corp., Tempe AZ, USA
Mitglied des Aufsichtsrates der Bayerischen Börse AG, München
Vorsitzender des Börsenrates der Börse München, München
Vorsitzender des Verwaltungsrates der Parsoli Corporation Ltd., Bombay, Indien
Vorsitzender des Verwaltungsrates der Parsoli Insurance Brokers Ltd., Bombay, Indien
(seit 20.04.2007)
Vorsitzender des Verwaltungsrates der Parsoli Commodities Ltd., Bombay, Indien (seit
20.04.2007)
Vorsitzender des Verwaltungsrates der Parsoli Travel House Ltd., Bombay, Indien (seit
20.04.2007)
Mitglied des Verwaltungsrates der Parsoli Motor Works PVT Ltd., Ahmedabad, Indien
(seit 02.11.2007)
Mitglied des Verwaltungsrates der Parsoli Infrastructure PVT Ltd., Ahmedabad, Indien
(seit 02.11.2007)
Vorsitzender des Aufsichtsrates der STEICO AG, München (seit 01.08.2007)
Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der Gulf Baader Capital Markets
S.A.O.C., Muscat, Oman (seit 25.08.2007)

Herr Dieter Brichmann, Penzberg

Mitglied des Vorstands der Baader Wertpapierhandelsbank AG, Unterschleissheim
Mitglied der Geschäftsführung der Baader Service Bank GmbH, Unterschleissheim
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Baader Management AG, Unterschleissheim
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Baader Heins & Seitz Capital Management AG,
Unterschleissheim
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Conservative Concept Portfolio Management AG, Bad
Homburg

Herr Stefan Hock, München

Mitglied des Vorstands der Baader Wertpapierhandelsbank AG, Unterschleissheim
Mitglied des Aufsichtsrates der Baader Management AG, Unterschleissheim
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der e-m-s new media AG, Dortmund

Herr Dieter Silmen, Baldham

Mitglied des Vorstands der Baader Wertpapierhandelsbank AG, Unterschleissheim
Mitglied des Börsenrates der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse, Stuttgart
Mitglied des Börsenrates der Börse Berlin, Berlin
Mitglied des Skontroführerausschusses der Börse München, München

Herr Christopher Schütz, Starnberg

Mitglied des Vorstands der Baader Wertpapierhandelsbank AG, Unterschleissheim
Mitglied des Verwaltungsrates der Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C., Muscat, Oman
(seit 25.08.2007)

Aufsichtsrat

Herr Dr. Horst Schiessl, München

Alter: 66 Jahre
Beruf: Rechtsanwalt
Im AR seit: 26.02.1999

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Baader Wertpapierhandelsbank AG,
Unterschleissheim
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Softing AG, Haar b. München
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der SPAG St. Petersburg Immobilien und
Beteiligungs AG, Darmstadt
Mitglied des Aufsichtsrates der Dussmann AG & Co. KGaA, Berlin
Vorsitzender des Beirates der Trion Pharma GmbH, München
Mitglied des Aufsichtsrates der System Consult AG, München (bis 30.06.2007)

Herr Dr. Christoph Niemann, Meerbusch

Alter: 71 Jahre
Beruf: Bankier
Im AR seit: 10.07.2002

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Baader Wertpapierhandelsbank AG,
Unterschleissheim
Mitglied des Verwaltungsrates der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf

Herr Dr. Norbert Juchem, München

Alter: 55 Jahre
Beruf: Unternehmensberater
Im AR seit: 15.07.2003

Herr Helmut Schreyer, München

Alter: 65 Jahre
Beruf: Bankier
Im AR seit: 14.07.2004

Mitglied des Aufsichtsrates der Reichmuth & Co. Integrale Vermögensverwaltung AG,
München
Präsident der Afra Holdings Ltd., Toronto, Kanada
Präsident der Herma Holdings S.C. Inc., Toronto, Kanada

Herr Rainer Merklingshaus, Vaterstetten

Alter: 45 Jahre

Beruf: Bankangestellter

Im AR seit: 21.05.2003 (Arbeitnehmersvertreter)

Herr Thomas Wiegelmann, Sulzbach / Taunus

Alter: 39 Jahre

Beruf: Bankangestellter

Im AR seit: 26.06.1998 (Arbeitnehmersvertreter)

(76) Anteilsbesitz des Konzerns

Name / Sitz	Anteil in % am Kapital	Letzter Jahresabschluss	Eigenkapital (gesamt)	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
Baader Management AG, Unterschleissheim *)	100,00	31.12.2007	€48.851,29	€313,55
Baader Service Bank GmbH, Unterschleissheim *)	100,00	31.12.2007	€10.339.008,78	€554.812,72
Baader Heins & Seitz Capital Management AG, Unterschleissheim *)	70,00	31.12.2007	€373.946,27	€187.466,97
Conservative Concept Portfolio Management AG, Bad Homburg *)	55,36	31.12.2007	€1.785.509,07	€123.246,45
Direcct AG, Bad Homburg *)	100,00	31.12.2007	€615.950,65	€381.321,23
Conservative Concept AG, Zug, Schweiz *) 2)	99,99	31.12.2007	€493.306,16	€306.598,13
SPAG St. Petersburg Immobilien- und Beteiligungs AG, Darmstadt *)	39,81	31.05.2007	€4.173.018,54	€1.330.185,69
Parsoli Corporation Ltd., Bombay, Indien*) 1)	21,93	31.03.2007	€9.335.821,82	€685.236,90
Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C., Muscat, Oman *) 4)	24,90	31.12.2007	€12.072.311,94	€1.389.502,36
U.C.A. AG, München	13,81	31.12.2006	€27.463.842,16	€3.513.574,68
KST Beteiligungs AG, Stuttgart	9,19	31.12.2006	€34.245.370,28	€9.108.279,66
BEN Bavarian Equity Network GmbH, München	20,00	31.12.2006	€54.398,43	€-9.736,88
Stillking Film Holdings Ltd., St. Helier, Jersey ³⁾	6,50	31.12.2005	T€7.383	T€2.263
Brain Abwicklungsgesellschaft AG, Breisach	9,09			insolvent

Unternehmensangaben basieren auf testierten bzw. veröffentlichten Einzelabschlüssen

*) in den Konzernabschluss einbezogene Gesellschaften

¹⁾ das Eigenkapital und Ergebnis des Geschäftsjahres zum 31.12.2007 wurden umgerechnet (€INR 57,484)

²⁾ das Eigenkapital und Ergebnis des Geschäftsjahres zum 31.12.2007 wurden umgerechnet (€CHF 1,6547)

³⁾ das Eigenkapital und Ergebnis des Geschäftsjahres zum 31.12.2005 wurden umgerechnet (€USD 1,1797)

⁴⁾ das Eigenkapital und Ergebnis des Geschäftsjahres zum 31.12.2007 wurden umgerechnet (€OMR 0,56165)

Unterschleissheim, den 29.02.2008
Baader Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

Uto Baader

Dieter Brichmann

Stefan Hock

Christopher Schütz

Dieter Silmen

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Unterschleissheim, den 29.02.2008
Baader Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

Uto Baader

Dieter Brichmann

Stefan Hock

Christopher Schütz

Dieter Silmen

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der **Baader Wertpapierhandelsbank Aktiengesellschaft, Unterschleißheim**, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstandes der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bremen, den 21. März 2008

Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

(Clostermann)
Wirtschaftsprüfer

(Lamm)
Wirtschaftsprüfer

Baader Wertpapierhandelsbank AG
Weihenstephaner Str. 4
85716 Unterschleissheim
Tel. +49 (0) 89 5150-0
www.Baaderbank.de
www.Zertifikateboerse.de